



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Stenographisches Protokoll



4. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XXIV. Gesetzgebungsperiode

Dienstag, 25. November 2008

Stenographisches Protokoll

4. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XXIV. Gesetzgebungsperiode Dienstag, 25. November 2008

Dauer der Sitzung

Dienstag, 25. November 2008: 12.02 – 12.14 Uhr
15.05 – 17.59 Uhr

Tagesordnung

Wahl der Ausschüsse

Inhalt

Nationalrat

Angelobung des Abgeordneten **Mag. Wilhelm Molterer** 22

Personalien

Verhinderungen 22

Ordnungsruf 47

Geschäftsbehandlung

Wortmeldungen zur Geschäftsbehandlung gemäß § 59 GOG:
Heinz-Christian Strache 25
Dr. Eva Glawischnig-Piesczek 25
Josef Bucher 25
Dr. Josef Cap 26
Dipl.-Ing. Josef Pröll 26

Ablehnung des Antrages auf Durchführung einer Debatte 27

Redezeitvereinbarung nach Beratung in der Präsidialkonferenz 27

Unterbrechung der Sitzung 29

Verlesung der vorgesehenen Fassung eines Teiles des Amtlichen Protokolls dieser Sitzung durch **Präsidenten Dr. Michael Spindelegger** 77

Genehmigung des verlesenen Teiles des Amtlichen Protokolls 112

Rechnungshof

Verlangen der Abgeordneten Josef Bucher, Heinz-Christian Strache , Kolleginnen und Kollegen gemäß § 32e Abs. 2 der Geschäftsordnung betreffend Überprüfung der Gebarung der ÖIAG und der Austrian Airlines hinsichtlich der Partnersuche beziehungsweise der Privatisierungsversuche für die Austrian Airlines durch den Ständigen Unterausschuss des Rechnungshofausschusses	23
---	----

Ausschüsse

Zuweisungen	23
Wahl der Ausschüsse	27

Auslieferungsbegehren

gegen die Abgeordneten Dr. Susanne Winter und Ing. Peter Westenthaler	23
---	----

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Heinz-Christian Strache , Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend die Aufrechterhaltung der Infrastruktur in Österreich und die Krise der staatsnahen Unternehmen vor dem Hintergrund eines untauglichen Regierungsprogramms für die XXIV. Gesetzgebungsperiode (228/J)	29
---	----

Begründung: Heinz-Christian Strache	42
--	----

Bundesminister Werner Faymann	47
--	----

Debatte:

Herbert Kickl	50
Dr. Josef Cap	56
Karlheinz Kopf	58
Josef Bucher	60
Dr. Eva Glawischnig-Piesczek	62
Vizekanzler Mag. Wilhelm Molterer	65
Bernhard Themessl	67
Renate Csörgits	69
Fritz Neugebauer	70
Herbert Scheibner	71
Mag. Werner Kogler	72
Dr. Peter Fichtenbauer	74
Wolfgang Katzian	76
Dr. Reinhold Mitterlehner	77
Christoph Hagen	77
Dr. Gabriela Moser	77
Ing. Norbert Hofer	77
Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Pirklhuber (tatsächliche Berichtigung)	77
Ing. Kurt Gartlehner	77
Johann Rädler	77
Ing. Robert Lugar	77
Mag. Birgit Schatz	77
Mag. Roman Haider	77
Hermann Gahr	77
Sigisbert Dolinschek	77
Dr. Peter Pilz	77

Mag. Ewald Stadler	77
Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer	77
Entschließungsantrag der Abgeordneten Herbert Kickl , Kolleginnen und Kollegen betreffend Erstellung eines nationalen Maßnahmenkataloges „Kernaufgaben des Staates“ sowie Ergreifen von Maßnahmen zur Verhinderung der drohenden massiven Arbeitslosigkeit – Ablehnung	53, 111
Entschließungsantrag der Abgeordneten Bernhard Themessl , Kolleginnen und Kollegen betreffend Bereitstellung von Krediten, um die Infrastruktur in Österreich aufrechtzuerhalten – Ablehnung	69, 111
Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Peter Fichtenbauer , Kolleginnen und Kollegen betreffend Gehaltsbeschränkungen für Manager staatsnaher Betriebe und Manager, deren Banken die Unterstützung des Bundes in Anspruch nehmen – Ablehnung	75, 111
Entschließungsantrag der Abgeordneten Josef Bucher , Kolleginnen und Kollegen betreffend qualitativ hochwertige flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen – Ablehnung	79, 111
Entschließungsantrag der Abgeordneten Ing. Norbert Hofer , Kolleginnen und Kollegen betreffend Aufrechterhaltung der österreichischen Luftfahrtinfrastruktur – Ablehnung	84, 111
Entschließungsantrag der Abgeordneten Gerald Grosz , Kolleginnen und Kollegen betreffend den Erhalt der Inlands-Flugverbindungen – Ablehnung	89, 111
Entschließungsantrag der Abgeordneten Mag. Roman Haider , Kolleginnen und Kollegen betreffend bessere finanzielle Ausstattung der Forschung und Lehre – Ablehnung	92, 112
Entschließungsantrag der Abgeordneten Josef Bucher , Kolleginnen und Kollegen betreffend rasche Umsetzung eines Beschäftigungsprogrammes – Ablehnung	96, 112
Entschließungsantrag der Abgeordneten Josef Bucher , Kolleginnen und Kollegen betreffend unzureichende Verordnung zum Interbankmarktstärkungs- und Finanzmarktstabilitätsgesetz – Ablehnung	101, 112
Entschließungsantrag der Abgeordneten Josef Bucher , Kolleginnen und Kollegen betreffend „Impulse setzen: Wirtschaft stärken, Kaufkraft erhöhen, Konjunktur beleben!“ – Ablehnung	103, 112

Eingebracht wurden

Regierungsvorlagen	22
10: Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Organisation für astronomische Forschung in der südlichen Hemisphäre betreffend den Beitritt zum Übereinkommen zur Gründung einer Europäischen Organisation für astronomische Forschung in der südlichen Hemisphäre samt Finanzprotokoll und zum Protokoll über die Vorrechte und Immunitäten der Europäischen Organisation für astronomische Forschung in der südlichen Hemisphäre und die dazugehörigen Bedingungen	

11: Protokoll zwischen der Republik Österreich und dem Königreich der Niederlande zur weiteren Abänderung des zwischen der Republik Österreich und dem Königreich der Niederlande am 1. September 1970 in Wien unterzeichneten Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Schlussprotokoll in der Fassung des am 18. Dezember 1989 unterzeichneten Protokolls und des am 26. Dezember 2001 unterzeichneten Protokolls

12: Erklärung der Republik Österreich über die Annahme des Beitritts des Commonwealth der Bahamas zum Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung

13: Protokoll über die Vorrechte und Immunitäten der Europäischen Organisation für astronomische Forschung in der südlichen Hemisphäre

14: Übereinkommen zur Gründung einer Europäischen Organisation für astronomische Forschung in der südlichen Hemisphäre samt Finanzprotokoll

15: Bundesgesetz über österreichische Beiträge an internationale Finanzinstitutionen (IFI-Beitragsgesetz 2008)

16: Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll und Annex

17: Änderung des Übereinkommens zwischen der Republik Österreich, der Republik Bulgarien, der Republik Kroatien, der Tschechischen Republik, der Republik Ungarn, der Republik Polen, Rumänien, der Slowakischen Republik und der Republik Slowenien zur Förderung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Hochschulbildung im Rahmen des Central European Exchange Programme for University Studies („CEEPUS II“)

Berichte 24

III-2: Bericht Reihe Bund 2008/11; Rechnungshof

III-3: Kunstbericht 2007; Bundesregierung

III-4: Grüner Bericht 2008; Bundesregierung

III-5: Bericht über Maßnahmen für die Land- und Forstwirtschaft im Jahre 2009 gemäß § 9 LWG 1992; Bundesregierung

III-6: Bericht über die öffentlichen Finanzen 2007; BM f. Finanzen

III-7: 31. Bericht (1. Jänner bis 31. Dezember 2007); Volksanwaltschaft

III-8: Bericht betreffend Maßnahmen im Zusammenhang mit der Änderung der studienmäßigen Voraussetzungen für den Zugang zum Beruf des Rechtsanwalts und des Notars aufgrund der Entschließung des Nationalrates vom 5. Dezember 2007, E 53/XXIII. GP; BM f. Justiz

III-9: Bericht über die Lage der Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Österreich 2007; BM f. Wirtschaft und Arbeit

III-10: Bericht gemäß § 49 Bundesbahnstrukturgesetz 2003, BGBl. I/138, vom 30. Dezember 2003, über die 2007 durch den Bund bei den ÖBB und den Privat-

bahnen bestellten gemeinwirtschaftlichen Leistungen; BM f. Verkehr, Innovation und Technologie

Vorlage 1 BA: Bericht über die Genehmigung von Vorbelastungen für das 3. Quartal 2008; BM f. Finanzen

Vorlage 2 BA: Bericht über die Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben im 3. Quartal 2008; BM f. Finanzen

Vorlage 3 BA: Bericht über die Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben im 2. Quartal 2008; BM f. Finanzen

Unterrichtung gemäß Art. 50 Abs. 5 B-VG 23

Aufnahme der Verhandlungen anlässlich des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Internationalen Atomenergie-Organisation zur Änderung des Abkommens vom 11. Dezember 1957 über den Amtssitz der Internationalen Atomenergie-Organisation

Aufnahme der Verhandlungen über einen Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik zur Änderung und Ergänzung des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik über die polizeiliche Zusammenarbeit

Anträge der Abgeordneten

Harald Jannach, Kolleginnen und Kollegen betreffend Holzmobilisierung (39/A)(E)

Harald Jannach, Kolleginnen und Kollegen betreffend Beschränkung der Cross Compliance Bestimmungen auf ein Mindestausmaß (40/A)(E)

Ing. Norbert Hofer, Kolleginnen und Kollegen betreffend Kennzeichnung von Fleisch mit dem A-Stempel (41/A)(E)

Heinz-Christian Strache, Kolleginnen und Kollegen betreffend Verurteilung des türkischen Völkermordes an den Armeniern durch die Bundesregierung (42/A)(E)

Heinz-Christian Strache, Kolleginnen und Kollegen betreffend Verhandlungen der Bundesregierung auf europäischer Ebene zur Verhinderung einer Verschärfung der europäischen Waffenrechts-Richtlinie (43/A)(E)

Heinz-Christian Strache, Kolleginnen und Kollegen betreffend Volksabstimmung über den Ausstieg Österreichs aus dem Euratom-Vertrag (44/A)(E)

Heinz-Christian Strache, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Verwendung der deutschen Sprache als EU-Verfahrenssprache neben Englisch und Französisch (45/A)(E)

Heinz-Christian Strache, Kolleginnen und Kollegen betreffend Verhandlungen der Bundesregierung auf europäischer Ebene zur Erreichung einer restriktiveren Einwanderungspolitik und einem Ausbau der EU-Agentur FRONTEX (46/A)(E)

Heinz-Christian Strache, Kolleginnen und Kollegen betreffend Abbruch der Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union mit der Türkei (47/A)(E)

Heinz-Christian Strache, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Beseitigung faschistischer Relikte in Südtirol (48/A)(E)

Werner Neubauer, Kolleginnen und Kollegen betreffend Kollaudierung des tschechischen AKW Temelín (49/A)(E)

Ing. Norbert Hofer, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Fertigstellung der AKW-Blöcke 3 und 4 im slowakischen Mochovce (50/A)(E)

Dr. Gerhard Kurzmann, Kolleginnen und Kollegen betreffend Verhandlungen der Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten mit der Republik Slowenien über ordentliche historische Aufarbeitungen der Partisanen-Verbrechen und ein würdiges Gedenken für deren Opfer (51/A)(E)

Ing. Norbert Hofer, Kolleginnen und Kollegen betreffend Streichung ungerechtfertigter Privilegien türkischer Staatsbürger (52/A)(E)

Mag. Dr. Manfred Haimbuchner, Kolleginnen und Kollegen betreffend Verurteilung durch die österreichische Bundesregierung der Unantastbarkeitserklärung der Beneš-Dekrete durch das slowakische Parlament sowie die Aufhebung der Beneš-Dekrete durch die Slowakei (53/A)(E)

Ing. Norbert Hofer, Kolleginnen und Kollegen betreffend Ratifizierung der UN-Konvention zu Rechten von behinderten Menschen (54/A)(E)

Ursula Haubner, Kollegin und Kollegen betreffend nachhaltige Absicherung der Finanzierung der Flugrettung (55/A)(E)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen betreffend die sofortige Abstandnahme vom Projekt eines „Schubhaftzentrums“ in Leoben (56/A)(E)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen betreffend die dringende Aufstockung der Grazer Exekutive um zusätzliche 300 Polizisten (57/A)(E)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen betreffend den Erhalt der Inlands-Flugverbindung (58/A)(E)

Josef Bucher, Kolleginnen und Kollegen betreffend rasche Umsetzung eines Beschäftigungsprogrammes (59/A)(E)

Josef Bucher, Kolleginnen und Kollegen betreffend qualitativ hochwertige flächen-deckende Versorgung mit Postdienstleistungen (60/A)(E)

Dr. Harald Walser, Kolleginnen und Kollegen betreffend Erhöhung der Quote für den sonderpädagogischen Förderbedarf – mehr Werteinheiten für BegleitlehrerInnen und Förderunterricht (61/A)(E)

Mag. Birgit Schatz, Kolleginnen und Kollegen betreffend dringend erforderliche Maßnahmen für faire Beschäftigungsbedingungen im Postsektor (62/A)(E)

Mag. Birgit Schatz, Kolleginnen und Kollegen betreffend mangelnde Bedachtnahme auf Gesundheitsschutz und Benachteiligung der ArbeitnehmerInnen im Arbeitszeitgesetz (63/A)(E)

Mag. Dr. Wolfgang Zinggl, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz zur sozialen Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern geschaffen und das Künstler-Sozialversicherungsfondsgesetz (K-SVFG), BGBl. I Nr. 131/2000, idF. BGBl. I Nr. 55/2008, aufgehoben wird (64/A)

Tanja Windbüchler-Souschill, Kolleginnen und Kollegen betreffend Kinderrechte in die Verfassung – 16 Jahre Warten sind genug! (65/A)(E)

Dr. Gabriela Moser, Kolleginnen und Kollegen betreffend umgehende Ausarbeitung eines Postmarktgesetzes (66/A)(E)

Dr. Gabriela Moser, Kolleginnen und Kollegen betreffend sicheren Transport von Schülerinnen und Schülern auch im Kraftfahrlinienverkehr (67/A)(E)

Dr. Gabriela Moser, Kolleginnen und Kollegen betreffend Ja zur flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit Post-Dienstleistungen – Nein zu weiteren Postamts-Zusperrkonzerten – umgehende, umfassende Verschärfung der Post-Universaldienstverordnung (68/A)(E)

Dr. Gabriela Moser, Kolleginnen und Kollegen betreffend Überarbeitung der StVO (Straßenverkehrsordnung) zugunsten des Radverkehrs und der Zufußgehenden (69/A)(E)

Josef Bucher, Kolleginnen und Kollegen betreffend unzureichende Verordnung zum Interbankmarktstärkungs- und Finanzmarktstabilitätsgesetz (70/A)(E)

Kurt List, Kolleginnen und Kollegen betreffend Genehmigung und Unterstützung der „Air Power 09“ durch den Bundesminister für Landesverteidigung (71/A)(E)

Gerhard Huber, Kolleginnen und Kollegen betreffend Absicherung einer wirtschaftlich gesunden Milchwirtschaft (72/A)(E)

Mag. Judith Schwentner, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Parteiengesetz, das Klubfinanzierungsgesetz und das Publizistikförderungsgesetz geändert werden (Förderung der Beteiligung von Frauen in der Politik) (73/A)

Wolfgang Zanger, Kolleginnen und Kollegen betreffend Abhaltung der Luftfahrtveranstaltung „Air Power“ im Jahre 2010 (74/A)(E)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Kurt Grünewald, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend betreffend gesundheitliche Versorgung der österreichischen Bevölkerung durch Angehörige der gehobenen medizinischen Dienste: ErgotherapeutIn, LogopädIn, PhysiotherapeutIn (28/J)

Dr. Gabriela Moser, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend Konsulentenvertrag mit Ex-ÖBB-Vorstand Mag. Martin Huber (29/J)

Dr. Gabriela Moser, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend Ankauf von S-Bahngarnituren (30/J)

Dr. Gabriela Moser, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend Zukunft der Autoreisezüge (31/J)

Dr. Gabriela Moser, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend Ausbau und Attraktivierung des Schienenverkehrs – oder doch das Gegenteil? (32/J)

Leopold Mayerhofer, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend Versetzung vom Bundesministerium für Justiz zum Bundesministerium für Inneres (33/J)

Ing. Norbert Hofer, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Bundesmittel für Caritas (34/J)

Ing. Norbert Hofer, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend betreffend Auszahlung von Familienbeihilfe und Kinderbetreuungsgeld (35/J)

Herbert Kickl, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz betreffend zwischenstaatliche Abkommen über soziale Sicherheit (36/J)

Harald Vilimsky, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend Asylanträge Juli, August und September 2008 (37/J)

Harald Vilimsky, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Justiz betreffend Evaluierung Taser (38/J)

Harald Vilimsky, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Justiz betreffend Personaleinsatz (39/J)

Dr. Gabriela Moser, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend Postbusverkehrsleitung in Vösendorf (40/J)

Dr. Gabriela Moser, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend Brandschutz beim „Railjet“ der ÖBB (41/J)

Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Pirkhuber, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend betreffend Zulässigkeit nationaler Schutzmaßnahmen vor gentechnisch veränderten Organismen (GVO) (42/J)

Dr. Gabriela Moser, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend Fahrradtransport bei der Bahn, insbesondere beim „Railjet“ (43/J)

Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Pirkhuber, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft betreffend Zulässigkeit nationaler Schutzmaßnahmen vor gentechnisch veränderten Organismen (GVO) (44/J)

Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Pirkhuber, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend betreffend Höchstmengenregelung für Pestizidrückstände in Lebensmitteln (45/J)

Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Pirkhuber, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft betreffend Absicht der EU-Kommission, GVO-haltige Futtermittel rascher zuzulassen (46/J)

Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Pirkhuber, Kolleginnen und Kollegen an den Bundeskanzler betreffend Geheimplan des Vorsitzenden der EU-Kommission Barroso, Gentechnik-Produkte in der EU durchzusetzen und zu bewerben (47/J)

Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Pirkhuber, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend betreffend Absicht der EU-Kommission, GVO-haltige Futtermittel rascher zuzulassen (48/J)

Mag. Albert Steinhauser, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Justiz betreffend Strafverfahren gegen LH Günther Platter und BMI – Spitzenbeamte (49/J)

Mag. Albert Steinhauser, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Justiz betreffend Personal in der JA Göllersdorf (50/J)

Harald Vilimsky, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten betreffend 250 Tage des Versagens (51/J)

Mag. Harald Stefan, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Finanzen betreffend GSpG-Novelle (52/J)

Mag. Dr. Martin Graf, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Justiz betreffend Medizin-Skandal an der Medizinischen Universität Innsbruck (53/J)

Mag. Dr. Martin Graf, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Medizin-Skandal an der Medizinischen Universität Innsbruck (54/J)

Mag. Dr. Martin Graf, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend betreffend Medizin-Skandal an der Medizinischen Universität Innsbruck (55/J)

Dr. Dagmar Belakowitsch-Jenewein, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend betreffend Rezeptgebühren-Deckelung (56/J)

Josef Bucher, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten betreffend Aufklärung über die Umstände und Kosten für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Zusammenhang mit der Freilassung der Sahara-Geiseln (57/J)

Dr. Gabriela Moser, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend Öffentlichkeitsarbeit der ASFINAG für den Ausbau der S 31 – Burgenlandschnellstraße, Abschnitt Schützen am Gebirge–Eisenstadt (58/J)

Dr. Gabriela Moser, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Finanzen betreffend „Bestens informiert. Die Post bringt allen was“ – auch denen, die das gar nicht wollen (59/J)

Dr. Gabriela Moser, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz betreffend „Bestens informiert. Die Post bringt allen was“ – auch denen, die das gar nicht wollen (60/J)

Dr. Gabriela Moser, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend „Bestens informiert. Die Post bringt allen was“ – auch denen, die das gar nicht wollen (61/J)

Dr. Gabriela Moser, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft betreffend „Bestens informiert. Die Post bringt allen was“ – auch denen, die das gar nicht wollen (62/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Präsidenten des Rechnungshofes betreffend die Überprüfung der Finanzgebarung der Stadt Graz im Rahmen des Prüfplanes für das Jahr 2009 (63/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundeskanzler betreffend den Missbrauch von Ressorts für parteipolitische Zwecke im Zuge des Nationalratswahlkampfes 2008 (64/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Frauen, Medien und Regionalpolitik betreffend den Missbrauch von Ressortmitteln für parteipolitische Zwecke im Zuge des Nationalratswahlkampfes 2008 (65/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten betreffend den Missbrauch von Ressortmitteln für parteipolitische Zwecke im Zuge des Nationalratswahlkampfes 2008 (66/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Finanzen betreffend den Missbrauch von Ressortmitteln für parteipolitische Zwecke im Zuge des Nationalratswahlkampfes 2008 (67/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend betreffend den Missbrauch von Ressortmitteln für parteipolitische Zwecke im Zuge des Nationalratswahlkampfes 2008 (68/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend den Missbrauch von Ressortmitteln für parteipolitische Zwecke im Zuge des Nationalratswahlkampfes 2008 (69/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Justiz betreffend den Missbrauch von Ressortmitteln für parteipolitische Zwecke im Zuge des Nationalratswahlkampfes 2008 (70/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend den Missbrauch von Ressortmitteln für parteipolitische Zwecke im Zuge des Nationalratswahlkampfes 2008 (71/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft betreffend den Missbrauch von Ressortmitteln für parteipolitische Zwecke im Zuge des Nationalratswahlkampfes 2008 (72/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz betreffend den Missbrauch von Ressortmitteln für parteipolitische Zwecke im Zuge des Nationalratswahlkampfes 2008 (73/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur betreffend den Missbrauch von Ressortmitteln für parteipolitische Zwecke im Zuge des Nationalratswahlkampfes 2008 (74/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend den Missbrauch von Ressortmitteln für parteipolitische Zwecke im Zuge des Nationalratswahlkampfes 2008 (75/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit betreffend den Missbrauch von Ressortmitteln für parteipolitische Zwecke im Zuge des Nationalratswahlkampfes 2008 (76/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend den Missbrauch von Ressortmitteln für parteipolitische Zwecke im Zuge des Nationalratswahlkampfes 2008 (77/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundeskanzler betreffend Personalrochaden, Postenschacher und Versorgungsjobs im Zuge der Nationalratswahl 2008 (78/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Frauen, Medien und Regionalpolitik betreffend Personalrochaden, Postenschacher und Versorgungsjobs im Zuge der Nationalratswahl 2008 (79/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Personalrochaden, Postenschacher und Versorgungsjobs im Zuge der Nationalratswahl 2008 (80/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend betreffend Personalrochaden, Postenschacher und Versorgungsjobs im Zuge der Nationalratswahl 2008 (81/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend Personalrochaden, Postenschacher und Versorgungsjobs im Zuge der Nationalratswahl 2008 (82/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Justiz betreffend Personalrochaden, Postenschacher und Versorgungsjobs im Zuge der Nationalratswahl 2008 (83/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Personalrochaden, Postenschacher und Versorgungsjobs im Zuge der Nationalratswahl 2008 (84/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft betreffend Personalrochaden, Postenschacher und Versorgungsjobs im Zuge der Nationalratswahl 2008 (85/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz betreffend Personalrochaden, Postenschacher und Versorgungsjobs im Zuge der Nationalratswahl 2008 (86/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur betreffend Personalrochaden, Postenschacher und Versorgungsjobs im Zuge der Nationalratswahl 2008 (87/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend Personalrochaden, Postenschacher und Versorgungsjobs im Zuge der Nationalratswahl 2008 (88/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit betreffend Personalrochaden, Postenschacher und Versorgungsjobs im Zuge der Nationalratswahl 2008 (89/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Personalrochaden, Postenschacher und Versorgungsjobs im Zuge der Nationalratswahl 2008 (90/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundeskanzler betreffend Geschenkannahme durch die bisherigen Regierungsmitglieder (91/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Frauen, Medien und Regionalpolitik betreffend Geschenkannahme durch die bisherigen Regierungsmitglieder (92/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten betreffend Geschenkannahme durch die bisherigen Regierungsmitglieder (93/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Geschenkannahme durch die bisherigen Regierungsmitglieder (94/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend betreffend Geschenkkannahme durch die bisherigen Regierungsmitglieder (95/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend Geschenkkannahme durch die bisherigen Regierungsmitglieder (96/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Justiz betreffend Geschenkkannahme durch die bisherigen Regierungsmitglieder (97/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Geschenkkannahme durch die bisherigen Regierungsmitglieder (98/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft betreffend Geschenkkannahme durch die bisherigen Regierungsmitglieder (99/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz betreffend Geschenkkannahme durch die bisherigen Regierungsmitglieder (100/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur betreffend Geschenkkannahme durch die bisherigen Regierungsmitglieder (101/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend Geschenkkannahme durch die bisherigen Regierungsmitglieder (102/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit betreffend Geschenkkannahme durch die bisherigen Regierungsmitglieder (103/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Geschenkkannahme durch die bisherigen Regierungsmitglieder (104/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundeskanzler betreffend Bezugsfortzahlung für die abgewählten Regierungsmitglieder beziehungsweise Staatssekretärinnen und Staatssekretäre (105/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Frauen, Medien und Regionalpolitik betreffend Bezugsfortzahlung für die abgewählten Regierungsmitglieder beziehungsweise Staatssekretärinnen und Staatssekretäre (106/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten betreffend Bezugsfortzahlung für die abgewählten Regierungsmitglieder beziehungsweise Staatssekretärinnen und Staatssekretäre (107/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Bezugsfortzahlung für die abgewählten Regierungsmitglieder beziehungsweise Staatssekretärinnen und Staatssekretäre (108/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend betreffend Bezugsfortzahlung für die abgewählten Regierungsmitglieder beziehungsweise Staatssekretärinnen und Staatssekretäre (109/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend Bezugsfortzahlung für die abgewählten Regierungsmitglieder beziehungsweise Staatssekretärinnen und Staatssekretäre (110/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Justiz betreffend Bezugsfortzahlung für die abgewählten Regierungsmitglieder beziehungsweise Staatssekretärinnen und Staatssekretäre (111/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Bezugsfortzahlung für die abgewählten Regierungsmitglieder beziehungsweise Staatssekretärinnen und Staatssekretäre (112/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft betreffend Bezugsfortzahlung für die abgewählten Regierungsmitglieder beziehungsweise Staatssekretärinnen und Staatssekretäre (113/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz betreffend Bezugsfortzahlung für die abgewählten Regierungsmitglieder beziehungsweise Staatssekretärinnen und Staatssekretäre (114/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur betreffend Bezugsfortzahlung für die abgewählten Regierungsmitglieder beziehungsweise Staatssekretärinnen und Staatssekretäre (115/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend Bezugsfortzahlung für die abgewählten Regierungsmitglieder beziehungsweise Staatssekretärinnen und Staatssekretäre (116/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit betreffend Bezugsfortzahlung für die abgewählten Regierungsmitglieder beziehungsweise Staatssekretärinnen und Staatssekretäre (117/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Bezugsfortzahlung für die abgewählten Regierungsmitglieder beziehungsweise Staatssekretärinnen und Staatssekretäre (118/J)

Harald Vilimsky, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend Betreuung von Asylwerbern in den Betreuungsstellen (119/J)

Harald Vilimsky, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend medizinische Betreuung von Asylwerbern in den Betreuungsstellen (120/J)

Leopold Mayerhofer, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend Misshandlung durch Unmündige in Wieselburg (121/J)

Harald Vilimsky, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend System zur Durchführung von Kontrollen in organisierten und privaten Unterkünften (122/J)

Harald Vilimsky, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Justiz betreffend Büroumbau in der Justizanstalt Stein (123/J)

Harald Vilimsky, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Justiz betreffend eigentümliche Informationsaushänge des Leiters der Justizanstalt Stein (124/J)

Herbert Kickl, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit betreffend Auszahlung von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe (125/J)

Mag. Harald Stefan, Kolleginnen und Kollegen an den Bundeskanzler betreffend verfassungsrechtliche Probleme durch die Briefwahl bei der Nationalratswahl 2008 (126/J)

Heinz-Christian Strache, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend Probleme bei der Briefwahl bei der Nationalratswahl 2008 (127/J)

Dr. Peter Fichtenbauer, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Beschaffungsvorhaben (128/J)

Mag. Daniela Musiol, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend betreffend Kinderbetreuungsstatistik 2007/2008 (129/J)

Mag. Daniela Musiol, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Rückforderungen von Kinderbetreuungsgeld und Zuschuss zum Kinderbetreuungsgeld (130/J)

Dr. Gabriela Moser, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend Entwicklung des Flugverkehrs und Verkauf der AUA (131/J)

Dr. Gabriela Moser, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Entwicklung des Flugverkehrs und Verkauf der AUA (132/J)

Dr. Gabriela Moser, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend Ganzkörperscanner auf Flughäfen (133/J)

Dr. Gabriela Moser, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend Ganzkörperscanner auf Flughäfen (134/J)

Dr. Gabriela Moser, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Finanzen betreffend geplantes Postamts-Zusperrkonzert und Zukunft der Postversorgung in Österreich (135/J)

Dr. Gabriela Moser, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend geplantes Postamts-Zusperrkonzert und Zukunft der Postversorgung in Österreich (136/J)

Mag. Albert Steinhauser, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Justiz betreffend aktuelle Häftlingszahlen (137/J)

Dr. Alexander Van der Bellen, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft betreffend Espoo-Verfahren zur MVA Heiligenkreuz (138/J)

Mag. Daniela Musiol, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend betreffend Rückforderungen von Kinderbetreuungsgeld und Zuschuss zum Kinderbetreuungsgeld (139/J)

Mag. Albert Steinhauser, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Justiz betreffend Errichtung einer Justizbetreuungsagentur (140/J)

Mag. Albert Steinhauser, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Justiz betreffend Auswirkungen des Haftentlastungspakets (141/J)

Mag. Dr. Wolfgang Zinggl, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Justiz betreffend Strafverfahren gegen LH Dörfler wegen Amtsmissbrauch (142/J)

Ursula Haubner, Kollegin und Kollegen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Rückzahlung der Zuschüsse zum Kinderbetreuungsgeld (143/J)

Ursula Haubner, Kollegin und Kollegen an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend betreffend Rückzahlung der Zuschüsse zum Kinderbetreuungsgeld (144/J)

Mag. Gernot Darmann, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Aufklärung über die Umstände und Kosten für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Zusammenhang mit der Freilassung der Sahara-Geiseln (145/J)

Ursula Haubner, Kollegin und Kollegen an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur betreffend Aufsichtspflicht in der Zeit zwischen Vormittags- und Nachmittagsunterricht (146/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur betreffend die Finanzierung des ETC-Graz – European Training and Research Center for Human Rights and Democracy (147/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend die Finanzierung des ETC-Graz – European Training and Research Center for Human Rights and Democracy (148/J)

Ernest Windholz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend das Österreichische Archäologische Institut (ÖAI) (149/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend die Tätigkeit und Nebentätigkeiten von Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Benedek (150/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundeskanzler betreffend die Reisesucht der abgewählten Bundesregierung im Jahr 2008 (151/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Frauen, Medien und Regionalpolitik betreffend die Reisesucht der abgewählten Bundesregierung im Jahr 2008 (152/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten betreffend die Reisesucht der abgewählten Bundesregierung im Jahr 2008 (153/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Finanzen betreffend die Reisesucht der abgewählten Bundesregierung im Jahr 2008 (154/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend betreffend die Reisesucht der abgewählten Bundesregierung im Jahr 2008 (155/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend die Reisesucht der abgewählten Bundesregierung im Jahr 2008 (156/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Justiz betreffend die Reisesucht der abgewählten Bundesregierung im Jahr 2008 (157/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend die Reisesucht der abgewählten Bundesregierung im Jahr 2008 (158/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft betreffend die Reisesucht der abgewählten Bundesregierung im Jahr 2008 (159/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz betreffend die Reisesucht der abgewählten Bundesregierung im Jahr 2008 (160/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur betreffend die Reisesucht der abgewählten Bundesregierung im Jahr 2008 (161/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit betreffend die Reisesucht der abgewählten Bundesregierung im Jahr 2008 (162/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend die Reisesucht der abgewählten Bundesregierung im Jahr 2008 (163/J)

Dipl.-Ing. Gerhard Deimek, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Erste-Group-Investitionen mit Staatsgarantien in Osteuropa (164/J)

Sigisbert Dolinschek, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend betreffend die Modedroge „Spice“ (165/J)

Sigisbert Dolinschek, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz betreffend die Modedroge „Spice“ (166/J)

Sigisbert Dolinschek, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz betreffend gesundheitsgefährdende Kunststoff-Weichmacher (Phthalate) (167/J)

Ursula Haubner, Kollegin und Kollegen an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur betreffend Modell „Berufsmatura: Lehre mit Reifeprüfung“ (168/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend die Reisesucht der abgewählten Bundesregierung im Jahr 2008 (169/J)

Peter Stauber, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit betreffend ein Konjunkturpaket für Kärnten (170/J)

Josef Bucher, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Arbeitsleihverträge in den Kabinetten der Bundesministerien (171/J)

Harald Vilimsky, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend Plattform „I-Ghost“ (172/J)

Dr. Peter Fichtenbauer, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Standort Arsenal (173/J)

Mario Kunasek, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend ÖBH 2010 (174/J)

DDr. Werner Königshofer, Kolleginnen und Kollegen an den Präsidenten des Rechnungshofes betreffend die Hintergründe des Cross-Border-Verlustes der Innsbrucker Kommunalbetriebe (175/J)

Peter Stauber, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten betreffend die Ausbaupläne beim slowenischen Atomkraftwerk Krško (176/J)

Harald Vilimsky, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend Einreise von Asylwerbern (177/J)

Harald Vilimsky, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend traumatisierte Asylwerber (178/J)

Harald Vilimsky, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend Zuständigkeit Österreichs bei der Prüfung von Asylanträgen (179/J)

Mag. Harald Stefan, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend Vorfälle im Zusammenhang mit einer unangemeldeten Demonstration auf der Parlamentsrampe (180/J)

Mag. Harald Stefan, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend Probleme bei der Briefwahl bei der Nationalratswahl 2008 (181/J)

Herbert Kickl, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit betreffend Lohndumping und Scheinselbständigkeit auf Kosten der sozialen Sicherheit (182/J)

Mag. Christiane Brunner, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend illegale Welpentransporte und Welpenschmuggel (183/J)

Mag. Albert Steinhauser, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Justiz betreffend „Falter“-Bericht über mögliche Misshandlung des Häftlings Roland F. (184/J)

Mag. Christiane Brunner, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend betreffend illegale Welpentransporte und Welpenschmuggel (185/J)

Günter Kößl, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend Barrierebahnhof Ulmerfeld-Hausmening (186/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend betreffend Schuldenstand der steirischen Gebietskrankenkasse (187/J)

Mag. Gernot Darmann, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend betreffend Bewegung und Sport als Kosten reduzierende Faktoren (188/J)

Mag. Gernot Darmann, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur betreffend Bewegungserziehung an Schulen (189/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundeskanzler betreffend die Nebenbeschäftigungen von Bediensteten der Ressorts (190/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Frauen, Medien und Regionalpolitik betreffend die Nebenbeschäftigungen von Bediensteten der Ressorts (191/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten betreffend die Nebenbeschäftigungen von Bediensteten der Ressorts (192/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Finanzen betreffend die Nebenbeschäftigungen von Bediensteten der Ressorts (193/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend betreffend die Nebenbeschäftigungen von Bediensteten der Ressorts (194/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend die Nebenbeschäftigungen von Bediensteten der Ressorts (195/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Justiz betreffend die Nebenbeschäftigungen von Bediensteten der Ressorts (196/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend die Nebenbeschäftigungen von Bediensteten der Ressorts (197/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft betreffend die Nebenbeschäftigungen von Bediensteten der Ressorts (198/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz betreffend die Nebenbeschäftigungen von Bediensteten der Ressorts (199/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur betreffend die Nebenbeschäftigungen von Bediensteten der Ressorts (200/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend die Nebenbeschäftigungen von Bediensteten der Ressorts (201/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit betreffend die Nebenbeschäftigungen von Bediensteten der Ressorts (202/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend die Nebenbeschäftigungen von Bediensteten der Ressorts (203/J)

Herbert Kickl, Kolleginnen und Kollegen an den Präsidenten des Rechnungshofes betreffend Prüfung des ORF (204/J)

Dr. Dagmar Belakowitsch-Jenewein, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend betreffend Ausstellung der neuen e-cards ab 2010 (205/J)

Harald Vilimsky, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend aus der „Sonderanstalt“ auf der Saualm verschwundene Asylwerber (206/J)

Heinz-Christian Strache, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend linke Gewaltexzesse gegen Wahlkampfveranstaltung (207/J)

Harald Vilimsky, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend Einstellung des Verfahrens und ungerechtfertigtes Entfernen aus der Erstaufnahmestelle (208/J)

Harald Vilimsky, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend Anerkennung von Asylwerbern (209/J)

Christian Lausch, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Justiz betreffend unrichtige Anfragebeantwortung der Anfrage 4314/J, XXIII. GP (210/J)

Harald Vilimsky, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Justiz betreffend Reorganisation Strafvollzugsverwaltung – 2 (211/J)

Harald Vilimsky, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Justiz betreffend Reorganisation Strafvollzugsverwaltung – 3 (212/J)

Mag. Dr. Martin Graf, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur betreffend Gewalt an Österreichs Schulen (213/J)

Harald Vilimsky, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend Unfälle von Radfahrern (214/J)

Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Pirkhuber, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend betreffend Nachweis des Antibiotikums Streptomycin bei Obst (215/J)

Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Pirkhuber, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft betreffend Nachweis des Antibiotikums Streptomycin bei Obst (216/J)

Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Pirkhuber, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft betreffend Maßnahmen zur Erhaltung der bäuerlichen Milchbetriebe (217/J)

Dr. Harald Walser, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur betreffend Berechtigungen nach Abschluss berufsbildender Schulen (218/J)

Mag. Christiane Brunner, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit betreffend Notifizierung des Ökostromgesetzes (219/J)

Mag. Christiane Brunner, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit betreffend Novellierung der Systemnutzungstarif-Verordnung (220/J)

Josef Bucher, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend den Stand der Umsetzung der Entschließung des Nationalrates vom 12.09.2008 betreffend die Prüfung der rechtlichen Möglichkeit zur Öffnung der Tankstellen der ASFINAG (221/J)

Dr. Peter Pilz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend polizeiliche Überwachung des Kunstprojektes „Schubhaft“ (222/J)

Mag. Albert Steinhauser, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend Versammlungsfreiheit (223/J)

Mag. Albert Steinhauser, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend Versammlungen im Zusammenhang mit dem Thema Tierschutz (224/J)

Mag. Albert Steinhauser, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Justiz betreffend Exekutionen aufgrund unrichtiger Anschriften im Firmenbuch (225/J)

Dr. Peter Pilz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur betreffend top-Rechtsschreibkenntnisse in der Kärntner Landesregierung (226/J)

Dr. Gabriela Moser, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend angeblich überraschend bekannt gewordene Sparpläne der Post (227/J)

Heinz-Christian Strache, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend die Aufrechterhaltung der Infrastruktur in Österreich und die Krise der staatsnahen Unternehmen vor dem Hintergrund eines untauglichen Regierungsprogramms für die XXIV. Gesetzgebungsperiode (228/J)

Erwin Spindelberger, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend betreffend „Landesärztekammern (wie beispielsweise die Ärztekammer Steiermark) und die internationale Finanzkrise – Verluste von Beitragsgeldern und Kammervermögen?“ (229/J)

Sonja Ablinger, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend „Schubhaftzahlen“ (230/J)

Christoph Hagen, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend behauptete Dienstvergehen des stellvertretenden Landespolizeikommandanten für Wien (231/J)

Mag. Gernot Darmann, Kolleginnen und Kollegen an den Bundeskanzler betreffend Bewegung und Sport als Kosten reduzierende Faktoren (232/J)

Gerald Grosz, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend die Finanzierung des ETC-Graz – European Training and Research Center for Human Rights and Democracy (233/J)

Heinz-Christian Strache, Kolleginnen und Kollegen an den Präsidenten des Rechnungshofes betreffend die Veranlagung von Landeswohnbauförderungsgeldern in Niederösterreich (234/J)

Ing. Norbert Hofer, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Finanzen betreffend AUA (235/J)

Mag. Ruth Becher, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Inneres betreffend Personalstände bei den Wiener Kriminalkommissariaten (236/J)

Gerhard Köfer, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten betreffend österreichische Antiatompolitik innerhalb der EU (237/J)

Gerhard Köfer, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten betreffend Lynchjustiz in der Türkei (238/J)

Gerhard Köfer, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend betreffend mediale Vorankündigungen von Schwerpunkttests im Zusammenhang mit dem chinesischen Milchskandal (239/J)

Gerhard Köfer, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz betreffend Werbekampagne für das AMS (240/J)

Gerhard Köfer, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend Tunnelsicherheit auf der Tauernstrecke (241/J)

Gerhard Köfer, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend Tunnelsicherheit auf der Semmeringstrecke (242/J)

Gerhard Köfer, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend Tunnelsicherheit auf der Arlbergstrecke (243/J)

Gerhard Köfer, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend Tunnelsicherheit auf der Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Salzburg und Wien (244/J)

Herbert Kickl, Kolleginnen und Kollegen an die Präsidentin des Nationalrates betreffend die diskrete Änderung des Protokollentwurfes der 1. Präsidialkonferenz (1/JPR)

Beginn der Sitzung: 12.02 Uhr

Vorsitzende: *Präsidentin Mag. Barbara Prammer, Zweiter Präsident Dr. Michael Spindelegger.*

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Meine Damen und Herren, ich darf Sie sehr herzlich begrüßen, ersuchen, Ihre Plätze einzunehmen, und **eröffne** die 4. Sitzung des Nationalrates, die aufgrund eines ausreichend unterstützten Verlangens gemäß § 46 Abs. 7 des Geschäftsordnungsgesetzes einberufen wurde.

Die nicht verlesenen Teile des Amtlichen Protokolls der 1. Sitzung sowie das Amtliche Protokoll der 2. Sitzung vom 28. Oktober 2008 sind in der Parlamentsdirektion aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Als **verhindert** gemeldet sind die Abgeordneten Mag. Lohfeyer und Vilimsky.

Angelobung

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Der Wahlschein des heute im Hause anwesenden Herrn Abgeordneten **Mag. Wilhelm Molterer** liegt vor.

Nach Verlesung der Gelöbnisformel durch die Schriftführerin wird der neue Mandatar seine Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten haben.

Ich ersuche nunmehr die Frau Schriftführerin Abgeordnete Hagenhofer um die Verlesung der Gelöbnisformel, und ich darf Sie bitten, sich von den Plätzen zu erheben.

Schriftführerin Marianne Hagenhofer: „Sie werden geloben unverbrüchliche Treue der Republik Österreich, stete und volle Beobachtung der Verfassungsgesetze und aller anderen Gesetze und gewissenhafte Erfüllung Ihrer Pflichten.“

Abgeordneter Mag. Wilhelm Molterer (ÖVP): Ich gelobe. (*Allgemeiner Beifall.*)

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Auch ich darf Sie sehr herzlich als Abgeordneten hier im Hohen Haus begrüßen.

Einlauf und Zuweisungen

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Hinsichtlich der eingelangten Verhandlungsgegenstände und deren Zuweisungen verweise ich gemäß § 23 Abs. 4 der Geschäftsordnung auf die im Sitzungssaal verteilte Mitteilung.

Die schriftliche Mitteilung hat folgenden Wortlaut:

A. Eingelangte Verhandlungsgegenstände:

1. Schriftliche Anfragen: 28/J bis 227/J;

Schriftliche Anfrage an die Präsidentin des Nationalrates: 1/JPR;

2. Regierungsvorlage:

Bundesgesetz über österreichische Beiträge an internationale Finanzinstitutionen (IFI-Beitragsgesetz 2008) (15 d.B.).

Präsidentin Mag. Barbara Prammer

B. Zuweisungen:

1. Zuweisungen seit der letzten Sitzung gemäß §§ 32a Abs. 4, 80 Abs. 1, 100 Abs. 4, 100b Abs. 1 und 100c Abs. 1:

Immunitätsausschuss:

Ersuchen der Staatsanwaltschaft Graz (21 St 8/08t) um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung der Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Susanne Winter wegen des Verdachtes strafbarer Handlungen nach §§ 283 Abs. 2 sowie 188 StGB,

Ersuchen der Staatsanwaltschaft Wien (502 St 40/08a) um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Abgeordneten zum Nationalrat Ing. Peter Westenthaler wegen des Verdachtes einer strafbaren Handlung nach §§ 269 Absatz 1, 83 Absatz 1, 84 Absatz 2 Ziffer 4 StGB;

2. Zuweisungen in dieser Sitzung:

zur Vorberatung:

Finanzausschuss:

Protokoll zwischen der Republik Österreich und dem Königreich der Niederlande zur weiteren Abänderung des zwischen der Republik Österreich und dem Königreich der Niederlande am 1. September 1970 in Wien unterzeichneten Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Schlussprotokoll in der Fassung des am 18. Dezember 1989 unterzeichneten Protokolls und des am 26. Dezember 2001 unterzeichneten Protokolls (11 d.B.),

Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll und Annex (16 d.B.).

C. Unterrichtung gemäß Art. 50 Abs. 5 B-VG:

Aufnahme der Verhandlungen anlässlich des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Internationalen Atomenergie-Organisation zur Änderung des Abkommens vom 11. Dezember 1957 über den Amtssitz der Internationalen Atomenergie-Organisation,

Aufnahme der Verhandlungen über einen Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik zur Änderung und Ergänzung des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik über die polizeiliche Zusammenarbeit.

D. Verlangen gemäß § 32e Abs. 2 GOG:

Verlangen der Abgeordneten Josef Bucher, Heinz-Christian Strache, Kolleginnen und Kollegen betreffend Überprüfung der Gebarung der ÖIAG und der Austrian Airlines hinsichtlich der Partnersuche bzw. der Privatisierungsversuche für die Austrian Airlines (Eingelangt am 28. Oktober 2008).

Weiters wurden folgende Verhandlungsgegenstände eingebracht:

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Organisation für astronomische Forschung in der südlichen Hemisphäre betreffend den Beitritt zum Übereinkommen zur Gründung einer Europäischen Organisation für astronomische Forschung in der südlichen Hemisphäre samt Finanzprotokoll und zum Protokoll über die Vorrechte und Immunitäten der Europäischen Organisation für astronomische

Präsidentin Mag. Barbara Prammer

Forschung in der südlichen Hemisphäre und die dazugehörigen Bedingungen (10 d.B.),

Erklärung der Republik Österreich über die Annahme des Beitritts des Commonwealth der Bahamas zum Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (12 d.B.),

Protokoll über die Vorrechte und Immunitäten der Europäischen Organisation für astronomische Forschung in der südlichen Hemisphäre (13 d.B.),

Übereinkommen zur Gründung einer Europäischen Organisation für astronomische Forschung in der südlichen Hemisphäre samt Finanzprotokoll (14 d.B.),

Änderung des Übereinkommens zwischen der Republik Österreich, der Republik Bulgarien, der Republik Kroatien, der Tschechischen Republik, der Republik Ungarn, der Republik Polen, Rumänien, der Slowakischen Republik und der Republik Slowenien zur Förderung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Hochschulbildung im Rahmen des Central European Exchange Programme for University Studies („CEEPUS II“) (17 d.B.),

Bericht des Rechnungshofes, Reihe Bund 2008/11 (III-2 d.B.),

Kunstbericht 2007 der Bundesregierung (III-3 d.B.),

Grüner Bericht 2008 der Bundesregierung (III-4 d.B.),

Bericht der Bundesregierung über Maßnahmen für die Land- und Forstwirtschaft im Jahre 2009 gemäß § 9 LWG 1992 (III-5 d.B.),

Bericht des Bundesministers für Finanzen über die öffentlichen Finanzen 2007 (III-6 d.B.),

31. Bericht der Volksanwaltschaft (1. Jänner bis 31. Dezember 2007) (III-7 d.B.),

Bericht der Bundesministerin für Justiz betreffend Maßnahmen im Zusammenhang mit der Änderung der studienmäßigen Voraussetzungen für den Zugang zum Beruf des Rechtsanwalts und des Notars aufgrund der EntschlieÙung des Nationalrates vom 5. Dezember 2007, E 53/XXIII. GP (III-8 d.B.),

Bericht des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit über die Lage der Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Österreich 2007 (III-9 d.B.),

Bericht des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie gem. § 49 Bundesbahnstrukturgesetz 2003, BGBl. I/138, vom 30. Dezember 2003, über die 2007 durch den Bund bei den ÖBB und den Privatbahnen bestellten gemeinwirtschaftlichen Leistungen (III-10 d.B.),

Bericht des Bundesministers für Finanzen über die Genehmigung von Vorbelastungen für das 3. Quartal 2008 (Vorlage 1 BA),

Bericht des Bundesministers für Finanzen über die Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben im 3. Quartal 2008 (Vorlage 2 BA),

Präsidentin Mag. Barbara Prammer

Bericht des Bundesministers für Finanzen über die Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben im 2. Quartal 2008 (Vorlage 3 BA),

Die Zuweisung kann erst nach erfolgter Wahl der Fachausschüsse vorgenommen werden.

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Zur Geschäftsordnung hat sich Herr Klubobmann Strache zu Wort gemeldet. – Bitte.

12.04

Abgeordneter Heinz-Christian Strache (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Sehr geehrte Frau Präsidentin! § 59 der Geschäftsordnung sieht vor, dass es, sollte, wie das in der Präsidiale der Fall war, keine Einigung über die Tagesordnung erzielt werden, die Möglichkeit gibt, eine Debatte zur Geschäftsordnung durchzuführen.

Ich ersuche Sie darum, diese zu verfügen, beziehungsweise sollten Sie das nicht tun, würde ich auch einen Antrag als Abgeordneter einbringen, eine Debatte zur Geschäftsordnung vorzunehmen, denn es kann ja nicht sein, dass, wenn die Opposition, nachdem schon Arbeitsverweigerung betrieben wird in diesem Hohen Haus, gemeinsam durch ein Verlangen eine Sondersitzung bewirkt, die zuständigen Minister eine Erklärung diesbezüglich verweigern. Ich denke diese Arbeitsverweigerung hat hier in diesem Hohen Haus nichts verloren. Und darüber wollen wir auch eine Geschäftsordnungsdebatte abführen. *(Beifall bei der FPÖ. – Abg. Dr. Glawischnig-Piesczek: Zur Geschäftsordnung!)*

12.05

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Frau Klubvorsitzende Dr. Glawischnig, bitte.

12.05

Abgeordnete Dr. Eva Glawischnig-Piesczek (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt die Möglichkeit, hier im Hohen Haus als Minister/als Ministerin eine Erklärung abzugeben – das ist eine Möglichkeit, keine Verpflichtung. Allerdings ist es, glaube ich, ein sehr, sehr schlechter Stil und ein sehr schlechter Beginn, auch für das neue Verhältnis zwischen einem zukünftigen Bundeskanzler und dem Parlament, wenn man der Einladung, der Aufforderung, zu einer sehr aktuellen Situation, die viele Menschen in Österreich bewegt, nämlich Tausende Familien, Menschen, die um ihren Arbeitsplatz bangen und nicht wissen, wie es weitergeht, hier eine Erklärung abzugeben, nicht folgt, sondern sich zwingen lässt, aufgrund einer Dringlichen Anfrage in dieses Hohe Haus zu kommen und an der Debatte darüber teilzunehmen.

Man kann also eine Erklärung im Wege der Geschäftsordnung nicht erzwingen, aber es ist trotzdem ein sehr schlechtes Signal für die Zusammenarbeit zwischen neuem Minister, zukünftigem Bundeskanzler und diesem Hohen Haus. *(Beifall bei Grünen und FPÖ sowie bei Abgeordneten des BZÖ.)*

12.05

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Zur Geschäftsordnung: Herr Klubobmann Bucher. – Bitte.

12.06

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! In unseren Augen ist es auch eine Geringschätzung, wenn man es in Anbetracht der Wirtschaftskrise und vor allem

Abgeordneter Josef Bucher

der Performance der staatsnahen Unternehmen in Österreich nicht der Mühe wert findet, eine Regierungserklärung abzugeben, zumal es sich ja bei dem befassten Bundesminister nicht um jemanden handelt, der einer 100-tägigen Schonfrist bedarf, wenn es um die Beantwortung dieser Fragen geht, sondern um jemanden, der sich seit zwei Jahren im Amt befindet und all diese Verfehlungen zu verantworten hat. – Danke. *(Beifall bei BZÖ, FPÖ und Grünen. – Zwischenruf des Abg. Mag. Stadler.)*

12.06

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Herr Klubobmann Dr. Cap, bitte.

12.06

Abgeordneter Dr. Josef Cap (SPÖ) *(zur Geschäftsbehandlung):* Ich muss ehrlich sagen, ich stehe vor einem Rätsel: Mir sind diese Ausführungen insofern völlig unerklärlich, als wir eine Präsidialsitzung gehabt haben und einen Arbeitsplan festgelegt haben. Wir werden nächste Woche die Ausschüsse konstituieren, und es wird am 3. Dezember und am 10. Dezember eine Plenarsitzung geben. Es wird eine Angebotsanfrage geben, es wird eine Regierungserklärung geben. – Worüber diskutieren Sie da eigentlich? Um drei Tage, vier Tage, fünf Tage?

Sie haben vor dem heutigen Tag so viel Zeit gehabt, aber da hat sich kein Bedarf nach einer Sondersitzung entwickelt – jetzt plötzlich gibt es sie.

Es gibt eine Dringliche – ich weiß nicht, warum Sie das Instrumentarium der Dringlichen Anfrage so gering schätzen –, da besteht dann die Möglichkeit, dass wir hier darüber diskutieren.

Diese Initiative überzeugt uns überhaupt nicht, und wir haben genügend Möglichkeit ... *(Zwischenruf der Abg. Dr. Glawischnig-Piesczek.)* – Nein, das ist auch nicht so einfach zu machen mit Parlament-neu, nicht Parlament-neu, sondern dieser Zeitplan ist sehr vernünftig und gibt die Möglichkeit, hier all das wirklich ausgiebig zu diskutieren. Und parallel dazu hat die Regierung die Schritte gesetzt, die in dieser Krise zu machen waren, aber das werden wir ja dann debattieren können. Also das verstehe ich überhaupt nicht.

Ich verstehe eigentlich auch die Sondersitzung zu diesem späten Zeitpunkt nicht ganz *(Abg. Dr. Glawischnig-Piesczek: Das muss man nicht verstehen, das ist ein Recht!)*, aber das ist das Recht der Opposition, selbstverständlich, und wir freuen uns immer wieder, wenn wir – jetzt und auch in Zukunft – in diesem Hohen Haus diese Grundsatzdebatten führen dürfen. *(Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten der ÖVP.)*

12.08

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Herr Klubobmann Pröll hat sich zu Wort gemeldet. – Bitte.

12.08

Abgeordneter Dipl.-Ing. Josef Pröll (ÖVP) *(zur Geschäftsbehandlung):* Auch aus unserer Sicht ist die Faktenlage klar: Es gibt ein Recht auf Sondersitzung, das haben Sie heute in Anspruch genommen, und wir werden ja in den nächsten Stunden im Rahmen einer Dringlichen Anfrage über die von Ihnen begehrten Themen gemeinsam diskutieren.

Es gibt aber keine Verpflichtung zu Erklärungen für Minister. Und das ist die Auflösung des heutigen Nachmittags.

Der Herr Verkehrsminister wird ab 15 Uhr, sofern ich das richtig sehe, Rede und Antwort stehen zu den gewünschten und brisanten Themen, wie Sie es sehen, und wir

Abgeordneter Dipl.-Ing. Josef Pröll

werden Gelegenheit haben, ausgiebig darüber zu diskutieren. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*)

12.09

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Ich betrachte den **Antrag** des Herrn Klubobmanns Strache als Antrag zur Debatte über die Geschäftsbehandlung auf Änderung der Tagesordnung der heutigen Sitzung und lasse sofort über diesen Antrag **abstimmen**.

Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein entsprechendes Zeichen. – Das ist die **Minderheit**. Dieser Antrag ist somit **abgelehnt**.

Ankündigung einer Dringlichen Anfrage

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Der freiheitliche Parlamentsklub hat gemäß § 74a Abs. 2 der Geschäftsordnung das Verlangen gestellt, die am Beginn der Sitzung eingebrachte schriftliche Anfrage 228/J der Abgeordneten Strache, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend die Aufrechterhaltung der Infrastruktur in Österreich und die Krise der staatsnahen Unternehmen vor dem Hintergrund eines untauglichen Regierungsprogramms für die XXIV. Gesetzgebungsperiode dringlich zu behandeln.

Die Durchführung der Debatte über diese Dringliche Anfrage wird um 15 Uhr erfolgen.

Ich gebe bekannt, dass die Sitzung im Zeitraum von 15 bis 17 Uhr vom ORF live übertragen wird.

Redezeitvereinbarung

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Es wurde folgende Redezeitvereinbarung für die Debatte über die Dringliche Anfrage getroffen: Anfragesteller: 15 Minuten, Stellungnahme eines Regierungsmitgliedes: 12 Minuten, je eine Wortmeldung pro Fraktion: 8 Minuten, ein weiteres Regierungsmitglied: 10 Minuten, je eine Wortmeldung pro Fraktion: 4 Minuten, je eine Wortmeldung pro Fraktion: 3 Minuten.

Der vorsitzführende Präsident verteilt vor Beginn der letzten Runde nach Rücksprache mit den Klubvorsitzenden die allenfalls verbleibende Redezeit auf die fünf Fraktionen in der Weise, dass noch alle Fraktionen in der Fernsehzeit gleichmäßig zu Wort kommen.

Tatsächliche Berichtigungen gelangen erst nach Beendigung der Fernsehübertragung zum Aufruf.

Wir kommen sogleich zur **Abstimmung**.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Vorschlag zustimmen, um ein diesbezügliches Zeichen. – Das ist **einstimmig angenommen**.

Wahl der Ausschüsse

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zur Wahl der Ausschüsse.

Es liegt mir der einvernehmliche Vorschlag vor, folgende Ausschüsse einzusetzen:

Ausschuss für Arbeit und Soziales,

Außenpolitischer Ausschuss,

Präsidentin Mag. Barbara Prammer

Bautenausschuss,
Budgetausschuss,
Familienausschuss,
Ausschuss für Forschung, Innovation und Technologie,
Geschäftsordnungsausschuss,
Gesundheitsausschuss,
Gleichbehandlungsausschuss,
Ausschuss für innere Angelegenheiten,
Justizausschuss,
Ausschuss für Konsumentenschutz,
Kulturausschuss,
Landesverteidigungsausschuss,
Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft,
Ausschuss für Menschenrechte,
Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen,
Rechnungshofausschuss,
Ausschuss für Sportangelegenheiten,
Tourismusausschuss,
Umweltausschuss,
Unterrichtsausschuss,
Verfassungsausschuss,
Verkehrsausschuss,
Volksanwaltschaftsausschuss,
Ausschuss für Wirtschaft und Industrie sowie
Wissenschaftsausschuss.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die sich für die Einsetzung der erwähnten Ausschüsse aussprechen, um ein diesbezügliches Zeichen. – Das ist ***einstimmig angenommen***.

Gemäß § 32 der Geschäftsordnung setzt der Nationalrat die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder jedes Ausschusses fest. Die Mitglieder und Ersatzmitglieder werden auf die parlamentarischen Klubs im Verhältnis der Zahl der ihnen angehörenden Abgeordneten nach den im § 30 der Geschäftsordnung festgelegten Grundsätzen beziehungsweise nach § 32 Abs. 2 der Geschäftsordnung verteilt.

Die Klubs haben die auf sie entfallenden Ausschussmitglieder und Ersatzmitglieder der Präsidentin namhaft zu machen; diese gelten damit als gewählt.

Nach Beratung in der Präsidialkonferenz ist nun für die erwähnten Ausschüsse jeweils folgende Zahl von Mitgliedern und Ersatzmitgliedern einvernehmlich vorgeschlagen, deren Aufteilung auf die Fraktionen errechnet wurde:

Präsidentin Mag. Barbara Prammer

Der Geschäftsordnungsausschuss soll aus je 17 Mitgliedern und Ersatzmitgliedern bestehen. Davon entfallen nach dem Shapley'schen Verfahren je fünf Mitglieder und Ersatzmitglieder auf die SPÖ, je fünf Mitglieder und Ersatzmitglieder auf die ÖVP, je drei Mitglieder und Ersatzmitglieder auf die FPÖ sowie jeweils zwei Mitglieder und Ersatzmitglieder auf das BZÖ und die Grünen.

Für alle übrigen vorhin erwähnten Ausschüsse sind je 27 Mitglieder und Ersatzmitglieder vorgeschlagen. Davon entfallen nach dem d'Hondt'schen System je acht Mitglieder und Ersatzmitglieder auf die SPÖ, je acht Mitglieder und Ersatzmitglieder auf die ÖVP, je fünf Mitglieder und Ersatzmitglieder auf die FPÖ sowie jeweils drei Mitglieder und Ersatzmitglieder auf das BZÖ und die Grünen.

Wir kommen sogleich zur **Abstimmung**.

Ich bitte jene Damen und Herren, die den vorgeschlagenen Mitgliederzahlen sowie der Zusammensetzung zustimmen, um ein diesbezügliches Zeichen. – Das ist **einstimmig angenommen**.

Die Namen der von den Klubs der Präsidentin als Mitglieder beziehungsweise als Ersatzmitglieder bekannt gegebenen und damit als gewählt geltenden Abgeordneten werden im Stenographischen Protokoll angeführt. *(Zum Zeitpunkt der Drucklegung waren noch nicht alle Listen verfügbar. – Die Mitglieder und Ersatzmitglieder sowie die gewählten Funktionen sind im Internet unter „**Parlamentarisches Geschehen>Ausschüsse>Nationalrat>Ausschüsse und Unterausschüsse**“ abrufbar.)*

Ich unterbreche nun die Sitzung bis 15 Uhr.

Die Sitzung ist **unterbrochen**.

*(Die Sitzung wird um 12.14 Uhr **unterbrochen** und um 15.05 Uhr **wieder aufgenommen**.)*

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Meine Damen und Herren, ich **nehme** die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und darf Sie bitten, Ihre Plätze einzunehmen.

Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Heinz-Christian Strache, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend die Aufrechterhaltung der Infrastruktur in Österreich und die Krise der staatsnahen Unternehmen vor dem Hintergrund eines untauglichen Regierungsprogramms für die XXIV. Gesetzgebungsperiode (228/J)

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Wir gelangen zur dringlichen Behandlung der schriftlichen Anfrage 228/J.

Da diese inzwischen allen Abgeordneten zugegangen ist, erübrigt sich eine Verlesung durch die Schriftführerin.

Präsidentin Mag. Barbara Prammer

Die Dringliche Anfrage hat folgenden Wortlaut:

Österreich steht derzeit am Rande einer Wirtschaftskrise. Laut Wifo hat das Wirtschaftswachstum in Österreich im Jahresverlauf weiter an Dynamik verloren. Ein ähnlich hoher Rückgang bei wichtigen Kennzahlen war zuletzt im Jahr 2001 verzeichnet worden.

Die Bauwirtschaft beispielsweise, die die nachlassende Konjunktur im 1. Halbjahr noch 2008 gestützt hatte, steigerte die Wertschöpfung im Vergleich zum letzten Quartal nur noch geringfügig um 0,2%. Während etwa die Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen abnahm, expandierten die Ausgaben der privaten Haushalte stabil (+0,3 % gegenüber der Vorperiode). Wegen des Konjunktur einbruchs auf den wichtigsten Absatzmärkten war die Exportnachfrage rückläufig (-0,3 % gegenüber dem letzten Quartal).

Im gesamten Euro-Raum geht die Industrieproduktion seit Mai im Vergleich zum Vorjahr zurück und die Unsicherheit angesichts der Finanzkrise dämpft die Konsum- und Investitionsnachfrage.

Steigende Arbeitslosenzahlen, unzählige Arbeitnehmer, die beim AMS bereits zur Kündigung angemeldet wurden, Prüfungen des Rechnungshofes, die unter anderem massive Schulden der ASFINAG und immense Spekulationsverluste der ÖBB aufgezeigt haben, das geplante Verschicken des österreichischen Home Carriers AUA im Rahmen eines zweifelhaften Ausschreibungsverfahrens, große wirtschaftliche Probleme der österreichischen Post AG mit angedrohten Schließungen eines Großteiles der Postämter sowie einem angekündigten Personalabbau von bis zu 9.000 Mitarbeitern, massive Probleme im Festnetzbereich der Telekom Austria mit einer angedrohten baldigen Kündigung von bis zu 500 Festnetzmitarbeitern und einem geplanten Abbau von weiteren 2.000 und 2.500 Mitarbeitern bis 2011 unterlegen die aktuelle schlechte wirtschaftliche Lage Österreichs.

Unbestritten ist, dass der Staat für eine funktionierende Infrastruktur und für verlässliche Grundversorgung mit Waren und Dienstleistungen für seine Staatsbürger verantwortlich ist und in Zukunft sein muss. Liberalisierung und Privatisierung sind nur punktuell geeignete Rezepte, potentiell Marktversagen ist bei jedem Schritt nachdrücklich zu berücksichtigen.

Unbestritten ist weiters eine fortschreitende Zerstörung einer grundsätzlich funktionierenden und sachlich wie geschichtlich wohlbegründeten Infrastruktur durch die Politik. Nahversorgung, Schulen, Bahn, Polizei und nun die Post werden sukzessive geschwächt. Regierungspolitiker rechtfertigen diesen Kahlschlag an Lebensqualität mit dem Hinweis auf sogenannte Marktmechanismen und folgen unkritisch einer dogmatisch vorgetragenen Ideologie namhafter Mitglieder der EU-Kommission und ihres Apparates.

Dieses System zerstört in besonderem Maß die Versorgungsstrukturen in Österreich. Ein Verantwortungsgefühl um das Allgemeinwohl ist SPÖ und ÖVP offenbar völlig abhanden gekommen.

Die Krise der österreichischen Wirtschaft und vieler ursprünglich in Staatsbesitz stehender Betriebe wie beispielsweise ÖBB, Post, Telekom, AUA, ASFINAG stellt gerade in Bezug auf die Infrastruktur und damit in Bezug auf Bereiche, die zur Aufrechterhaltung unserer Volkswirtschaft unerlässlich sind, die Frage, wie künftig die Zurverfügungstellung und Aufrechterhaltung einer funktionierenden Infrastruktur geregelt sein soll.

Aus unserer Sicht ist es gerade bei der Zurverfügungstellung der notwendigen Infrastruktur wie Post, Telekommunikation, Verkehr aber auch im Gesundheits-, Bildungs-

Präsidentin Mag. Barbara Prammer

und Pensionswesen unerlässlich, dass die öffentliche Hand, also der Bund bzw. im Rahmen einer zu fixierenden vertraglichen Vereinbarung Länder und Gemeinden einen maßgeblichen Einfluss bei volkswirtschaftlich wichtigen Betrieben und Unternehmen behalten sollen.

Bei gewissen Basisleistungen, den sogenannten Kernaufgaben des Staates, wird es immer eine flächendeckende Versorgung geben müssen. Der Staat hat dafür Sorge zu tragen, dass die staatlichen Kernaufgaben unabhängig von den äußeren Rahmenbedingungen geleistet werden. Diese Kernaufgaben des Staates sind dabei auch dann zu erfüllen, wenn es unmöglich ist, Gewinne zu erwirtschaften.

Beispiel Österreichische Post AG

Schwierige Zeiten kommen beispielsweise auf die österreichische Post AG zu. Mit der Vollliberalisierung der europäischen Postmärkte (3. EU-Post-RL, 2008/6/EG) ab 1.1.2011 können künftig auch Briefe, Postkarten etc. von alternativen Anbietern zugestellt werden. Österreich hat sich bislang auf diese Postmarktliberalisierung in keinster Weise vorbereitet, die österreichische Post AG steckt in einer tiefen Krise und zudem fehlt die dringend notwendige gesetzliche Basis für diese verpflichtende Marktöffnung.

Radikale Pläne betreffend einen massiven Personalabbau und eine drastische Senkung der Anzahl der Postämter haben nicht nur zu großer Unruhe und Sorge in der Bevölkerung geführt, sondern auch zu sehr ernst zu nehmenden Streikdrohungen seitens der Postgewerkschaft, die auch nach einer rechtlich fragwürdigen geplanten Novelle zur Post-Universaldienstverordnung und der offiziell angekündigten Rücknahme einiger Maßnahmen aufrecht bleiben.

Klar ist, die Post kann mit ihrer großen Zahl von pragmatisierten Beamten nicht an jedem Ort ein Postamt und die ÖBB nicht an jedem Ort einen Bahnhof gewinnbringend zur Verfügung stellen ohne dafür Zuschüsse des Steuerzahlers zu benötigen. Allerdings hat das eingesetzte Management alles zu tun, diese Zuschüsse so gering wie möglich zu halten und das Steuergeld transparent und effizient zu verwenden.

Beispiel Stadt Wien und „Cross Border Leasing“-Geschäfte

Ein anderes Beispiel des sorglosen Umgangs mit an sich staatlichem Eigentum ist die Stadt Wien, die bis 2004, als die USA den „Cross Border Leasing“-Geschäften einen Riegel vorgeschoben haben, unter anderem das Kanalnetz in den Bezirken 21 und 22, einen Teil des Rechenzentrums der Stadt Wien, sowie U-Bahn- und Straßenbahnanlagen und -einrichtungen an US-Investoren verleast und postwendend zurückgeleast hat. Ebenso sind die Wiener Stadtwerke am „Verbund“ beteiligt, der seinerseits „Cross Border Leasing“-Geschäfte vornahm. US-Investoren konnten diese Geschäfte als Investition steuerlich abschreiben und so Steuern sparen. Der Gewinn (die Steuerersparnis des US-Investors) wird mit dem Eigentümer, beispielsweise der Stadt Wien, geteilt. Die Stadt Wien hat diesbezügliche Transaktionen in den USA in 10stelligen Eurobeträgen abgeschlossen. Über die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise auf die genannten Geschäfte wurden von Seiten der Stadt Wien bislang aber noch keine genauen Angaben gemacht.

Angesichts des Debakels bei der ÖBB drängt sich jedoch die Frage auf, inwiefern die auf US-Depots geparkten Finanzmittel zum Bedienen der Leasingraten wertbeständig sind und dies bis zum Ablauf des jeweiligen Leasingzeitraumes in ca. 30 Jahren auch bleiben. Gleichzeitig steigt das Risiko, einen Bankenwechsel aufgrund sinkender Bonität der beteiligten Unternehmen (u.a. Freddie Mac, AIG, State Street Bank) vornehmen zu müssen. Sollten internationale Ratingagenturen die beteiligten Institute weiter herabstufen, müsste die Stadt Wien einen Banken- und ev. Versicherungs-

Präsidentin Mag. Barbara Prammer

wechsel einleiten, der das Budget der Stadt Wien mit massiven Rechts- und Folgekosten belasten würde.

Für den Fall, dass eine der Depotbanken in Konkurs geht, droht ein Verlust, der den sogenannten Barwertvorteil aus CBL-Transaktionen bei weitem übersteigt. Ähnlich sieht das auch der Rechnungshof, der im Jahr 2004 betreffend Insolvenz von Depotbanken feststellte, "dass dieses Risiko ausschließlich der inländische Vertragspartner trägt".

Beispiel Gemeindefinanzen

Offen ist grundsätzlich die Frage nach der Finanzkraft von Gemeinden und damit die Zukunft diverser Infrastrukturaufgaben sowie die Erfüllung anderer Kernaufgaben. Einen sehr bedenklichen Fall hat es in der Steiermark gegeben, wo sich die Schulden der Stadtgemeinde Trieben auf mindestens 30 Millionen Euro belaufen. Nach längeren Ungereimtheiten, die es auch beim Rechnungsabschluss 2007 gab, ordnete schlussendlich am 28. September 2007 LH Franz Voves die große Gebarungsprüfung an. Innerhalb von sechs Monaten muss es Neuwahlen geben. Ob dies die finanziellen Probleme löst, ist mehr als unklar. Ebenso besteht die Befürchtung, dass noch weitere hoch überschuldete Gemeinden folgen könnten.

Beispiel Einbehaltung von 50% der niederösterreichischen Beitragsleistungen an die ÖBB

Der am 14. Dezember in Kraft tretende neue ÖBB-Fahrplan sorgt bei der auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesenen Bevölkerung für großen Unmut. Einige Züge werden gleich ganz eingestellt, andere brauchen wiederum länger oder fahren zu ungünstigeren Zeiten. Das Land Niederösterreich hat jedenfalls als erste Reaktion auf die unzumutbaren Fahrplanänderungen und die fragwürdige Umsetzung des an sich vorgeschriebenen gesetzlichen Versorgungsauftrages beschlossen, 50% der jährlichen Unterstützung in Höhe von 17,5 Millionen Euro für die ÖBB bei Betriebskosten und Investitionen einzubehalten. Und dies so lange bis von den ÖBB der Versorgungsauftrag wieder gewährleistet wird.

Bisher hat Minister Faymann sofern es überhaupt Aktionen und Reaktionen gab, rein populistisch gehandelt – man denke an die laut Verfassungsexperten höchst fragliche Novelle zur Universaldienstverordnung zur Verhinderung von Postamtsschließungen während der kommenden 6 Monate - aber keinerlei Maßnahmen gesetzt, die sich positiv auf die Situation der Bevölkerung und der heimischen Wirtschaft auswirken und dem derzeitigen negativen Trend im Finanz- und Wirtschaftsbereich, der auch und vor allem auf staatsnahe Betriebe übergeschwappt ist, zu verhindern und gegenzusteuern.

Auch das Regierungsprogramm zwischen SPÖ und ÖVP für die XXIV. GP enthält keine wirklichen Reformen und in keinster Weise Maßnahmen, die dazu geeignet sind, die anstehenden Probleme zu lösen. Zu staatsnahen Betrieben wie ASFINAG, ÖBB oder Post werden weitgehend nur allgemeine Überlegungen angestellt, Prüfungen möglicher Lösungsansätzen angekündigt und unklare Formulierungen getroffen, eine Problemlösungskompetenz ist nicht erkennbar.

Das gleiche gilt beispielsweise auch für den Bereich Wissenschaft und Forschung. Besonders negativ ist aufgefallen, dass vom Nationalrat angenommene Entschließungsanträge wie z.B. hinsichtlich der Finanzierung von Vorziehprofessuren im Regierungsprogramm für die XXIV.GP keinen Niederschlag gefunden haben.

Aus diesen Gründen stellen die unterfertigten Abgeordneten folgende

Präsidentin Mag. Barbara Prammer

Dringliche Anfrage

1. *Wie wollen Sie – vor dem Hintergrund eines untauglichen Regierungsprogramms für die XXIV. Gesetzgebungsperiode – sicherstellen, dass die Republik Österreich, ihre Länder und Gemeinden die staatlichen Kernaufgaben in Zukunft erfüllen können?*

2. *Wie wollen Sie, angesichts der internationalen Finanzkrise, brauchbare Maßnahmen setzen um der drohenden Arbeitslosigkeit, insbesondere auch im staatsnahen Bereich, Einhalt zu gebieten?*

3. *Werden Sie sich im Ministerrat für die Vorlage einer Regierungsvorlage, die die Limitierung von Managergehältern im staatsnahen Bereich, aber auch bei jenen Banken, die das staatliche Bankenhilfspaket in Anspruch genommen haben, einsetzen?*

4. *Ist es für Sie vorstellbar, diese Gehälter mit der Höhe des Bezugs des Bundeskanzlers zu deckeln?*

5. *Werden Sie sich nach dem Vorbild der Bundesrepublik Deutschland im Ministerrat für die Vorlage einer Regierungsvorlage, die eine Sonderprüfkompetenz des Rechnungshofes für jene Banken, die das staatliche Bankenhilfspaket in Anspruch nehmen, einsetzen?*

6. *In welchem Umfang und von wem wurden Sie bereits im Februar dieses Jahres über geplante Postamtsschließungen sowie den geplanten massiven Mitarbeiterabbau bis 2015 informiert?*

7. *Inwieweit wurde Ihnen bereits im Februar 2008 die Schließung folgender in der Zeitung „ÖSTERREICH“ angeführten Postämter angekündigt:*

1016 Wien Museumstraße 12

1025 Wien Krummbaumgasse 2

1035 Wien Hetzgasse 35

1037 Wien Marokkanergasse 17

1042 Wien Wiedner Hauptstr. 53

1052 Wien Schönbrunner Str. 17–19

1053 Wien Am Hundsturm 11

1062 Wien Wallgasse 13

1082 Wien Maria-Treu-Gasse 4–6

1094 Wien Nußdorfer Straße 7

1095 Wien Zimmermannngasse 4–6

1096 Wien Garnisongasse 7

1097 Wien Währinger Gürtel 18–20

1102 Wien Hardtmuthgasse 139

1106 Wien Gellertgasse 42–48

1108 Wien Ada-Christen-Gasse 2

1113 Wien Mühlsangerg. 42–44

1122 Wien Edelsinnstraße 4

Präsidentin Mag. Barbara Prammer

- 1125 Wien Hetzendorfer Straße 76
1127 Wien Am Schöpfwerk 29
1134 Wien Speisinger Straße 41
1142 Wien Kuefsteingasse 37–39
1144 Wien Hüttelbergstraße 2
1147 Wien Albert-Schweitzer-G. 6
1153 Wien Lehnergasse 2
1154 Wien Hütteldorfer Str. 81b
1163 Wien Thalheimergasse 17–29
1166 Wien Sandleitengasse 41
1173 Wien Neuwaldeggerstr. 1
1183 Wien Schöffelgasse 64
1193 Wien Krottenbachstr. 42–46
1202 Wien Klosterneuburger Str. 99
1203 Wien Treustraße 22–24
1205 Wien Leystraße 42
1212 Wien Obergfellplatz 3
1217 Wien Kürschnergasse 9
1218 Wien Scheffelstraße 13
1223 Wien Moissigasse 14
1224 Wien Siegesplatz 18–19
1225 Wien Hasibederstraße 2/70
1232 Wien Sobotagasse 8–10
1233 Wien Breitenfurter Str. 305–311
2120 Wolkersd. Wienerstraße 10
2136 Laa/Thaya Stadtplatz 36
2170 Poysdorf Dreifaltigkeitspl. 5–7
2231 Strasshof Bahnhofplatz 2
2232 D. Wagram Nelkengasse 1
2301 Gr.-Enzersd. Krabichler-Platz 1
2331 Vösendorf Ortsstraße 73-77
2334 Vösendorf SCS Vösendorf,
2344 M. Enzersd. Hauptstraße 14
2351 Wr. Neud. Europaplatz 1
2353 Guntramsd. Am Kirchenplatz 3
2355 Wr. Neudorf NÖ-Süd Straße 3

Präsidentin Mag. Barbara Prammer

2401 Fischamend Hauptplatz 4
2410 Hainburg Ungarstraße 17
2483 Ebreichsd. Hauptplatz 11
2502 Baden Kanalgasse 7
2514 Traiskir. Hauptplatz 17
2544 Leobersd. Badener Straße 2
2552 Hirtenb. Bahngasse 1 b
2560 Berndorf Hermannsplatz 22
2601 Sollenau Hauptplatz 9
2640 Gloggnitz Hauptstraße 32
2702 Wr. Neust. Baumk. Ring 6a
2704 Wr. Neust. Stadionstraße 12
2705 Wr. Neustadt Zehnergürtel 12–24/
2870 Aspang Hauptstraße 18
3040 Neulengb. Postgasse 274
3107 St. Pölten Dr. Schärf-Straße 5
3109 St. Pölten Neue Herrengasse 1
3130 Herzogenb. Kirchengasse 6
3270 Scheibbs Erlafpromenade 8
3370 Ybbs Stauwerkstraße 5
3380 Pöchlarn Regensburgerstraße 9
3390 Melk Wiener Straße 85
3423 St. Andrä Greifensteiner Str. 16
3443 Sieghartsk. Pressbaumerstr. 8
3550 Langenlois Holzplatz 9
3580 Horn Prager Straße 5
4015 Linz Volksfeststraße 2
4017 Linz Derfflingerstraße 2
4018 Linz Hamerlingstraße 44
4026 Linz Stadlerstraße 8
4034 Linz Dieselstraße 4
4046 Linz J.-W.-Klein-Str. 23
4053 Haid A.-Stifter-Straße
4060 Leonding Wegscheider Str. 124
4066 Pasching Plus-Kauf-Straße 7
4070 Eferding Unterer Graben 11

Präsidentin Mag. Barbara Prammer

4090 Engelharts. Marktplatz 61
4100 Ottensheim Bahnhofstraße 7
4150 Rohrbach Stadtplatz 23
4190 B. Leonfel. Hauptplatz 18
4210 Gallneuk. Reichenauer Str. 1
4300 St. Valentin Westbahnstraße 27
4310 Mauthausen Poschacherstr. 12
4320 Perg Dirnbergerstraße 2
4402 Steyr Grünmarkt 1
4403 Steyr Ennser Straße 7
4481 Asten Marktplatz 3
4540 Bad Hall Bahnhofstraße 3
4560 Kirchdorf Hauptplatz 27
4580 Windischg. Friedhofstraße 2
4655 Vorchdorf Bahnhofstraße 19
4663 Laakirchen Wolfstraße 2
4690 Schw.st. Graben 20
4770 Andorf, Hauptstraße 38
4802 Ebensee Bahnhofstraße 9
4822 Bad Gois. Bahnhofstraße 14
4880 St. Georg. Attergaustraße 61
5013 S. Liefering M. Bundesstraße 116
5017 Salzburg Maxgl. Hauptstr. 70
5018 Europark Europastraße 1
5023 S. Gnigl Versorg.hausstr. 14
5025 S.-Parsch E.Fugger-Str.
5026 S.-Aigen Aigner Straße 78
5110 Oberndorf Kolpingstraße 1
5201 Seek. Bahnhofstraße 5
5204 Straßw. Marktplatz 13
5230 Mattighof. Salzburgerstr. 5
5310 Mondsee Kreuzberger-Str. 3
5580 Tamsweg Kuenburgstraße 7
5620 Schwarz. Salzburgerstraße 18
5630 B. Hofg. Postgasse 4
6012 Innsbruck Stainerstraße 3

Präsidentin Mag. Barbara Prammer

6013 Innsbruck F.-Fischer-Straße 5
6022 Innsbruck Prinz-Eugen-Str. 60
6023 Innsbruck GumpstraÙe 26
6026 Innsbruck Mitterweg 16
6027 Innsbruck V.-Franz-Hess-Str. 11
6029 Innsbruck Amraser-See-Str. 56
6040 Neu-Arzt Schützenstr. 54
6063 Rum Serlesstraße 11
6100 Seefeld Klosterstraße 367
6112 Wattens Mesnergasse 5
6176 Völs Cyta & Bhf-Str.
6200 Jenbach Südtiroler Platz 3
6290 Mayrhofen Einfahrt Mitte 434
6332 Kufstein Oberer Stadtplatz 5b
9971 Matrei/Osttir. Rauterplatz 1
6854 Dornbirn Messepark
6960 Wolf.-Bhf Senderstraße 10
6971 Hard Landstraße 17
6991 Riezlern Walsenstraße 30
7350 Oberpull. Hauptstraße 69
7423 Pinkafeld Rathausplatz 2
7503 Gr.Petersd. Hauptstraße 43
8018 Graz Anzengrubergasse 6
8022 Graz Triester Straße 60
8023 Graz Annenstraße 19
8024 Graz Wiener Straße 2
8025 Graz Lazarettgürtel 55
8026 Graz Gaswerkstraße 2
8027 Graz Rösselmühlgasse 3
8028 Graz Strassganger Str. 207
8036 Graz Stiftingtalstraße 3–7
8041 G.-Lieb. Lieb. Hauptstraße 91
8042 G.-St. Pet. St.-Peter-Hauptstr. 54
8051 G. Gösting Wiener Straße 232
8052 G.-Wetz. Burenstraße 85
8053 G.-Neuhart Kärntner Straße 154

Präsidentin Mag. Barbara Prammer

8055 G.-Puntig. Triester Straße 364
8071 Hausm.st. Hauptstraße 10
8073 Feldkirchen Marktplatz 1
8074 Raaba Dr.-Auner-Straße 2
8101 Gratkorn Leykam-Platz 1
8344 B. Gleich. B. Gleichenb. 402
8380 Jennersd. Hauptstraße 53
8401 Kalsdorf Hauptstraße 119
8490 Radk. Hauptplatz 17
8600 Bruck Bahnhofstraße 22
8650 Kindberg Ungerfeldgasse 4
8700 Leoben Südbahnstraße 3
8714 Kraubath Hauptstraße 11 b
8753 Fohnsdorf Landstraße 8
8790 Eisenerz Hieflauer Straße 21
8793 Trofaiach Hauptplatz 5-6
8850 Murau Keltensiedlung 140
8962 Gröbming Horstigstraße 899
8970 Schladm. Coburgstraße 44
8990 B. Aussee Ischler Straße 94
9022 Klagenfurt F.-Seeland-Straße 14
9026 Klagenfurt Durchlaßstraße 4
9028 Klagenfurt Pischeldorfer Str. 190
9073 K.-Viktring Keutschacher Str. 122
9103 Diex Diex 25
9170 Ferlach Hauptplatz 8
9220 Velden Villacher Straße 3
9330 Tr.-Althofen Hauptplatz 8
9360 Friesach Industriestraße 4
9508 Villach Burgenlandstr. 62
9620 Hermagor Bahnhofstraße 5
9640 K.-Mauthen Kötschach 551?

8. In welchem Umfang und von wem wurden im August 2008 die Post-Personalvertreter über geplante Postamtsschließungen sowie den geplanten massiven Mitarbeiterabbau bis 2015 informiert?

9. Wann wurden Sie über den genauen Umfang der kürzlich bekannt gewordenen geplanten Postamtsschließungen sowie des geplanten massiven Mitarbeiterabbaus bis

Präsidentin Mag. Barbara Prammer

2015 informiert, welche Postämter und wie viele Mitarbeiter in welchen Abteilungen und welchen Dienststellen sind davon konkret betroffen?

10. Können Sie ausschließen, dass die im November 2008 bekannt gewordenen Pläne betreffend Postamtsschließungen und Mitarbeiterabbau von Ihnen oder ihrem politischen Umfeld medial lanciert wurden?

11. Wie viele Mitarbeiter wurden seitens der Post AG bislang zur Kündigung angemeldet?

12. Wie viele Mitarbeiter wurden bislang von der Post AG über deren mögliche Kündigung informiert und für welchen Stichtag wurde Ihnen die Kündigung angekündigt?

13. In wie vielen Fällen sind Mitarbeiter betroffen, die für ihre Familien und für Kinder finanzielle Verantwortung tragen?

14. Mit welchen Mitarbeitern (Zahl und Art der derzeitigen Tätigkeit) wurden in den letzten Monaten bzw. werden in den kommenden Wochen Gespräche bzgl. eines sogenannten „golden handshake“ aufgenommen?

15. Wann soll die Novelle zur Post-Universaldienstverordnung, deren Begutachtung am 22. November 2008 abgelaufen ist, in Kraft treten und welches Ziel wollen Sie mit dieser Verordnung erreichen?

16. Was ist die Rechtsgrundlage für die von Ihnen angekündigte Novelle zur Post-Universaldienstverordnung, die eine Schließung von Postfilialen in den kommenden sechs Monaten verbieten soll?

17. Wann und wo wurden in den letzten 3 Monaten Postämter geschlossen?

18. Welche 24 Postämter werden noch vor Inkrafttreten ihrer Novelle zur Post-Universaldienstverordnung, also vermutlich bis Jahresende, geschlossen und inwieweit sollen diese Postämter durch Postpartner ersetzt werden?

19. Die Schließung wie vieler Postämter werden Sie mit Ihrer Verordnung auf Dauer verhindern?

20. Wie viele und welche Postämter sollen nach Ende der in der Novelle zur Post-Universaldienstverordnung gesetzten Frist vordringlich geschlossen werden und inwieweit sollen diese Filialen durch einen Postpartner ersetzt werden?

21. Wie häufig führen Sie in ihrer Funktion als Eigentümerversorger Gespräche mit der Führungsriege der Post, mit wem haben Sie in den letzten 2 Jahren wann und zu welchem Thema gesprochen?

22. Inwieweit fühlen Sie sich als Eigentümersorger und Minister für die 9.000 Postmitarbeiter zuständig, die in den kommenden Jahren abgebaut werden sollen?

23. Wie viele Mitarbeiter der Post werden bis 2015 jährlich in Pension gehen bzw. inwieweit wird die Zahl der Mitarbeiter durch natürlichen Abgang pro Jahr abgebaut?

24. Was geschieht mit jenen Mitarbeitern, die abgebaut werden sollen ohne in Pension zu gehen, die aber aufgrund ihrer Unkündbarkeit und Unversetzbarkeit nicht wirklich gekündigt werden können?

25. Inwieweit wurden bereits Arbeitsstiftungen oder die Möglichkeit eines „golden handshake“ für wie viele Mitarbeiter vorbereitet?

26. Welche Auswirkungen wird es aufgrund des geplanten Branchenkollektivvertrages für den Postbereich für die derzeitigen Mitarbeiter der österreichischen Post AG geben?

Präsidentin Mag. Barbara Prammer

27. Wann wird Ihr Ministerium einen Entwurf für eine Novelle zum Postgesetz in Begutachtung schicken, der sowohl die österreichische Post AG als derzeitigen Universaldienstleister absichert und unterstützt, als auch den österreichischen Postmarkt inklusive einer flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung mit allen derzeit angebotenen Postdienstleistungen auf Dauer - vor allem aber ab dem 1.1.2011 – sicherstellt?

28. Was sind die Hauptinhaltepunkte der im Zuge der Liberalisierung des Postmarktes mit 1.1.2011 notwendigen Novelle zum Postgesetz?

29. Welche Änderungen, Anforderungen bzw. Unterstützungen und Hilfestellungen seitens ihres Ministeriums und der österreichischen Gesetzgebung wird es für den/die Universaldienstbetreiber nach dem 1.1.2008 geben?

30. Wird es die von der EU geforderte vollständige Postliberalisierung mit 1.1.2011 in Österreich jedenfalls geben oder nur unter der Voraussetzung, dass bis dahin die erforderlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen geschaffen wurden?

31. Wird es bei der Österreichischen Post AG ähnlich wie bei der ÖBB und der ASFINAG als Folge der Nationalratswahl vom September 2008, der anschließenden Regierungsbildung und der damit verbundenen geänderten politischen Landschaft zu einer Änderung bei den Vorständen oder im Aufsichtsrat kommen und wenn ja, wie viel Geld steht für Abfertigungen und andere Zahlungen im Zuge der Auflösung von Managerverträgen zur Verfügung?

32. Inwieweit und aus welchen Gründen haben Sie kurz vor der Wahl darauf Einfluss genommen, dass staatsnahe Betriebe wie die ASFINAG und die ÖBB unzählige Inserate geschaltet haben?

33. Wie hoch sind die aktuellen Spekulationsverluste der ÖBB?

34. Wie wollen Sie verhindern, dass sich diese Verluste negativ auf das Angebot der ÖBB auswirken?

35. Wie beurteilen Sie die Weigerung des Landes Niederösterreich mehrere Millionen Euro an die ÖBB zu bezahlen, weil die ÖBB angeblich die vereinbarte Aufschließung von Teilen Niederösterreichs nicht mehr gewährleistet?

36. Wie ist die Situation in anderen Bundesländern?

37. Nicht zuletzt aufgrund der seit vielen Monaten sehr hohen Inflation und der beginnenden Wirtschaftskrise mit steigenden Arbeitslosenzahlen und sinkenden zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln sind viele Bürger auf die Nutzung öffentliche Verkehrsmittel angewiesen. Welche konkrete Maßnahmen werden Sie bis Weihnachten setzen, damit die neuen Fahrpläne der ÖBB, die viel Kritik nach sich ziehen und vielfach weder kundenfreundlich noch nachfrageorientiert sind, entsprechend den tatsächlichen Anforderungen rasch adaptiert werden?

38. Bis wann soll die bereits vor Jahren begonnene Analyse des Reformbedarfs für den öffentlichen Personennah- und Regionalverkehr (ÖPNRV) abgeschlossen und darauf aufbauend unverzüglich eine Novelle zum „Öffentlicher Personennah- und Regionalverkehrsgesetz (ÖPNRV-G)“ vorgelegt werden, die die verschiedenen Interessen der am öffentlichen Personennah- und Regionalverkehr Beteiligten und Betroffenen berücksichtigt und vor allem künftig eine dauerhafte flächendeckende Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit öffentlichen Verkehrsmitteln sicherstellt?

39. Mit welchen konkreten Maßnahmen soll es künftig zu einer 10%-igen Senkung bei den Errichtungskosten pro Kilometer Straße kommen?

Präsidentin Mag. Barbara Prammer

40. *Wie viele unterschiedliche Mauttarife soll es in den kommenden beiden Jahren bei der LKW-Maut geben und wie hoch sollen diese sein, damit die LKW-Maut – wie im Regierungsprogramm für die XXIV.GP angeführt – in den kommenden beiden Jahren einerseits aufkommensneutral bleibt, gleichzeitig aber die Umstellung auf umweltfreundliche LKW gefördert wird?*

41. *Wie sollen sich die Tarife der LKW-Maut bzw. allenfalls die Zahl der Mautstrecken für LKW in den kommenden 5 Jahren entwickeln, wenn unter der Annahme der steigenden Zahl umweltfreundlicher LKW die Einnahmen aus der LKW-Maut nicht sinken sollen?*

42. *In welchem Umfang soll es künftig zu einer jährlichen Valorisierung der PKW-Maut kommen?*

43. *Können Sie ausschließen, dass es in dieser Legislaturperiode zur Einführung einer kilometerbezogenen PKW-Maut kommt?*

44. *Wie soll der hohe Schuldenstand des ASFINAG in dieser Legislaturperiode abgebaut werden?*

45. *Mit welchen konkreten Maßnahmen soll die Eigenfinanzierung der ÖBB-Infrastruktur erhöht werden?*

46. *Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, damit die im 6-jährigen Rahmenplan der ÖBB angeführten Infrastrukturprojekte tatsächlich zeitgerecht umgesetzt werden?*

47. *Welche Auswirkungen versprechen Sie sich von einem verbesserten und gezielten Controlling der SCHIG und inwieweit wird es dadurch Änderungen in der SCHIG geben müssen?*

48. *Welche Maßnahmen werden Sie zur Verbesserung und zum Ausbau des vorhandenen Hochwasserschutzes in den kommenden 5 Jahren treffen?*

49. *Welche finanziellen Mittel stehen jeweils in den kommenden 5 Jahren für die Verbesserung und den Ausbau des Hochwasserschutzes zur Verfügung?*

50. *Wann wird ein Entwurf der Road-Map „Luftfahrt“ vorliegen?*

51. *Welche Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Österreich versprechen Sie sich durch diese Road-Map?*

52. *Aus welchen Gründen bekennt sich die neue Regierung trotz immenser Anrainerproteste zum Bau der 3. Piste am Flughafen Wien-Schwechat?*

53. *Inwieweit kommt es durch den Bau der 3. Piste zu einer Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreichs, wenn gleichzeitig die AUA verschenkt wird und damit ein massiver Rückgang von Flugbewegungen dieses derzeit österreichischen Flugunternehmens droht?*

54. *Was versprechen Sie sich von einer Stärkung der Obersten Zivilluftfahrtbehörde und welche Aufgaben wird die Oberste Zivilluftbehörde künftig haben?*

55. *Was verstehen Sie unter einer kostenoptimierten Luftraumsicherung?*

56. *Inwieweit fühlen Sie sich für die 8000 Mitarbeiter der AUA und für die zigtausenden Beschäftigten, die in anderen Betrieben vom Wohl der AUA abhängig sind, verantwortlich?*

57. *Wie wollen Sie garantieren, dass ein Verschenken der AUA unter den derzeit gegebenen Rahmenbedingungen der heimischen Infrastruktur, der Wirtschaft und dem österreichischen Steuerzahler nicht schadet?*

Präsidentin Mag. Barbara Prammer

58. Was verstehen Sie unter „Einbeziehung der internationalen Luftfahrt in das Emissions-Handel-System“ und in welcher Höhe werden Sie dafür Mittel zur Verfügung stellen?

59. In welcher Höhe werden in den nächsten Jahren finanzielle Mittel für das Sonderinvestitionsprogramm der Rollenden Landstraße (ROLA) zur Verfügung gestellt?

60. Wer stellt diese Mittel zur Verfügung?

61. Wie stellen Sie künftig sicher, dass die ROLA künftig verstärkt und dauerhaft genutzt wird?

62. In welcher Höhe und wofür wurden bislang Mittel im Zuge der Planungen betreffend den Bau des Brenner-Basis-Tunnels eingesetzt?

63. Bis wann entscheiden Sie sich, ob diese Regierung den Bau des Brenner-Basis-Tunnels unterstützt?

64. Bis wann kann Österreich aus dem Projekt „Bau des Brenner Basis Tunnel“ aussteigen?

65. Wann soll es zu einer Novellierung der UVP kommen und in welchem Umfang versprechen Sie sich dadurch Verbesserungen und Effizienzsteigerungen beispielsweise aufgrund einer Verkürzung von UVP-Verfahren?

66. Aus welchen Gründen haben Sie in den letzten beiden Jahren keine der seit langem geforderten und nunmehr im Regierungsprogramm doch aufgenommenen Maßnahmen zur Vermeidung von Todesopfern im Straßenverkehr getroffen wie beispielsweise eine Verschärfung bei den Sanktionen für Alkoholdelikte oder die Evaluierung des Vormerksystems?

67. Warum wurden die, mit den Stimmen von FPÖ, SPÖ und Grünen am 24. September 2008 angenommenen Entschließungsanträge betreffend den Ausbau von Wissenschaft und Forschung in Österreich nicht in das Regierungsprogramm übernommen?

68. Bekennen Sie sich weiterhin zum Inhalt dieser Entschließungsanträge?

In formeller Hinsicht wird verlangt, diese Anfrage im Sinne des § 93 Abs. 2 GOG dringlich zu behandeln und dem Erstanfrager die Gelegenheit zur mündlichen Begründung zu geben.

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Die Redezeiten sind bekannt und beschlossen, und ich erteile dem Fragesteller, Herrn Klubobmann Strache, mit einer Redezeit von 15 Minuten zur Begründung der Anfrage das Wort. – Bitte, Herr Klubobmann.

15.05

Abgeordneter Heinz-Christian Strache (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Werte Regierungsmannschaft! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in den letzten Wochen doch einige interessante Entwicklungen wahrnehmen und auch feststellen müssen, dass die Parteien SPÖ und ÖVP, die sich in den Koalitionsverhandlungen befunden haben und durchaus mit einem Hickhack aufgefallen sind, keine November-Sitzung einberufen wollten und, ich sage das offen, eine gewisse Arbeitsverweigerung gelebt haben. – In diesem Fall hat sich die Opposition zu Recht zusammengetan, denn es kann nicht sein, dass SPÖ und ÖVP einfach den Parlamentarismus blockieren, ausbremsen und lähmen, und deshalb bin ich auch

Abgeordneter Heinz-Christian Strache

froh, dass alle Oppositionsparteien dieses Hauses gemeinsam diese heutige Sondersitzung sichergestellt haben.

Man muss aber anmerken, dass Sie trotz dieser Sondersitzung, die jetzt mit über einem Drittel der Abgeordnetenstimmen möglich gemacht wurde, das Ersuchen der Opposition und auch die Themen dieser Sondersitzung nicht einmal ignoriert haben. Sie sind hergegangen und haben beide – ich weiß, Herr Minister Faymann und Herr Minister Molterer, dass Sie von der Geschäftsordnung her Erklärungen nicht abgeben müssen – mitgeteilt, Sie stehen für Erklärungen zu notwendigen und wichtigen Fragen, was die aktuelle Krise im Finanzbereich, im Bankensektor, in den Bereichen AUA, ÖBB und Post betrifft, nicht zur Verfügung. – Und das ist ein mehr als eigenartiger Stil und erinnert schon etwas an Demokratieverweigerung, denn wir sind in einer neuen Situation, da Sie, Herr Faymann, in der Zwischenzeit als designierter Bundeskanzler feststehen und sich nicht bemüßigt fühlen, den Parlamentarismus zu leben und der Opposition, die eine Sondersitzung beantragt hat, auch Rede und Antwort zu stehen. *(Beifall bei der FPÖ sowie bei Abgeordneten der Grünen.)*

Herr Faymann, Sie haben die Abgabe einer Erklärung verweigert. Sie leben offenbar nach dem Motto: Das Parlament ist uns wurscht, lasst uns in Ruhe; wenn wir nicht wollen, dann wird von unserer Seite gar nichts passieren, gar nichts geschehen! – Das ist ein gewisser Vorgeschmack, den Sie heute hier gegeben haben, nämlich ein Vorgeschmack auf eine kommende Regierungsperiode, mit dem Sie als designierter Bundeskanzler uns offenbar schon mitteilen, wie Sie gedenken, in Zukunft als Bundeskanzler mit dem Parlament zu verfahren. Und das ist kein guter Vorgeschmack und wahrscheinlich eine von vielen Ohrfeigen, die Sie vorhaben, dem Parlament noch zu geben, wie Sie das heute mit Ihrer Verweigerung, eine Erklärung abzugeben, getan haben.

Wir als gestärkte Opposition, die drei Oppositionsparteien in diesem Haus, in dem wir über ein Drittel der Stimmen verfügen, werden auf alle Fälle mit Sicherheit nicht zusehen, wenn Sie sich als designierter und vielleicht als aktiver Schweigekanzler gegenüber dem Parlament auch weiterhin so verhalten. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir vom Parlamentsklub der Freiheitlichen haben daher heute eine Dringliche Anfrage eingebracht, damit Sie, Herr Minister und Herr designierter Bundeskanzler Faymann, sich nicht entziehen können und nicht glauben, sich aus der Verantwortung stehlen zu können. Wir haben in dieser Dringlichen Anfrage mit vielen Fragen betreffend Ihren ministeriellen Fachbereich auch sichergestellt, dass Sie Rede und Antwort stehen müssen und nicht den Schweigeminister spielen können.

Sie haben als Infrastrukturminister ja einiges in Ihrem Verantwortungsbereich verbockt! Für die Aufrechterhaltung der nötigen Infrastruktur in Österreich haben Sie nichts – aber schon wirklich gar nichts! – getan. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)* Und glauben Sie ja nicht, dass Sie uns so mir nichts dir nichts ins Bundeskanzleramt davonhuschen können, ohne für diesen Bereich, den Sie in den letzten Jahren gestaltet haben, auch Verantwortung tragen zu müssen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn das, was der Herr Faymann als Infrastrukturminister nicht geleistet, sondern verbrochen hat, die Generalprobe für sein Wirken als Bundeskanzler war *(Zwischenrufe bei der SPÖ)*, dann kann man wirklich nur sagen: Gute Nacht, Österreich! Der Staat hat eine funktionierende Infrastruktur verdient, und zwar nicht nur eine funktionierende Infrastruktur, sondern hat natürlich auch für eine verlässliche Grundversorgung mit Waren und Dienstleistungen für seine Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zu sorgen.

Das ist eine der Grund- und Hauptaufgaben eines Staates, wo wir aber in den letzten Jahren in Österreich erleben mussten, dass es da ein völliges Versagen gegeben hat.

Abgeordneter Heinz-Christian Strache

Was ist unter einem Herrn Faymann als Infrastrukturminister alles in unserem Lande passiert? – Unser Land ist immer mehr geschwächt worden, ja in manchen Bereichen hat ein regelrechter Kahlschlag stattgefunden! Die AUA ist sozusagen systematisch an die Wand geflogen worden, und Sie haben Angebote, nachdem die AUA systematisch an die Wand geflogen wurde, von diversen anderen Fluglinien wie KLM oder Air France einfach vom Tisch gewischt, was ja auch noch zu Prozessen – und vielleicht auch wieder zu einer große Blamage innerhalb der Europäischen Union – führen wird.

Man hat auch begonnen, Postämter zu demontieren ... (*Ruf bei der SPÖ: Ich glaube, Sie verwechseln da etwas!*) – Ich glaube, Sie verwechseln da etwas, Sie dürften offenbar weggeschaut haben, wie das üblich ist bei der SPÖ und wie auch der Herr Minister Faymann weggeschaut hat! Das ist ja alles mit Faymanns Wissen passiert. Bundesminister Faymann war ja da involviert, hat aber die Öffentlichkeit falsch informiert – und das, obwohl er genau darüber Bescheid gewusst hat. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Nicht nur Faymann, sondern der gesamte Ministerrat hat seit Februar/März 2008 Bescheid gewusst über die Entwicklungen sowohl bei der AUA als auch im Bereich Post. **Genau darum** geht es!

Aufgrund der Krise der österreichischen Wirtschaft und vieler ursprünglich in Staatsbesitz befindlichen beziehungsweise staatsnahen Betriebe wie ÖBB, Post, Telekom, AUA, ASFINAG und so weiter stellt sich gerade in Bezug auf die Infrastruktur und damit in Bezug auf die Bereiche, die zur Aufrechterhaltung unserer Volkswirtschaft unerlässlich sind, die Frage, wie künftig die Zurverfügungstellung und Aufrechterhaltung einer funktionierenden Infrastruktur geregelt sein soll.

Genau dort muss man den Herrn Minister Faymann bei seiner Verantwortung dingfest machen. Faymann hat aber darauf bis dato keine Antworten gegeben. Wie denn auch, war er doch in den letzten Monaten hauptsächlich mit der Schmierenkommödie einer Koalitionsverhandlung sowie mit Koalitionsspielchen beschäftigt (*Zwischenruf des Abg. Krainer*), nach einer Neuwahl, die provoziert wurde und wo ich noch die Worte des Finanzministers Molterer im Ohr habe, der sich in die Öffentlichkeit gestellt und gesagt hat: „Es reicht!“

Ja, den Österreicherinnen und Österreichern hat es gereicht – und Sie von ÖVP und SPÖ haben die Antwort am 28. September 2008 erhalten, eben genau beide bisher verantwortlichen Regierungsparteien. Die Österreicherinnen und Österreicher haben Ihnen beiden eine klare Absage an diesem Wahltag erteilt – jetzt aber kuscheln die beiden bisher verantwortlichen Regierungskoordinatoren, nämlich der Herr Faymann und der Herr Pröll, die ja in Wirklichkeit in der bisherigen Bundesregierung bereits gescheitert sind, zusammen und wollen die neue – in Wirklichkeit: die alte – Bundesregierung stellen. Pröll und Faymann waren doch die verantwortlichen Regierungskoordinatoren für diese bereits abgewählte Katastrophenregierung – und diese soll jetzt fortgesetzt werden?

Im neuen Regierungsprogramm, das ja in der Zwischenzeit bekannt geworden ist – mit einem Umfang von 267 Seiten zwar dicker, aber inhaltlich wesentlich dünner und leerer als das vergangene Regierungsprogramm (*Beifall bei der FPÖ*) –, finden sich lauter Plattitüden, leere und hohle Phrasen! Nichts Konkretes wurde definiert, außer dass Sie sich geeinigt haben auf Überschriften und darauf, in Arbeitsgruppen dann Details aushandeln zu wollen! – Das kennen wir doch schon alles; das ist doch genau die Methode der Österreichischen Volkspartei in der Vergangenheit gewesen, nämlich alles so lose wie möglich zu belassen, um dann später sagen zu können, das stehe **nicht** im Regierungsprogramm, und wieder den Streit provozieren zu können,

Abgeordneter Heinz-Christian Strache

Na klar, wenn in diesem nichts drinnen steht, dann werden Sie in den nächsten fünf Jahren gar nichts möglich machen für unser Land, obwohl es sich, wie andere, in einer wirklichen Krise befindet. Aber genau das hätten sich jetzt die Österreicherinnen und Österreicher von einer neuen Bundesregierung erwartet, nämlich dass man die richtigen Antworten auf die vorhandenen Probleme findet, definiert und Lösungsschritte festlegt beziehungsweise sagt, in welchem Zeitrahmen man bereit ist, die notwendigen Schritte zu setzen, damit man eben in einer Krise, in der es auch sehr viel auf Psychologie ankommt, positive Signale setzt, so beispielsweise eben für die kleineren und mittleren Unternehmer, für den Mittelstand, den Sie von ÖVP und SPÖ in den letzten Jahren Ihrer Regierungstätigkeit vernachlässigt und sozusagen als Stiefkind behandelt haben. *(Abg. Dipl.-Ing. Pröll: Sie wissen es besser!)*

Genau das alles fehlt aber! Es gibt nichts für die Infrastruktur, nichts für den Mittelstand, nichts für kleinere und mittlere Unternehmen, nichts für den Arbeitsmarkt, das man aus diesem Programm herauslesen könnte! Nichts – außer hohle Phrasen und Überschriften, wo eben nichts Näheres definiert wird!

Dieses Regierungsprogramm, Herr designierter Bundeskanzler und **gescheiterter** Infrastrukturminister Faymann, ist inhaltsleer und belanglos – und das steht ja auch für Ihre bisherige gesamte politische Tätigkeit als Minister: inhaltsleer und belanglos! Deshalb, Herr Faymann, kann man Sie heute durchaus als jemanden bezeichnen, der das fortsetzt, was Gusenbauer 2006 begonnen hat. Das Gusenbauer I-Kabinett geht kommende Woche zu Ende – und dann gibt es ein „Gusenbauer II-Kabinett“, nur eben ohne Gusenbauer. *(Abg. Dr. Graf: Schlechter! Die ÖVP ist mächtiger denn je!)*

Inhaltlich, Herr Faymann, haben Sie den gleichen Weg beschritten wie Gusenbauer im Jahre 2006: Wahlversprechen vor der Wahl zu geben – und nach der Wahl alle Wahlversprechen über Bord zu werfen, damit Sie nur österreichischer Bundeskanzler werden können! Das ist genau das gleiche Muster, das wir schon 2006 unter Ihrem Vorgänger Gusenbauer erleben konnten! Hauptsache, Sie sind Kanzler, Herr Faymann – und dafür lassen Sie sich von der ÖVP am Nasenring durch die Polit-Manege ziehen, dafür lassen Sie auch zu, dass Knebelungsverträge im aktuellen Regierungsprogramm zugelassen werden *(Zwischenruf des Abg. Krainer)* – deutlicher kann man es gar nicht mehr formulieren –, Knebelungsverträge, mit denen Sie, Herr Faymann, Ihre Wahlversprechen opfern, so etwa, was nationale Volksabstimmung zum EU-Verfassungsvertrag anlangt, wo Sie eben ein Herzstück Ihrer Wahlkampagne jetzt ganz locker und lässig über Bord werfen und heute der ÖVP schriftlich im Regierungsprogramm zugesagt haben, dass Sie die ÖVP nicht überstimmen, sondern brav das tun werden, Herr Faymann, was der Herr Pröll Ihnen in dieser Frage mit auf den Weg geben wird. *(Beifall bei der FPÖ. – Abg. Schönpass: ... als Sie in der Regierung waren?!)*

Gute Nacht, Österreich!, kann ich da nur sagen. Und das belegt auch einmal mehr, Herr Faymann, dass Sie umgefallen sind, dass Sie gar nicht vorhaben, den österreichischen Interessen in der Frage einer Volksabstimmung zum EU-Verfassungsvertrag zum Durchbruch zu verhelfen. Das ist schwarz auf weiß in diesem Regierungsprogramm nachlesbar.

Ihre gesamte Politik, Herr Faymann, stellt offenbar einen SPÖ-Bauchfleck vor der ÖVP dar. Das sieht man auch bei den Ministerbesetzungen, wo es ebenso ähnlich wie unter Gusenbauer I ist: Die interessantesten, die wirklich notwendigen und wichtigen Ressorts haben Sie von der SPÖ wieder einmal der ÖVP überlassen *(Abg. Dr. Graf: Mehr noch! Noch mehr als vorher!)* –, ob das das Innenressort ist, das Außenressort, das Justizressort oder das Finanz- und Wirtschaftsressort. Das sind doch genau die gleichen Mechanismen des Umfallertums wie im Jahre 2006, wobei sich im Grunde

Abgeordneter Heinz-Christian Strache

genommen jeder vernunftbegabte Österreicher über eine solche Vorgangsweise nur wundern kann.

Aber Ihre Politik war ja immer eine Politik der Versäumnisse – und nehmen wir jetzt wieder konkret Bezug auf den Minister Faymann, und zwar hinsichtlich des Bereichs **Post**, mit ihrer Vollliberalisierung der europäischen Postmärkte ab dem 1. Jänner 2011, wonach ja künftig auch Briefe, Postkarten et cetera von alternativen Anbietern zugestellt werden.

Hat sich Österreich darauf vorbereitet, hat der zuständige Infrastrukturminister Faymann rechtzeitig Maßnahmen eingeleitet, hat er sich rechtzeitig darauf vorbereitet, uns darauf vorbereitet? – Nein, nichts dergleichen! Da hat er keinen Handlungsbedarf gesehen, der Herr Infrastrukturminister! Er ist erst tätig geworden, als die radikalen Pläne hinsichtlich des Personalabbaus und der Postamtsschließungen ans Tageslicht gekommen sind. Dann hat er auch noch die Unwahrheit gesagt, als er gesagt hat: Nein, also bitte, davon habe ich nichts gewusst!, was sich später als Unwahrheit herausgestellt hat. – Und schließlich macht er noch eine populistische Maßnahme, indem er ein paar Monate lang das aussetzt, was er in Wirklichkeit gar nicht verhindern kann. Minister Faymann hätte rechtzeitig gegensteuern und sich rechtzeitig darauf vorbereiten müssen!

Ähnlich liegen die Dinge bei der AUA, auch da hat er nichts gewusst, der Herr Faymann: Da hat er nicht gewusst, dass der Herr Ötsch und der Herr Michaelis gefuhrwerkelt haben, wie sie nur gewollt haben, bis dann alles zu spät war – der Herr Michaelis, der übrigens auch Aufsichtsratsvorsitzender der Post ist: ein Disaster-Manager, wo ich wirklich sage, dass der längst rücktrittsreif ist, aber da auch nichts geschieht. (*Beifall bei der FPÖ.*) Da gibt es offenbar ein Katastrophen-Duo, das sich perfekt versteht – und das glaubt, alles durchtauchen zu können.

Und eines zeigt sich in all diesen Bereichen, bis hin nach Wien – darauf komme ich jetzt gar nicht zu sprechen, was die Cross-Border-Leasing-Geschäfte in Wien betrifft, wo Sie, Herr Faymann, ja auch involviert waren mit dem Herrn Bürgermeister Häupl und das Familiensilber in Wien verkauft haben, die Kanalnetze und andere Bereiche, wodurch wir unglaubliche Verluste erlitten haben an den amerikanischen Börsen, wo das Geld angelegt wurde durch die Großversicherungsanstalt AIG, die da zugrunde gegangen ist, sodass wir uns heute in der Kreide befinden und die Wiener Steuerzahler dafür geradestehen müssen: Genau so haben Sie es auch in anderen Bereichen vor, so wie im Bankenbereich!

Und jetzt sage ich Ihnen Folgendes deutlich: Seit heute steht ja fest, dass sich auch Raiffeisen um 2 Milliarden € anstellt. Sie aber sind bis dato nicht fähig, gesetzliche Rahmenbedingungen festzulegen! (*Abg. Dr. Graf: Unglaublich!*) Hier geht es um das Geld der Steuerzahler, und es ist unverantwortlich, Staatskredite, für die der Steuerzahler geradestehen hat, österreichischen Banken zur Verfügung zu stellen, ohne dass der Rechnungshof eine Bilanzüberprüfung vornehmen kann! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es ist nicht nur unredlich und unverantwortlich (*Präsidentin Mag. Prammer gibt das Glockenzeichen*) – ich komme schon zum Schluss –, hier den Steuerzahler im Regen stehen zu lassen, der bei Basel II keine Kredite bekommt, aber jetzt mit Krediten für österreichische Banken geradestehen muss, die vielleicht dann dieses Geld wiederum in Spekulationsgeschäfte und in den Osten investieren, wo diese Blase in Zukunft platzt. In die österreichische Wirtschaft gehört es investiert, und für Kredite der kleineren und mittleren Unternehmer! (*Beifall und Bravoruf bei der FPÖ.*)

Präsidentin Mag. Barbara Prammer

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Herr Klubobmann Strache, für die beiden Unterstellungen, nämlich, etwas „verbrochen“ zu haben, und des Schmierenkommödiantentums erteile ich Ihnen einen **Ordnungsruf**.

Als Nächster gelangt Herr Bundesminister Faymann zur Beantwortung der an ihn gestellten Fragen zu Wort, und zwar in einem Zeitvolumen von 12 Minuten. – Bitte.

15.21

Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie Werner Faymann: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich finde, die Auflistung von Worthülsen gerade eben war ein eindrucksvolles Beispiel, das belegt, dass es gut ist, dass wir unsere Regierungsverhandlungen ohne die FPÖ abgeschlossen haben. *(Beifall und Bravoruf bei der SPÖ. – Abg. Scheibner: Das steht Ihnen nicht zu! Polemik von der Regierungsbank!)*

Wenn jemand in diesem Haus die Behauptung ausspricht, interessante und wichtige Ressorts bekomme nur die ÖVP, Herr Kollege, dann steht **mir** zu, zu sagen: Es gibt eine Reihe von interessanten und wichtigen Ressorts, für die **kein** Vorschlag von der ÖVP vereinbart ist. Dazu gehört das Infrastrukturministerium, dazu gehört das Frauenministerium, dazu gehört das Sozial- und Arbeitsministerium; dazu gehören nämlich **all die anderen** Ressorts, die für dieses Land wichtig und interessant sind! *(Abg. Strache: Völlig amputiert, diese Ressorts! Völlig amputierte Ressorts!)* – Diese Antwort wird Herr Strache aushalten, der in diesem Haus behauptet hat, von den Ressorts sei nur ein Teil wichtig und interessant. Und auch das belegt, dass es gut ist, ohne Sie eine Regierung zu bilden. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Graf: Aber das „große Los“ hat der Darabos gezogen!)*

Sie haben also vor *(Abg. Dr. Graf: Das „große Los“ hat Darabos gezogen, und das schon das zweite Mal!)*, wenn eine neue Regierung fünf Jahre als Legislaturperiode zur Verfügung hat, fünf Jahre lang Wahlkampf zu führen. Das war uns eigentlich ohnehin bewusst. Und ich sage Ihnen, ich weiß auch, warum Sie das vorhaben: Weil Sie zu konstruktiver Politik gar nicht in der Lage sind, das andere jedoch bis zur Hochleistung trainiert haben, an Worthülsen kaum überbietbar sind *(Ruf bei der FPÖ: Sie wiederholen sich!)* – nur die Vorschläge fehlen. Und die Vorschläge für unser Land sind zu einem Zeitpunkt, zu dem es in Europa eine Wirtschaftskrise gibt *(Abg. Neubauer: Sagen Sie, was Sie geleistet haben!)* – das sage ich Ihnen gerne, was wir in der Infrastruktur und in den anderen Bereichen geleistet haben *(Abg. Scheibner: Viele Inserate haben Sie!)* –, keine Worthülsen, sondern: Forschung, Entwicklung *(Abg. Strache: Jetzt kommen die Worthülsen!)*, Wirtschaftspolitik, Straßen und Schienen! *(Abg. Strache: Das sind genau Ihre Worthülsen!)* Wir haben uns nicht darauf konzentriert, einfach irgendwelche Sprüche aus dem Wahlkampf aneinanderzureihen, sondern Leistungen in diesem Lande erbracht, Leistungen, die die Österreicherinnen und Österreicher kennen – genauso wie den Unterschied zwischen Worthülsen und Leistungen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn Sie mir nun 68 detaillierte Fragen stellen, wissend, dass es der Respekt erfordert, sich an die Vereinbarung dieses Hauses zu halten, nämlich 12 Minuten als Zeit für die Beantwortung nicht zu überschreiten, dann wissen Sie auch, dass das eine Antwortmöglichkeit von 10 Sekunden für jede Ihrer Fragen bedeutet. – So viel zu Ihrer Ernsthaftigkeit. *(Abg. Dr. Glawischnig-Piesczek: Sie können es schriftlich nachreichen! Das ist kein Problem!)*

Da ich viele der Fragen als sehr interessant erachte und es auch für notwendig halte, sie ausführlicher zu beantworten *(Abg. Strache: Hätten Sie eine Erklärung abgegeben! Dann hätten Sie das anders regeln können! – Abg. Dr. Graf: Sie werden nicht vor-schreiben, was das Parlament ...!)*, werde ich sie **schriftlich** beantworten und komme

Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie Werner Faymann

jetzt nur auf jene drei, vier Punkte beziehungsweise Fragen zu sprechen, die ich in der mir zur Verfügung stehenden Zeit – und zwar auch nur zusammenfassend – beantworten kann.

Mehr Aufträge für Österreichs Wirtschaft und mehr Kaufkraft für Österreichs Konsumenten: Das zeichnet unser Regierungsprogramm aus (*Abg. Ing. Westenthaler: Und jetzt wird gelesen!*), ganz im Unterschied zu dem von Ihnen behaupteten – wie Sie es in Ihrer Frage nennen – „Hintergrund eines untauglichen Regierungsprogramms“. (*Abg. Ing. Westenthaler: Wieso lesen Sie jetzt eigentlich?*) – Man sagt ja eigentlich, eine Frage kann nicht falsch sein, sondern nur eine Antwort. Aber in dieser Frage, in der Sie von einem „untauglichen Regierungsprogramm“ sprechen, ist es Ihnen gelungen, schon falsch zu beginnen. (*Abg. Ing. Westenthaler: Nein, die Antwort ist falsch!*)

Ein **taugliches** Regierungsprogramm entsteht dadurch, dass man nicht nur Ziele formuliert (*Abg. Ing. Westenthaler: Im Parlament gilt die freie Rede!*), sondern – wie das in unserem Regierungsprogramm der Fall sein wird – dass man auch Maßnahmen mit mehr als 5 Milliarden € für das kommende Jahr und dann in der Folge für das Jahr 2010 ganz konkret, Maßnahme für Maßnahme, **bezieht**: etwa bei der Steuersenkung für jene Menschen, die in unserem Land zur Mittelschicht gehören, und für jene Menschen, die Bezieher kleiner Einkommen sind, ebenso für Familien und für Familien mit Kindern.

Rechnet man Fall für Fall allein die Kaufkraftstärkung durch eine Steuersenkung, durch ein Familienpaket durch, dann wird man draufkommen, dass es für viele, die es sehr dringend notwendig haben, viele Hunderte Euro sind (*Abg. Strache: Die werden dem Gusenbauer noch nachweinen!*), die sie auf den Einzelfall, auf das Beispiel gerechnet, an Steuersenkung und dadurch an Kaufkraftstärkung erhalten. (*Abg. Strache: Die werden dem Bundeskanzler Gusenbauer noch nachweinen, die Österreicher!*) Und diesen Familien – im Unterschied zu Ihnen, denen nur die Überschrift wichtig ist – wird es nicht gleichgültig sein, ob sie durch weniger Steuern netto mehr zur Verfügung haben, ob sie eine Kaufkraftstärkung erhalten und ob sie sehen, dass eine Regierung in diesem Land tätig ist, die mehr tut, als Überschriften aneinanderzureihen, die nämlich dafür sorgt, dass die Kaufkraft steigt, dass die Investitionen steigen, dass die Konjunktur angekurbelt wird (*Abg. Dr. Graf: Aber Sie waren bis jetzt auch in einer Regierung, oder?*), dass das Bankenpaket nicht nur einen Schutzschirm bewirkt, der so abstrakt im Raume steht, sondern dazu führt, dass der kleinen, der mittelständischen Wirtschaft, ja auch der Industrie in unserem Land auch wieder Kredite gegeben werden, damit die Auftragsbücher wieder gefüllt werden können, damit Beschäftigung in unserem Land wieder stärker zunimmt, als das in anderen Ländern der Fall sein wird, die das alles nicht vorsehen.

Daher können wir sagen, dass diese Finanzkrise und die Wirtschaftspolitik und die Wirtschaftsforscher, die uns in ihren Prognosen vieles vorhersagen, ein engagiertes und ein mutiges Gegensteuern verlangen, das mit Ihrem Ausdruck „untauglich“ keinesfalls im Zusammenhang steht.

Das Konjunkturpaket I, etwa 900 Millionen € für Infrastrukturinvestitionen für die Jahre 2009 bis 2012, alle Maßnahmen, die Sie ja auch mitbeschlossen haben – oder zumindest viele Teile davon –, etwa im Bereich des AWS für den Mittelstandsfonds mehr Geld für Klein- und Mittelbetriebe, Förderprogramme, die es ermöglichen, rechtzeitig einzugreifen und Liquidität und damit Auftragsmöglichkeiten, Investitionen und letztendlich Arbeitsplatzsicherung in unserem Land herzustellen, gehören genauso dazu wie das Konjunkturpaket II, das wir im Rahmen unseres Regierungsprogramms vorstellen werden.

Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie Werner Faymann

Warum stellen wir Ihnen heute nicht die neue Regierung vor? – Weil, wie Sie wissen, eine Regierung nicht vor einer Angelobung neu beginnt. (*Abg. Dr. Graf: Weil ihr langsam seid! Einfach langsam!*) Und auch das gehört zu den Regeln auch des Respekts in unserem Land, uns an diese auch in der Verfassung vorgesehenen Abläufe zu halten.

Es gibt weiters Maßnahmen, die in der Vergangenheit liegen, die als Antwort auf Ihre Fragen ebenfalls richtig einzusetzen sind: etwa die Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge für niedrige Einkommen, die bereits mit 1. Juli erfolgt ist und wofür 300 Millionen € zur Verfügung gestellt wurden, die 13. Familienbeihilfe, die Verlängerung der Hacklerregelung bis 2013, die Erhöhung des Pflegegeldes, ein Volumen von 2,7 Milliarden € im Bereich der Steuersenkung.

Wifo-Experte Marterbauer hat gesagt, Österreich hat das zweitbeste Konjunkturpaket Europas geschnürt – und das zählt für uns mehr als Wahlkampf-Rhetorik. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich sehe es auch so, dass eine Regierung eine Gesamtverantwortung hat, dass natürlich festgelegt ist, in welchen Ministerien welche Fachbereiche zu verantworten sind, aber nicht anstelle der Gesamtverantwortung, sondern um gewisse Kompetenzen klarzulegen und damit auch gewisse Aufgaben im Besonderen hervorzuheben. Sie werden sich daher wahrscheinlich nicht wundern – weil Sie es ja besser wissen –, dass viele Ihrer Fragen, an den Verkehrsminister gestellt, so aus dem direkten Verantwortungsbereich nicht beantwortbar sind.

Indirekt sind mir als Mitglied der Regierung oder in der Gesamtverantwortung der Regierung natürlich Antworten möglich, und ich betone auch, dass die Gesamtverantwortung einer Regierung für mich bedeutend ist. Daher haben wir auch gemeinsam beraten, wie wir etwa bei der Post mit dem Wettbewerb umgehen, dem die Post **heute** schon ausgesetzt ist – **ohne** die in der Öffentlichkeit intensiv diskutierten Liberalisierungsbeschlüsse, weil ja jene Beschlüsse der Liberalisierung der Briefpost erst ab dem 1. Jänner 2011 gelten und die Beschlüsse, die dieses Jahr gefasst wurden, auch nicht vom Himmel des Zufalls gefallen sind, sondern bereits um zwei Jahre aufgeschoben wurden, weil ja ursprünglich die Liberalisierung in der Europäischen Union bereits mit 2009 festgesetzt war.

Das heißt, wir haben bis zum Jahr 2011 die Möglichkeit, für diesen Teil der Briefpost, für den durch einen liberalisierten Markt eine schwierige Wettbewerbssituation auslöst wird, dort gegenzusteuern, wo das durch eine Universaldienstverordnung oder andere gesetzliche Rahmenbedingungen möglich ist. Das ist sinnhafterweise – und so wurde es mit dem Finanzminister gemeinsam vereinbart – im ersten Halbjahr 2009 zu erarbeiten und dementsprechend zu verordnen.

Viele werden fragen: Warum muss man das 2009 machen? – Weil diese Vorbereitungszeit gut ist, sowohl für die Post als auch für all jene, die vorhaben, sich im Jahr 2011 am Markt der Briefpost zu beteiligen, nämlich nur in den Ballungsräumen und dort, wo es wirtschaftlich einfacher ist – wir würden sagen: sich die Rosinen herauszusuchen.

Es ist daher richtig, dass wir im Jahre 2011 nicht zulassen wollen, dass im ländlichen Raum keine Postfilialen – oder vergleichbare Möglichkeiten der Qualitätssicherung – mehr existieren; dass wir auch verhindern wollen, dass von neuen Betreibern nur die Bereiche der Ballungsräume herausgesucht werden; und dass wir versuchen, mittels einer Konzessionserteilung, eines Fonds oder anderer geeigneter Maßnahmen die Post in diesem Bereich zu schützen.

Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie Werner Faymann

Wir wissen aber auch, dass das Unternehmen Post schon jetzt in der Frage der Wettbewerbsfähigkeit betroffen ist, und das hat mit der Liberalisierung 2011 gar nichts zu tun. Dabei geht es um den Bereich der Paketpost, um den Wegfall von Geschäftszweigen, weil weniger Briefe, aber mehr SMS und Mails geschrieben werden, das heißt, um den Wegfall von Geschäftsbereichen, aufgrund dessen sich die Post – ganz unabhängig von diesen Möglichkeiten und der Universaldienstverordnung, ganz unabhängig von Konsumentenschutz- und Qualitätssicherungsgesetzen – neue Aufgabenbereiche suchen muss, in denen sie sich behauptet, um auch als Unternehmen Post zukunftsfähig und wettbewerbssicher aufgestellt zu sein.

Daher ist es eine Aufgabenteilung zwischen den Leistungen, die das **Unternehmen Post** zu erbringen hat, und jenen **Rahmenbedingungen**, die – etwa im Zusammenhang mit der Liberalisierung 2011 – von uns und damit auch von der Universaldienstverordnung und anderen gesetzlichen Bestimmungen zu schaffen sind.

Im Bereich von Austrian Airlines kennen Sie die Zuständigkeit so gut, dass Sie eine Erläuterung dazu von mir, glaube ich, nicht extra brauchen.

In Bereichen der Infrastruktur und in Bereichen der Lkw-Maut, aber auch in allen Bereichen, die Sie in Ihren Fragestellungen über die Leistungen der Infrastruktur der vergangenen Monate angesprochen haben, brauchen wir eine Antwort deshalb nicht zu scheuen, weil dieser Bereich einen großen Vorteil hat: Jedes österreichische Bundesland kann sich davon überzeugen, dass wir die höchsten Raten in den Ausbau der Schiene investiert haben, um möglichst in den nächsten Monaten, in den nächsten Jahren und für die Zukunft Österreichs eine attraktive Bahn zu organisieren. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Strache: Wir freuen uns auf die schriftliche Antwort!)*

15.34

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Die Rednerinnen und Redner der nächsten Runde verfügen über eine Redezeit von jeweils 8 Minuten.

Als Nächster gelangt Herr Abgeordneter Kickl zu Wort. – Bitte.

15.35

Abgeordneter Herbert Kickl (FPÖ): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank! Sehr geehrter Herr Infrastrukturminister, Bundeskanzler in spe, Herr Faymann! Sie haben gezeigt, dass man in zwölf Minuten, auch wenn man viel redet, durchaus in der Lage sein kann, nicht eine einzige Antwort zu geben. Das ist ein Kunststück! Wir haben aber eigentlich von Ihnen auch nichts anderes erwartet. Ich hätte mir auch nicht gedacht – aber es ist leider so –, dass wir in die Verlegenheit kommen, dem Herrn Gusenbauer schon heute, wo er noch nicht einmal richtig weg ist, in Wirklichkeit eine Träne nachzuweinen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren, wir haben heute den 25. November 2008, und gestern, das heißt, knapp einen Monat vor Weihnachten, haben Sie von SPÖ und ÖVP den Österreicherinnen und Österreichern eine Bescherung der ganz besonderen Art zukommen lassen: Nach 56 Tagen des So-Tuns, als ob es in wesentlichen Dingen irgendeinen Unterschied zwischen Rot und Schwarz gäbe, hat man so richtig das Aufatmen gespürt, dass diese Verstellung, dass dieses So-tun-als-ob endlich ein Ende gefunden hat. Jetzt können Sie wieder so sein, wie Sie wirklich sind, und den genetischen Code, der in Ihren beiden Parteien steckt – nämlich ein System des Proporz, ein System der Freunderlwirtschaft und der Päckerei auch weiter aufrechterhalten zu wollen, wurscht, wie groß die Krise ist –, weiter ausleben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren, ich rede von der Tatsache, dass ein vielfach gescheiterter Minister für Infrastruktur, dass einer der großen Wahlverlierer des 28. September 2008 – ich rede von Ihnen, Herr Faymann, der Sie es ja geschafft haben, die SPÖ in

Abgeordneter Herbert Kickl

ungeahnte Tiefen hinunterzuführen –, dass also einer der Wahlverlierer und damit Chef einer eigentlich abgewählten Partei sich selbst als neuer Kanzler und roter Wunderwuzzi angesichts der Wirtschaftskrise präsentieren möchte und aufplustert.

Das, was Sie uns in den letzten beiden Tagen präsentiert haben, ist keine große Koalition, sondern das ist eine Koalition der großen Verlierer, wenn man es auf den Punkt bringen will, eine Koalition der Systembetonierer, eine Koalition der Proporzgruftis, eine Koalition der Reformverweigerer in den Farben Rot und Schwarz. Und ich sage Ihnen: Rot und Schwarz, das ist genau das Gegenteil von Rot-Weiß-Rot, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist eine Koalition von zwei Parteien, die vor nichts anderem **mehr** Angst haben, als dass in diesem Land endlich einmal ordentlich durchgelüftet wird, wie wir Freiheitlichen das haben wollen, und die vor nichts mehr Angst haben, als dass endlich einmal der Gürtel bei Ihnen da oben enger geschnallt wird – und nicht immer bei der Bevölkerung draußen, so wie Sie das schon wieder vorhaben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sie haben sich, meine Damen und Herren, noch einmal zusammengehängt für eine letzte Abwehrperiode – das kann ich Ihnen schon ankündigen –, die Sie sich vorsorglich um ein Jahr verlängert haben, aber ich garantiere Ihnen, es wird die letzte Periode sein. Sie haben noch einmal eine Wagenburg gebildet, eine Wagenburg gegen die Erneuerung in diesem Land, eine Wagenburg gegen die Notwendigkeiten, die Österreich im Grunde genommen in diesen schwierigen Zeiten zu erfüllen hätte, eine Wagenburg gegen Optimismus und gegen Zukunftssicherung.

Meine Damen und Herren, schauen wir uns das einmal ein bisschen genauer an: Der zukünftige Kanzler, der ja auch der Motor der alten Koalition gewesen ist – das hat er jetzt vergessen; Herr Gusenbauer, ich entschuldige mich dafür, dass er so getan hat, als ob er mit dem ganzen Schlamassel nichts zu tun hätte –, der Schmied der Neuauflage dieser Verliererkoalition, die ja in Österreich niemand haben wollte, die den Menschen keine spürbaren Entlastungen bringen wird, die die Wirtschaft ein bisschen, aber nicht im erforderlichen Ausmaß anzukurbeln versucht, weil die Maßnahmen viel zu wenig effizient sind, das ist schon ein Infrastrukturminister der ganz besonderen Art, das muss man Ihnen sagen.

Meine Damen und Herren! Herr Faymann, dem ja das „unsterbliche Verdienst“ zukommt, als Öffner der Gemeindebauten für Zuwanderer in die Geschichte einzugehen, dieser Herr Faymann *(Beifall bei der FPÖ)*, das ist einer, der die unheilvolle rot-schwarze Infrastruktur, eine Infrastruktur des Proporz und der Freunderlwirtschaft, eine Infrastruktur des Weiterwurschtelns und der reinen Selbsterhaltung eines roten und schwarzen Proporzsystems und Machtapparats als Einziges in sein Programm hineingeschrieben hat.

Man muss auf das eingehen – das Programm ist dünn genug –, was **nicht** im Programm steht. Das ist noch viel schlimmer, denn das ist all das, was Sie in diesem Land überhaupt nicht verändern wollen. **Das** ist die eigentliche „Infrastruktursicherungsmaßnahme“, die Sie sich auf den Hut stecken können, und sonst schon gar nichts, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es stellt sich die Frage, warum es dieser neuen und gleichzeitig so furchtbar alten Regierung angesichts der Finanzkrise, die sich zu einer Wirtschaftskrise auswächst, in Wirklichkeit geht. Das ist ja keine Sekunde der Kampf um irgendwelche Arbeitsplätze, zum Beispiel bei den Postlern, Herr Faymann, wo Sie sich vielleicht in einem kurzzeitigen Anflug von Gedächtnisschwund *(Zwischenrufe bei der SPÖ)*, möchte ich einmal sagen, jetzt nicht mehr erinnern können, dass Sie ja derjenige waren, der all die Schließungen vor der Wahl mit abgenickt hat. Ja selbstverständlich, Sie waren doch bei diesem Schließungsprogramm ein Ja-Sager! Sie waren derjenige, der gemeinsam

Abgeordneter Herbert Kickl

mit dem Postmanager den Kahlschlag überhaupt erst inszeniert hat. (*Zwischenruf der Abg. Mag. Wurm.*)

Ich finde es besonders „witzig“, wenn es meines Wissens – Sie werden mich korrigieren, nein, Sie werden mich nicht korrigieren, weil ich recht habe – einen einstimmigen Ministerratsbeschluss braucht, um dem Herrn Wais für seinen Kahlschlag, den er bei der Post durchgeführt hat, auch noch das Goldene Verdienstzeichen der Republik umzuhängen. Ich finde das sehr interessant.

Da das so „lustig“ und wahrscheinlich Musik in den Ohren der Postler ist, möchte ich den Damen und Herren zu Hause auch nicht vorenthalten, was der damalige Vizekanzler oder jetzige Bald-nicht-mehr-Vizekanzler damals in seiner Laudatio für den Herrn gesagt hat, der diesen Kahlschlag inszeniert. Das ist schon interessant: „Gerade der Weg der EU-Integration oder der Börsegang der Post sind Beweise für Veränderungschancen, die genutzt worden sind – im Sinn der Mitarbeiter, der Arbeitsplätze, der Unternehmen und des Standortes.“ (*Abg. Strache: Das ist ein Hohn!*) – Das ist doch Musik in den Ohren der Postler, denen jetzt das Wasser bis zum Hals steht und die Ihnen und Ihren Aufschubplänen keine Sekunde mehr auch nur irgendetwas glauben können. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das, was Sie führen, meine Damen und Herren, ist auch kein beherzter Abwehrkampf gegen die Auswüchse einer Abzockermentalität mit öffentlichen Geldern auf Kosten der Allgemeinheit, denn dieses Programm haben Sie ja selber gelebt in Ihrer Verantwortung für die ÖBB. Dort begrüßt man sich ja nur noch mit Golden Handshakes, und zwar nicht deshalb, weil die Manager alle weg müssen, weil sie **fachlich** nicht in der Lage sind, ihre Aufgabe zu erfüllen. – Die müssen deshalb weg, weil sie Ihnen von der Parteifarbe her nicht passen. Da sind Sie sehr, sehr großzügig mit den Abfertigungen und den Geldern, die Sie beim Fenster hinauswerfen, nur um jemanden loszuwerden, um dafür dann einen Ihrer politischen Günstlinge hineinzusetzen.

Reden Sie nicht von Sparsamkeit und einem verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern! Tun Sie das auch deshalb nicht, weil Sie einer der Masterminds hinter diesem ganzen Cross-Border-Wahnsinn, wie er in Wien vorangetrieben wurde, sind! (*Beifall bei der FPÖ.*) Das ist doch so. Das ist doch eine Form der miesesten Spekulation auf Kosten der Allgemeinheit, wo die Versorgungssicherheit weiter Teile der Bevölkerung in Frage gestellt wird.

Wenn Sie, Herr Faymann, jetzt etwa im Bankenbereich predigen, dass der Staat und die öffentliche Hand nun gefordert seien, dann sage ich Ihnen: Das ist die öffentliche Hand, der Sie alle Finger amputiert haben, und die rufen Sie jetzt zu Hilfe, um aus dieser Misere wieder herauszukommen. Wenn Sie das sagen, dann kommt mir das so ähnlich vor, wie wenn eine Kurtisane, die tagsüber ihr Geschäft betreibt, sich dann am Abend hinstellte und Vorlesungen über Anstand und Moral hielt. – Das ist ungefähr das gleiche Muster, was die Glaubwürdigkeit betrifft.

Wir glauben Ihnen kein Wort von dem, was Sie hier sagen, was die Garantie der Versorgungssicherheit betrifft.

Ich stelle daher folgenden Antrag:

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Kickl und weiterer Abgeordneter betreffend Erstellung eines nationalen Maßnahmenkataloges „Kernaufgaben des Staates“ sowie Ergreifen von Maßnahmen zur Verhinderung der drohenden massiven Arbeitslosigkeit

Der Nationalrat wolle beschließen:

Abgeordneter Herbert Kickl

„Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie werden vor dem Hintergrund der Finanzkrise beauftragt, unverzüglich einen nationalen Maßnahmenkatalog aufzustellen, der sicherstellt, dass die Republik Österreich, die Länder und Gemeinden auch weiterhin ihre staatlichen Kernaufgaben erfüllen können.

Dieses Paket soll auch Maßnahmen zur Verhinderung der drohenden massiven Arbeitslosigkeit insbesondere auch der Mitarbeiter staatsnaher Betriebe umfassen.“

(Beifall bei der FPÖ.)

15.43

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Der Entschließungsantrag ist ordnungsgemäß eingebracht. Er steht mit in Verhandlung. Allerdings mache ich darauf aufmerksam, wenn alle so mit der Redezeit umgehen, wird sich unsere Redeordnung nicht einhalten lassen.

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Kickl und weiterer Abgeordneter betreffend Erstellung eines nationalen Maßnahmenkataloges „Kernaufgaben des Staates“ sowie Ergreifen von Maßnahmen zur Verhinderung der drohenden massiven Arbeitslosigkeit

eingebracht in der 4. Sitzung des Nationalrates am 25. November 2008, XXIV. GP, im Zuge der Behandlung der Dringlichen Anfrage an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend die Aufrechterhaltung der Infrastruktur in Österreich und die Krise der staatsnahen Unternehmen vor dem Hintergrund eines untauglichen Regierungsprogramms für die XXIV. Gesetzgebungsperiode

Österreich steht derzeit am Rande einer Wirtschaftskrise. Laut Wifo hat das Wirtschaftswachstum in Österreich im Jahresverlauf weiter an Dynamik verloren. Ein ähnlich hoher Rückgang bei wichtigen Kennzahlen war zuletzt im Jahr 2001 verzeichnet worden.

Die Bauwirtschaft beispielsweise, die die nachlassende Konjunktur im 1. Halbjahr noch 2008 gestützt hatte, steigerte die Wertschöpfung im Vergleich zum letzten Quartal nur noch geringfügig um 0,2%. Während etwa die Nachfrage nach Aus-rüstungs-investitionen abnahm, expandierten die Ausgaben der privaten Haushalte stabil (+0,3% gegenüber der Vorperiode). Wegen des Konjunkturunbruchs auf den wichtigsten Absatzmärkten war die Exportnachfrage rückläufig (-0,3% gegenüber dem letzten Quartal).

Im gesamten Euro-Raum geht die Industrieproduktion seit Mai im Vergleich zum Vorjahr zurück und die Unsicherheit angesichts der Finanzkrise dämpft die Konsum- und Investitionsnachfrage.

Steigende Arbeitslosenzahlen, unzählige Arbeitnehmer, die beim AMS bereits zur Kündigung angemeldet wurden, Prüfungen des Rechnungshofes, die unter anderem massive Schulden der ASFINAG und immense Spekulationsverluste der ÖBB aufgezeigt haben, der geplante Verkauf der AUA zu einem lächerlichen Betrag und unverständlichen Bedingungen, große wirtschaftliche Probleme der österreichischen Post AG mit angedrohten Schließungen eines Großteiles der Postämter sowie einem ange-

Präsidentin Mag. Barbara Prammer

kündigten Personalabbau von bis zu 9.000 Mitarbeitern, massive Probleme im Festnetzbereich der Telekom Austria mit einer angedrohten baldigen Kündigung von bis zu 500 Festnetzmitarbeitern und einem geplanten Abbau von weiteren 2.000 und 2.500 Mitarbeitern bis 2011 unterlegen die aktuelle schlechte wirtschaftliche Lage Österreichs.

Die Krise der österreichischen Wirtschaft und vieler ursprünglich in Staatsbesitz stehender Betriebe wie beispielsweise ÖBB, Post, Telekom, AUA, ASFINAG stellt gerade in Bezug auf die Infrastruktur und damit in Bezug auf Bereiche, die zur Aufrechterhaltung unserer Volkswirtschaft unerlässlich sind, die Frage, wie künftig die Zurverfügungstellung und Aufrechterhaltung einer funktionierenden Infrastruktur geregelt sein soll.

Aus unserer Sicht ist es gerade bei der Zurverfügungstellung der notwendigen Infrastruktur wie Post, Telekommunikation, Verkehr aber auch im Gesundheits-, Bildungs- und Pensionswesen unerlässlich, dass die öffentliche Hand, also der Bund bzw. im Rahmen einer zu fixierenden vertraglichen Vereinbarung, Länder und Gemeinden einen maßgeblichen Einfluss bei volkswirtschaftlich wichtigen Betrieben und Unternehmen behalten sollen.

Bei gewissen Basisleistungen, den sogenannten Kernaufgaben des Staates, wird es immer eine flächendeckende Versorgung geben müssen. Der Staat hat dafür Sorge zu tragen, dass die staatlichen Kernaufgaben unabhängig von den äußeren Rahmenbedingungen geleistet werden. Diese Kernaufgaben des Staates sind dabei auch dann zu erfüllen, wenn es unmöglich ist, Gewinne zu erwirtschaften.

Beispiel Österreichische Post AG

Schwierige Zeiten kommen beispielsweise auf die österreichische Post AG zu. Mit der Voll liberalisierung der europäischen Postmärkte (3. EU-Post-RL, 2008/6/EG) ab 1.1.2011 können künftig auch Briefe, Postkarten etc. von alternativen Anbietern zugestellt werden. Österreich hat sich bislang auf diese Postmarktliberalisierung in keinster Weise vorbereitet, die österreichische Post AG steckt in einer tiefen Krise und zudem fehlt die dringend notwendige gesetzliche Basis für diese verpflichtende Marktöffnung.

Radikale Pläne betreffend einen massiven Personalabbau und eine drastische Senkung der Anzahl der Postämter haben nicht nur zu großer Unruhe und Sorge in der Bevölkerung geführt, sondern auch zu sehr ernst zu nehmenden Streikdrohungen seitens der Postgewerkschaft, die auch nach einer rechtlich fragwürdigen geplanten Novelle zur Post-Universaldienstverordnung und der offiziell angekündigten Rücknahme einiger Maßnahmen aufrecht bleiben.

Klar ist, die Post kann mit ihrer großen Zahl von pragmatisierten Beamten nicht an jedem Ort ein Postamt und die ÖBB nicht an jedem Ort einen Bahnhof gewinnbringend zur Verfügung stellen ohne dafür Zuschüsse des Steuerzahlers zu benötigen. Allerdings hat das eingesetzte Management alles zu tun, diese Zuschüsse so gering wie möglich zu halten und das Steuergeld transparent und effizient zu verwenden.

Beispiel Stadt Wien und „Cross Border Leasing“-Geschäfte

Ein anderes Beispiel des sorglosen Umgangs mit an sich staatlichem Eigentum ist die Stadt Wien, die bis 2004, als die USA den „Cross Border Leasing“-Geschäften einen Riegel vorgeschoben haben, unter anderem das Kanalnetz in den Bezirken 21 und 22, einen Teil des Rechenzentrums der Stadt Wien, sowie U-Bahn- und Straßenbahnanlagen und -einrichtungen an US-Investoren verleast und postwendend zurückgeleast hat. Ebenso sind die Wiener Stadtwerke am „Verbund“ beteiligt, der seinerseits „Cross Border Leasing“-Geschäfte vornahm. US-Investoren konnten diese Geschäfte

Präsidentin Mag. Barbara Prammer

als Investition steuerlich abschreiben und so Steuern sparen. Der Gewinn (die Steuerersparnis des US-Investors) wird mit dem Eigentümer, beispielsweise der Stadt Wien, geteilt. Die Stadt Wien hat diesbezügliche Transaktionen in den USA in 10stelligen Eurobeträgen abgeschlossen. Über die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise auf die genannten Geschäfte wurden von Seiten der Stadt Wien bislang aber noch keine genauen Angaben gemacht.

Angesichts des Debakels bei der ÖBB drängt sich jedoch die Frage auf, inwiefern die auf US-Depots geparkten Finanzmittel zum Bedienen der Leasingraten wertbeständig sind und dies bis zum Ablauf des jeweiligen Leasingzeitraumes in ca. 30 Jahren auch bleiben. Gleichzeitig steigt das Risiko, einen Bankenwechsel aufgrund sinkender Bonität der beteiligten Unternehmen (u.a. Freddie Mac, AIG, State Street Bank) vornehmen zu müssen. Sollten internationale Ratingagenturen die beteiligten Institute weiter herabstufen, müsste die Stadt Wien einen Banken- und ev. Versicherungsverwechsel einleiten, der das Budget der Stadt Wien mit massiven Rechts- und Folgekosten belasten würde.

Für den Fall, dass eine der Depotbanken in Konkurs geht, droht ein Verlust, der den sogenannten Barwertvorteil aus CBL-Transaktionen bei weitem übersteigt. Ähnlich sieht das auch der Rechnungshof, der im Jahr 2004 betreffend Insolvenz von Depotbanken feststellte, "dass dieses Risiko ausschließlich der inländische Vertragspartner trägt".

Beispiel Gemeindefinanzen

Offen ist grundsätzlich die Frage nach der Finanzkraft von Gemeinden und damit die Zukunft diverser Infrastrukturaufgaben sowie die Erfüllung anderer Kernaufgaben. Einen sehr bedenklichen Fall hat es in der Steiermark gegeben, wo die sich Schulden der Stadtgemeinde Trieben auf mindestens 30 Millionen Euro belaufen. Nach längeren Ungereimtheiten, die es auch beim Rechnungsabschluss 2007 gab, ordnete schlussendlich am 28. September 2007 LH Franz Voves die große Gebarungsprüfung an. Innerhalb von sechs Monaten muss es Neuwahlen geben. Ob dies die finanziellen Probleme löst, ist mehr als unklar. Ebenso besteht die Befürchtung, dass noch weitere hoch überschuldete Gemeinden folgen könnten.

Bisher hat man sich in Österreich geweigert, die Kernaufgaben des Staates zu definieren und transparent zu machen.

Auf Grund der genannten Tatsachen stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie werden vor dem Hintergrund der Finanzkrise beauftragt, unverzüglich einen nationalen Maßnahmenkatalog aufzustellen, der sicherstellt, dass die Republik Österreich, die Länder und Gemeinden auch weiterhin ihre staatlichen Kernaufgaben erfüllen können.

Dieses Paket soll auch Maßnahmen zur Verhinderung der drohenden massiven Arbeitslosigkeit insbesondere auch der Mitarbeiter staatsnaher Betriebe umfassen.“

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Klubobmann Dr. Cap. – Bitte.

Abgeordneter Dr. Josef Cap

15.44

Abgeordneter Dr. Josef Cap (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Es ist meinem Vorredner beim besten Willen nicht gelungen, da Stimmung ins Haus zu bekommen. Das muss wohl auch an den Inhalten dieser Rede gelegen sein. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Was mich verwundert, ist, dass die beiden anderen Oppositionsparteien, die diese Sondersitzung mit ermöglicht haben, damit Strache und Kickl ihre Reden halten können, vor sich hindösen, wie wenn sie gar nicht anwesend wären. Das ist mir schleierhaft. Wenn Sie zu dritt so eine Sondersitzung machen, dann müssen Sie auch gemeinsam auftreten und gemeinsam applaudieren, aber nicht, dass zwei Drittel dösen und ein Drittel sich da abmüht und keine gescheite Rede zusammenbringt! *(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Das sage ich Ihnen schon: Das war Polemik statt Inhalt, was Sie hier präsentiert haben, denn mit diesen Reden haben Sie keinen einzigen Arbeitsplatz für Post, Telekom und Bahn geschaffen – keinen einzigen! Jeder Bedienstete, der da zugeschaut hat, wird den Kopf geschüttelt und gefragt haben: Was sind denn jetzt eigentlich die Konzepte? Was sind die Alternativen?

Ja, Sie können nicht einmal sagen, was die konkrete Kritik war, denn es fielen nur provokante Äußerungen, damit wir munter werden, weil Sie gemerkt haben, wir nicken auch schon bald ein. Danke für die Ordnungsrufe, aber das ist zu wenig. Da muss ich Ihnen schon sagen, da gibt sogar der Text Ihrer Dringlichen mehr her. *(Abg. Dr. Graf: Die ist sehr gut!)* Der ist wahrscheinlich weder vom Erstredner noch vom Zweitredner formuliert worden. Da haben Sie wahrscheinlich einen Ghost-Schreiber gehabt. Aber da steht zumindest ein Hinweis darin, was mit den wichtigen Infrastrukturen passiert, wenn die Politik damit – und das haben Sie dann nicht mehr dazugeschrieben – neoliberal umgeht. Da können wir dann eine Diskussion beginnen, denn das ist mir nämlich sehr wichtig.

Das sagt ja auch Hannes Androsch *(Abg. Strache: Raiffeisen-Günstling!)*, den ich da zitieren möchte – und das ist der Kernpunkt –: Einerseits sollten die ausgegliederten Unternehmen wie private börsennotierte Unternehmer agieren, andererseits öffentliche Aufgaben wahrnehmen, für die keine Honorierung vorgesehen war. – Das ist der Kernpunkt. Wenn wir uns hersetzen und sagen, hier ist die Post, und wir wollen von der Post auch Leistungen, von denen Private nicht im Traum daran denken, sie zu erfüllen, dann muss man sich die Frage stellen, wie man das honoriert, wenn man es will. Wenn man es nicht honoriert, dann bekommt die Post Probleme, und zwar in den ländlichen Gebieten, die auf diese flächendeckende Versorgung angewiesen sind, und es bekommen auch jene ein Problem, die dort beschäftigt sind.

Wenn man auf diese Kernfrage nicht eingeht, ist man entweder neoliberal oder ein Ignorant. *(Zwischenruf des Abg. Bucher.)* Sie können sich dann nachher für Ignorant oder neoliberal entscheiden. Ich bin gespannt, was Sie machen werden, Herr Josef Bucher. Ich vermute, Sie werden sich für neoliberal entscheiden. Aber das hilft nicht weiter. Das trifft auch die Kommunikationsmedien, das trifft auch die Telekom, ja, es trifft auch die Bahn. Wenn man von der Bahn erwartet, dass sie bestimmte soziale Aufgaben erfüllt, dann kann man nicht im gleichen Atemzug sagen: Was ist denn da bei der Eisenbahn los? Das funktioniert ja nicht! Das muss ja profitabel sein, das muss Gewinne abwerfen! – Die Frage des Verhältnisses zwischen Profitabilität und sozialer Leistung ist eine **entscheidende**. *(Abg. Strache: Sie verkaufen ja die Schiene an eine Firma, wo jetzt die Preise hochgetrieben werden!)*

Jetzt ist die Frage: Wo stehen Sie? Stehen Sie auf der Seite der Konsumentinnen und Konsumenten? Stehen Sie auf der Seite der Beschäftigten bei Post, Telekom oder

Abgeordneter Dr. Josef Cap

Bahn? Oder stehen Sie auf der anderen Seite, die riskiert, dass diese Unternehmungen Gefahr laufen, in eine eklatante Schieflage zu geraten?

Da können wir froh sein, dass es jetzt diese Regierung mit diesem Regierungsprogramm gibt, denn die bekennen sich zu diesen öffentlichen Leistungen; es gibt ein eindeutiges Bekenntnis dazu. Wer sich zu diesen öffentlichen Leistungen bekennt, der bekennt sich auch dazu, dass sowohl die Beschäftigten als auch die Konsumentinnen und Konsumenten etwas davon haben. Es ist eigentlich eine österreichische, eine nationale Aufgabe für das ganze Land und für die Bevölkerung. (*Abg. **Strache**: 600 000 verspekuliert bei der ÖBB!*)

Dann können wir gleich auch eine Grundsatzdebatte über die Daseinsvorsorge führen. Wissen Sie, warum wir so in diese Debatte über Neoliberalität eingestiegen sind? Es hat auch viele gegeben, und zwar weltweit, die Obergurus der Neoliberalität, die gemeint haben, kann man nicht überhaupt Wohnen, Gesundheit, Pensionen den Börsen und den Märkten aussetzen, um eine Gewinnmaximierung zu erreichen?

Da muss ich Ihnen sagen, klar kann man das machen, aber man muss sich des sozialen Preises bewusst sein, dass nämlich auch die Sicherung von Wohnen eine soziale Aufgabe ist, dass man auch das Wohnen nicht ungeschützt den Märkten überlassen kann. (*Abg. **Strache**: Die Energiekosten in Wien!*) Ich sage Ihnen, weil das an dieser Stelle immer verwechselt wird: Regulierung ist **Regeln**. Regulierung ist nicht irgendeine neue Form der Planwirtschaft. Keiner besorgt sich da im Dietz Verlag einen Karl Marx, das ist alles Unsinn, aber es muss in der Marktwirtschaft Regeln geben.

Wenn Sonntagsredner immer von sozialer Marktwirtschaft sprechen, dann sagt ja dieser Begriff, dass Marktwirtschaft, wenn sie sozial sein soll, Regelungen haben soll, damit sie auch sozial ist. Manchmal muss es auch so weit gehen, dass man sagt, man muss die Marktwirtschaft vor sich selbst schützen oder regeln. Ich sage nicht regulieren, ich sage **regeln**. Ich halte es für entscheidend, dass jene, die in einem Land wohnen, auch wirklich in Wohnungen leben können, die leistungsfähig sind, dass sie eine entsprechende Infrastruktur, eine Post haben, dass man auch telefonieren kann, dass das alles funktioniert und auch **leistungsfähig** ist.

Wenn man das will, muss man sich dazu bekennen, dass es diese Form einer sozialen Marktwirtschaft auch gibt. Dann ist der Staat gefragt, manchmal auch zu agieren und zu intervenieren.

Ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich werde aus der Dringlichen Anfrage nicht klug. (*Abg. **Strache**: Ihre Fraktion schläft gerade ein, Herr Cap!*) Ich weiß gar nicht, worauf Sie hinauswollen, denn ich halte das, was jetzt passiert ist – nämlich dass man zum Beispiel gesagt hat, jetzt ist einmal Pause, der Vorstand setzt sich bei der Schließung der Postämter nicht durch – für sinnvoll und richtig. Es muss darüber nachgedacht werden, und es sind im Interesse der Bevölkerung, aber auch der Bediensteten Lösungen anzustreben und zu finden. Dieses bloße Hinauswerfen und Reduzieren ist jedenfalls nicht unser Weg, denn wir sind der Auffassung, dass es um die Beschäftigten, um die Bevölkerung, um die Versorgung geht.

Es geht auch um die Frage, welche Aufgaben der Staat in einer sozialen Gesellschaft künftig hat. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) – Nein, nein, machen Sie keine Witze. Das ist auch wichtig für die Länder und die Gemeinden. Dann sollen sich die Bürgermeister einmal melden, dann sollen sich einmal die zu Wort melden, die hier herinnen Länderinteressen vertreten.

Ich bekenne mich auch dazu, dass Banken funktionieren müssen und dass ihnen, wenn sie Unterstützung brauchen, geholfen wird, damit die Wirtschaft funktioniert, denn wir alle profitieren dann davon, und wir können dann dafür sorgen, dass wir in

Abgeordneter Dr. Josef Cap

einer Gesellschaft leben, wo soziale Werte zählen, wo Chancengleichheit herrscht und wo Bildung finanzierbar ist.

Deshalb gibt es auch die Konjunkturpakete dieser Bundesregierung: Konjunkturpaket I, Konjunkturpaket II, Vorverlegung der Steuerreform – das hat natürlich den Sinn, dass die Wirtschaft in Gang gesetzt wird – und die Bankensicherung, bei deren Beschlussfassung Sie mit dabei waren, die eine Absicherung und Geldverkehr und Kreditverkehr gewährleistet. (*Abg. **Strache**: Aber die rechtlichen Regelungen für die Banken, die das Geld in Anspruch nehmen, muss man sicherstellen!*) Österreich ist im europäischen Vergleich jenes Land, das sich in diesem Zusammenhang am meisten bemüht und am meisten engagiert. Das sollte auch die Opposition honorieren, wenn sie ernst genommen werden will.

Das ist mein Vorschlag. Sie müssen ja meinen Vorschlag für eine Oppositionspolitik nicht annehmen. (*Abg. **Strache**: Dann nehmen Sie einmal einen Vorschlag der Opposition an!*) Es mag ja sein, dass Sie einen eigenen Weg gehen wollen. Dann gehen Sie diesen. Aber mein Vorschlag wäre, dass man das, wenn man damit ernsthaft umgehen soll und will, berücksichtigt, denn dann wird dieses Land einen guten Weg nehmen, und die Bevölkerung kann davon ausgehen, dass die Regierung tätig ist, um soziale Sicherheit zu garantieren und die Zukunft abzusichern. Und dafür stehen wir. (*Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten der ÖVP.*)

15.52

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Als Nächster gelangt Herr Abgeordneter Kopf zu Wort. 8 Minuten Redezeit. – Bitte.

15.52

Abgeordneter Karlheinz Kopf (ÖVP): Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Geschätzte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kickl hat soeben versucht, uns zu erklären, dass Rot und Schwarz das Gegenteil von Rot-Weiß-Rot sei und dass wir jetzt eine Wagenburg gegen eine Erneuerung bilden würden. Es wären noch viele dieser Sprüche, die man irgendwo am Wirtshaustisch loswerden kann, zu zitieren, nur, Herr Kickl und liebe Freunde von der FPÖ: Die Menschen melden ihre Festnetzanschlüsse ab – no na; die technische Entwicklung ist darüber hinweggegangen –, und das ist ein riesiges Problem für die Telekom und damit auch für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und das Unternehmen muss sich darauf einstellen. (*Abg. **Strache**: Aber nicht unerwartet gekommen!*)

Die Politik ist nicht schuld an diesem veränderten Verhalten der Konsumenten, aber die Politik muss selbstverständlich dafür Sorge tragen, dass die Versorgung bis hinein in den ländlichen Raum sichergestellt ist. Aber noch einmal: Das Verhalten der Konsumenten hat sich da geändert.

Meine Damen und Herren, die Menschen nehmen auch weniger an Postdienstleistungen in Anspruch. – Auch daran ist nicht die Politik schuld. Dieses veränderte Konsumentenverhalten verlangt nach Veränderungen in diesen Unternehmen, verlangt nach einer anderen Befriedigung dieser veränderten Bedürfnisse. Und unsere Aufgabe als verantwortliche Politiker ist es, dass wir die Versorgung bis hinein in den ländlichen Raum sicherstellen, aber nicht indem wir – wie Sie es tun – stammtischartig den Menschen draußen erklären und versprechen – auf der Basis althergebrachter Strukturen, die nicht aufrechterhaltbar sind –, diese Versorgung sicherzustellen, und ihnen damit Sicherheit vorgaukeln, die es nicht geben kann.

Als verantwortliche Politiker müssen wir diese Veränderungen begleiten, die Menschen selbstverständlich in diesen Unternehmen begleiten und den Managern dort in aller

Abgeordneter Karlheinz Kopf

Ernsthaftigkeit aufzeigen, wo ihre Verantwortung liegt. Es hat mir nicht alles gefallen, was in den letzten Tagen, Wochen, Monaten aus den genannten Unternehmen, Post und auch Telekom, gekommen ist. Wir können aber den Menschen nicht Sicherheit versprechen, wo sie nicht zu geben ist. Das heißt, wir müssen diese Veränderungen gemeinsam begleiten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Antwort darauf heißt jedenfalls nicht mehr Staat in diesen Unternehmen.

Faktum ist, der fehlende Wettbewerb hat in vielen Unternehmen zu einer Erstarrung geführt, die **nicht** zur Verbesserung der Strukturen und **nicht** zur Verbesserung der Dienstleistungsqualität geführt hat. Insofern sind Wettbewerb und auch Liberalisierung durchaus ein Antrieb für verbesserte Dienstleistungen für die Menschen, **wenn** die Politik die geeigneten Rahmenbedingungen dafür setzt.

Nur ein Beispiel: Es wird immer wieder die Verbindung zwischen Liberalisierung, Privatisierung und einem allfälligen Misserfolg von Unternehmen hergestellt. – Das ist doch nicht die Ursache! Betrachten Sie nur die ÖIAG in den Jahren 1980 bis 1990. Wir haben dort eine Kapitalzufuhr an öffentlichen Mitteln von etwa 4 Milliarden € durchführen müssen. Trotzdem haben wir Zigtausende Arbeitsplätze verloren, weil man versucht hat diese Unternehmen vor notwendigen strukturellen Änderungen zu bewahren, mit falschen Versprechungen für die Menschen, und am Ende, im Jahr 2000 hatten diese Unternehmen trotzdem einen Schuldenstand von über 6 Milliarden €. Seit wir diese Unternehmen in die Freiheit entlassen haben, befreit von politischen Einflüssen, sind Unternehmen wie die Voest, Böhler-Uddeholm, VA Tech höchst erfolgreich, prosperieren, beschäftigen Tausende, Zigtausende Mitarbeiter und schütten noch Dividenden an die ÖIAG und damit letzten Endes an die öffentlichen Hände in Höhe von über einer Milliarde aus.

Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie mich auch ein paar Worte, weil es auch von Klubobmann Strache angesprochen wurde, zur Regierungsbildung und zum Regierungsprogramm sagen. *(Abg. Dr. Graf: Das kommt noch nicht leicht über die Lippen!)*

Es geht eine konjunkturelle Hochphase zu Ende. Österreich war in dieser Hochphase in besonderem Maße erfolgreich. Wir konnten uns mit unseren Wachstumsraten immer über dem EU-Durchschnitt bewegen. Die Zahl der Arbeitslosen ist in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen. Wir haben praktisch Vollbeschäftigung. Aber selbst jetzt im Abschwung, der kommen und uns noch viele Schmerzen bereiten wird, selbst in diesem Abschwung geht es uns verglichen mit anderen Ländern noch gut. Die Ausgaben der privaten Haushalte sind nach wie vor stabil. Aber leugnen wir es nicht, diskutieren wir es nicht weg, der Abschwung ist da. Vor allem in der Bauwirtschaft, in der exportgetriebenen Sachgütererzeugung spüren wir das.

Wir können die Konjunktur nicht allein erzeugen, da sind wir im internationalen Konzert mit dabei. Aber was wir brauchen und was wir mit diesem Regierungsprogramm auf den Tisch legen, ist eine umfassende Strategie, wie wir dieser herankommenden Krise mit einem Bankenhilfspaket begegnen können. Denunzieren Sie dieses Paket nicht immer als Geschenke an die Banken! *(Abg. Strache: Wo ist die Kontrolle?)* Hätten wir das nicht getan, wären die Betroffenen die kleinen Sparer, die Klein- und Mittelbetriebe gewesen, die dann keine Finanzierung mehr gehabt hätten. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Strache: Das ist Geld des Steuerzahlers!)*

Meine Damen und Herren, mit dem, was wir jetzt tun, stärken wir die Kaufkraft: mit einer 13. Familienbeihilfe, mit einer vorzeitigen Pensionserhöhung, mit einer Steuerreform, die fast 3 Milliarden € an zusätzlicher Kaufkraft in die Haushalte, vor allem in Familienhaushalte mit Kindern bringt. Es werden zusätzlich auch die selbständigen Einkommensteuerpflichtigen mit einer Maßnahme entlastet, die als Äquivalent zum 13.,

Abgeordneter Karlheinz Kopf

14. Gehalt für einen Unselbständigen jetzt auch eine Steuerbefreiung für die Selbständigen bringt. Es ist dies eine Maßnahme, die genau auf die kleinen und kleinsten Unternehmen zugeschnitten ist, die damit maßgeblich steuerlich entlastet werden und ihre Unternehmen absichern können.

Und ein Letztes: Wir investieren hunderte Millionen, ja sogar mehrere Milliarden in die Infrastruktur. Damit ermöglichen wir den Unternehmen, Telekom zum Beispiel, den Ausbau des Breitbandes im ländlichen Raum, Investitionen, die wir dringend brauchen zur Sicherung des ländlichen Raumes, die wir dringend brauchen als Grundlage für unsere wirtschaftliche Entwicklung, Investitionen, die mit dazu beitragen werden, die Auswirkungen dieses Konjunkturabschwunges, dieser Krise muss man sagen, in Grenzen zu halten.

Wir tun mit diesem Programm alles, um den Menschen draußen Sicherheit zu geben, was ihre Arbeitsplätze angeht, was ihr Einkommen angeht, indem wir sie entlasten. Und Sie werden sehen, diese Maßnahmen werden ihre Wirkung nicht verfehlen. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

16.01

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Klubobmann Bucher. Ebenfalls 8 Minuten Redezeit. – Bitte.

16.01

Abgeordneter Josef Bucher (BZÖ): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank! Hohes Haus! Es war schon sehr beeindruckend, dem makroökonomischen Ausflug des Herrn Cap zu folgen, der wieder einmal soziale Marktwirtschaft mit Sozialkapitalismus verwechselt hat. *(Beifall beim BZÖ. – Oje-Rufe bei der SPÖ.)*

Dieser Sozialkapitalismus ist es ja, der uns so viele Sorgen bereitet, meine Damen und Herren, denn er bedeutet auch einen riesigen Rucksack an Schulden, der uns umgehängt wurde noch in jener Zeit, als Sie maßgeblich Verantwortung getragen haben in diesem Land. *(Beifall beim BZÖ. – Abg. Dr. Wittmann: Der Scheibner wäre der bessere Klubobmann! Ich glaube, der Scheibner wäre auch der bessere Redner! Sogar der Westenthaler war besser!)*

Es sind immerhin noch 160 Milliarden € an Verbindlichkeiten, die diese Regierung mit sich herumzuschleppen hat, Verbindlichkeiten, die den Spielraum natürlich wesentlich einengen. Aber im Grunde genommen, Herr Kollege Cap, hätten Sie hier den Ansprechpartner in der Person des Herrn Faymann gehabt. Ihm hätten Sie eigentlich diesen makroökonomischen Vortrag halten müssen, denn er ist zuständig gewesen für die verfehlte Politik innerhalb der ÖIAG und vor allem der verstaatlichten Unternehmen und staatsnahen Unternehmen in den letzten beiden Jahren.

Ich sage ja gar nicht, dass er die falschen Entscheidungen getroffen hat – das sage ich gar nicht! –, sondern er hat **keine** Entscheidungen getroffen. Und das ist ja das Fatale, meine sehr geehrten Damen und Herren: Eine Reihe von Unternehmen – Post, AUA, Telekom, ÖIAG und ASFINAG –, bezüglich deren man zwei Jahre hindurch aufgrund fehlender Einigkeit unter den Regierungspartnern keine Entscheidung getroffen hat, allein zu lassen und ihnen nicht vorzugeben, was der Eigentümer der Republik mit diesen Unternehmen will, was er mit diesen Unternehmen vorhat, und vor allem, was er mit diesen kostbaren, wertvollen Arbeitsplätzen in diesen Unternehmen vorhat, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall beim BZÖ.)*

Ich kann mir gut vorstellen, was im Kopf des Bundeskanzlers a. D. Dr. Wolfgang Schüssel abgelaufen ist, wenn ich mir in Erinnerung rufe, wie Österreich im Jahr 2005 dagestanden ist. Da lautete eine Schlagzeile im „Spiegel“: Österreich vom Trittbrett-

Abgeordneter Josef Bucher

fahrer zum autonomen Erfolgsmodell. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, davon ist Österreich heute weiter entfernt denn je, denn das, was diese Bundesregierung – und sie findet ja leider Gottes eine „illegitime“ Fortsetzung in den nächsten Jahren – hier verabsäumt hat, die Ignoranz, die sie an den Tag gelegt hat, kommt in erster Linie den Steuerzahler teuer zu stehen, weil er in Zukunft die Arbeitslosen zu versorgen hat und weil in Zukunft die Unternehmen zu sanieren sind. Das heißt, auf der Strecke bleiben die Interessen der Steuerzahler, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall beim BZÖ.)*

Diese Politik der Verzweiflung, Herr Minister Faymann, haben **Sie** zu verantworten in der ASFINAG und bei den ÖBB. Schauen Sie sich doch an, was Sie dort gemacht haben! Sie haben die Manager mit teuren Abfertigungen auf die Straße geschickt. Sie haben Herrn Huber noch einen Beratervertrag gegeben, ohne uns jemals zu sagen, worin diese Beratung besteht. Das haben Sie bis heute noch nicht gesagt. *(Abg. Dr. Wittmann: Wie haben Ihre Minister geheißen?)* Sie haben in keinsten Weise auf die Fragen geantwortet, die wir an Sie stellen. Dieser Herr Huber kassiert heute 300 000 € pro Jahr für eine Beratung, die keiner braucht, die keiner nachfragt, die keiner kennt. *(Abg. Strache: Schweigegeld vielleicht? Das wird Schweigegeld sein!)* Das ist ein Bestandteil einer Abfertigung für einen Menschen, den Sie in die Wüste geschickt haben, und das ist kein verantwortungsvoller Umgang mit Steuermitteln, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall beim BZÖ. – Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Was die Post anlangt, verlange ich von einem Postminister, dass er die Direktiven vorgibt, dass er die Richtung vorgibt, dass er der Post sagt: Ihr seid ein wichtiges Dienstleistungsunternehmen, ein Unternehmen mit immerhin 1 300 Postdienststellen in Österreich, bis weit verzweigt in die Täler dieser Republik hinein. Das sind 1 300 Chancen, um Geschäftsfelder zu eröffnen, um vor allem auch Arbeitsplätze zu erhalten, um das Funktionieren des ländlichen Raumes zu gewährleisten.

Aber ein Postminister kann doch nicht sagen: Wir schließen jetzt 1 000 Filialen und setzen 9 000 Mitarbeiter frei! – Das ist keine Perspektive, Herr Faymann! Die Perspektive muss sein, dass Sie sagen: Meine Damen und Herren, es ist eine schwierige Zeit, in die wir gehen, die nächsten beiden Jahre werden nicht einfach für die österreichische Wirtschaft. Aber da hat der Staat eine Vorbildfunktion einzunehmen, da hat der Staat auch im Sinne der Beschäftigungswirksamkeit Maßnahmen zu setzen, und da hat der Staat dafür zu sorgen, dass wichtige Bereiche in der Infrastruktur ausgebaut werden, damit die Wirtschaft in den ländlichen Bereichen auch ein entsprechendes Umfeld vorfindet, in dem sie prosperieren kann. *(Beifall beim BZÖ.)*

Der falsche Weg ist auch jener, den Sie bei der Telekom einschlagen, indem Sie dort sagen: Mitarbeiter, die wir nicht brauchen, die im Beamtenstatus sind, verlagern wir in eine ausgegliederte Beamtengesellschaft unter das Dach der ÖIAG. – Das kann doch nicht Ihr Ernst sein, vor allem in Anbetracht der Situation, dass wir in Österreich noch immer rückständig sind in der Breitbandbereitstellung. Wir haben in Österreich das am schlechtesten verzweigte Netz der Breitbandverkabelung, der Glasfaserverkabelung. Aber die Wirtschaft braucht in Zukunft ein gut verzweigtes Netz, um im internationalen Konkurrenzkampf wettbewerbsfähig zu bleiben.

Das wäre Ihre Perspektive, Ihr Auftrag, Herr Bundesminister Faymann: Dafür zu sorgen, dass Menschen nicht passiv gestellt werden, sondern dass Menschen aktiv dafür arbeiten und eingesetzt werden, dass wir in Österreich ein Datennetz haben, das die Wirtschaft braucht, das es der Wirtschaft ermöglicht, sich weiter zu entwickeln, und das Arbeitsplätze sichert, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall beim BZÖ.)*

Abgeordneter Josef Bucher

Der größte Sündenfall ist die AUA. Da haben Sie es seit zwei Jahren verabsäumt, die Entscheidung zu treffen, dass die AUA einen strategischen Partner braucht. Wir wissen das seit zwei Jahren. Es gibt eine Studie, die schon zitiert wurde, die Roland-Berger-Studie, in der klar zum Ausdruck kommt, dass die AUA allein nicht überlebensfähig ist. Da geht es um die „fliegende Identität“ Österreichs, und wie Sie mit diesem Markenunternehmen umgegangen sind, ist grob fahrlässig, Herr Bundesminister!

Sie, Herr Faymann, haben vor allem auch im Privatisierungsbereich die Privatisierungskommission hinters Licht geführt. Sie wissen, dass sich die Verhandlungsbedingungen ständig verändert haben, dass beispielsweise Air France-KLM niemals die Möglichkeit hatten, ein ordentliches Angebot zu stellen, weil Sie jedes Mal die Lufthansa bevorteilt haben. Die Air France wird ja hinsichtlich Vergaberecht, Wettbewerbsrecht und Gleichbehandlungsrecht bei der Europäischen Union eine Klage einreichen und dafür sorgen, dass dieses Vergabeverfahren, wie Sie es geduldet haben, auch entsprechend gerügt wird.

Das kennzeichnet die unprofessionelle, unsaubere und vor allem zum Schaden der Steuerzahler geduldete Politik in Österreich, meine sehr geehrten Damen und Herren! Daher glaube ich, dass es entscheidend ist, weniger an der eigenen Inszenierung zu arbeiten – was diese Bundesregierung in den letzten beiden Jahren vorgezeigt hat –, sondern mehr Verantwortung gegenüber den Steuerzahlern in unserer Republik an den Tag zu legen. In einer Zeit, in der alle den Gürtel enger schnallen müssen, wäre es wichtig, Einsparungen zu treffen, wäre es wichtig, Steuerentlastungen vorzunehmen, wäre es wichtig, Konjunkturmaßnahmen zu setzen, die bei den Menschen und in der Wirtschaft, vor allem auch in der mittelständigen Wirtschaft, tatsächlich ankommen. **Das** wären die richtigen Maßnahmen für Österreich in Anbetracht der schwierigen Situation. *(Beifall beim BZÖ.)*

16.09

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Nun gelangt Frau Klubobfrau Dr. Glawischnig-Piesczek zu Wort. Redezeit: 8 Minuten. – Bitte.

16.09

Abgeordnete Dr. Eva Glawischnig-Piesczek (Grüne): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Herr Infrastrukturminister Faymann, ich habe großes Verständnis dafür, dass man in 12 Minuten nicht 69 Fragen beantworten kann. Dafür habe ich großes Verständnis.

Allerdings: Die wichtigste Frage haben Sie bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht beantwortet, und die möchte ich Ihnen daher jetzt noch einmal stellen. Warum ist es so ein Problem für Sie, auf eine Einladung, auf einen Wunsch des Parlamentes hin, auch wenn er nur von einem Drittel der Abgeordneten geäußert wird, herzukommen und eine Erklärung zur wirtschaftspolitischen Situation, insbesondere zu den staatsnahen Betrieben, abzugeben? Was ist da wirklich das Problem?

Entweder haben Sie tatsächlich ein etwas gestörtes Verhältnis zum Parlament oder nehmen nicht den tatsächlichen Stellenwert wahr – oder es ist Ihnen ein Drittel der Abgeordneten mehr oder weniger egal. Aber es geht ja jetzt nicht um das Drittel der Abgeordneten, sondern es geht im Wesentlichen um die vielen tausenden Familien, um die vielen Menschen, die das beobachtet haben, die das gelesen haben, die die negativen Schlagzeilen mitverfolgt haben und wissen, dass es eben um tausende Jobs geht, die wissen möchten, wie es weitergeht und was Ihre Vorstellungen als zuständiger Minister sind. *(Beifall bei Grünen und FPÖ.)*

Ich glaube, es ist ja nicht so schwierig, diese Fragen zu beantworten. Sie hätten heute die Möglichkeit gehabt, ausführlich dazu Stellung zu nehmen oder zumindest ein

Abgeordnete Dr. Eva Glawischnig-Piesczek

bisschen eine Orientierung zu geben, dies vor allem auch vor dem Hintergrund, dass viele, viele Menschen in Österreich das Vertrauen nicht nur in die Politik, sondern auch das Vertrauen in die wirtschaftlichen Eliten verloren haben. Angesichts dessen wäre es, glaube ich, schon ein Gebot der Stunde gewesen, sich dazu zu äußern. Ich hoffe, dass das nicht ein Vorzeichen für ein schlechtes Verhältnis zwischen der neuen Regierung, einem designierten Bundeskanzler und diesem Parlament ist. Ich wünsche mir da schon ein bisschen Kollegialität und auch ein bisschen Transparenz und Offenheit auch im Hinblick auf die Bürgerinnen- und Bürgerinteressen.

Aber auch eine zweite Frage haben Sie nicht beantwortet. Letztendlich geht es bei der Frage um Postliberalisierung, Vollliberalisierung, Herr Kopf, nicht darum, dass Sie uns erklären müssen, wie die technischen Innovationen gelaufen sind. Dass wir uns hinter die Verteidiger der Postkutschen-Technologie stellen, können Sie, glaube ich, ja doch nicht annehmen. Allerdings ist die alles entscheidende Frage: Was wurde in den letzten Jahren unternommen, um diese Vollliberalisierung auch vorzubereiten, um hier zu regulieren, um hier einen Markt so vorzubereiten, dass nicht gerade das staatsnahe Unternehmen oder das vormalige Monopolunternehmen in erhebliche Schwierigkeiten kommt, und das insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir nächstes Jahr mit vielen tausenden arbeitslosen Menschen mehr rechnen müssen – sehr bedauerlich! –, wenn nicht überall entgegengesteuert wird?

Das ist die zentrale Frage, aber Sie haben darauf in keiner Weise Bezug genommen. Wann wurden Sie wirklich informiert? Wann haben Sie sich wirklich – jetzt auch als Bringschuld Ihres Ministeriums – mit der Situation der Vollliberalisierung beschäftigt? Wann haben Sie Gegenmaßnahmen eingeleitet? Wann haben Sie sich internationale Beispiele angesehen, wie man diese Liberalisierung auch abfedern oder intelligent gestalten kann? Zu all dem haben Sie kein Wort verloren, und das ist bedauerlich. *(Beifall bei Grünen und FPÖ.)*

Herr Kollege Kopf, da geht es ja um mehr als um den Markt, da geht es um mehr als um marktwirtschaftliche Fragen, sondern da geht es um Infrastruktur, und Infrastruktur hat auch sehr viel mit Lebensqualität zu tun. Sie als ÖVP sind immer die Partei gewesen, die vor allem gegen das Ausräumen des ländlichen Raumes gewesen sind – Postämter, Nahversorgung, Gendarmerieposten –, aber das ist offensichtlich ein reines Lippenbekenntnis gewesen. Man muss sich Gedanken machen, wie man gerade den ländlichen Raum stärken kann, welche Rolle da auch diese Dienstleister in Zukunft haben können – auf eine intelligente Art und Weise und nicht auf Wirtshausniveau. Aber das ist in der Form leider nicht zustande gekommen, und deswegen tut es mir sehr, sehr leid, dass Sie heute nicht die Chance genutzt haben, dazu Stellung zu nehmen.

Eine Frage möchte ich Ihnen auch noch stellen, und zwar, warum Sie sich in diesen Konflikten, die sich da aufgetan haben, immer auf die Seite des Spitzenmanagements gestellt haben, warum Sie nicht auch einmal eingestanden haben, dass es krasse Fehleinschätzungen des Managements gegeben hat, sowohl bei der AUA als auch bei der Post und bei der ÖIAG, warum es nicht schon deutliche Ahnungen gegeben hat von solchen Misseinschätzungen und auch von Misswirtschaft in diesem Bereich, warum Sie sich da herstellen und überhaupt keine Kritikfähigkeit zeigen, wenn es darum geht, auch wieder ein gewisses Vertrauen der Bevölkerung herzustellen. Das Vertrauen der Bevölkerung auch in die wirtschaftlichen Eliten ist schwerst erschüttert, und das sollten Sie auch ernst nehmen. *(Beifall bei den Grünen.)*

Dieser Vertrauensverlust hat natürlich auch seine Ursache im Bankenpaket, und auch dazu hätten Sie heute noch etwas sagen können, hätten Sie eine Erklärung dazu abgeben können, warum es hier tatsächlich keine Auflagen gibt. Selbstverständlich, das Bankenpaket hat auch einen Sicherheitsfunktionscharakter für die Einlagen und

Abgeordnete Dr. Eva Glawischnig-Piesczek

natürlich auch für die Kredite. Aber trotzdem herrscht großes Unverständnis darüber, warum es bei uns im Gegensatz zu Deutschland keine Begrenzung der Managergehälter auf 500 000 € gibt – und das ist meiner Meinung nach wahrlich genug! –, warum keine Kontrolle des Rechnungshofes möglich ist, keine Dividendenausschüttung, wenn man dieses System in Anspruch nimmt. Warum ist das bei uns **nicht** möglich? Auch hier stellen Sie sich auf die falsche Seite, und daher hat die Bevölkerung eindeutig das Gefühl: Es geht nicht um uns, es geht um etwas anderes. Sie hätten heute auch die Chance gehabt, der Bevölkerung das zu erklären. *(Beifall bei den Grünen.)*

Aber Sie haben auch weiterhin Chancen, und da wende ich mich jetzt auch schon ein bisschen an die neue Regierung. Es ist der Eindruck entstanden, die Regierung schützt Banken, Manager, Spekulanten und Vorstände wie Michaelis und Ötsch. Hunderttausende Klein- und Kleinstanleger, die im Moment in schweren Schwierigkeiten stecken als Folge dieser Finanzmarktkrise, sind nach wie vor ungeschützt. Das betrifft nicht nur hunderttausend Menschen, sondern das betrifft auch ganze Familien, 20 000, die in Häuselbauerkredite investiert haben und die nach wie vor dieser Finanzkrise schutzlos ausgeliefert sind. Und auch hier ist die Frage, warum Sie nicht internationale Beispiele hernehmen und etwa mit Moratorien arbeiten und hier Schutz und Sicherheit für genau die, die es brauchen, auch fix verankern. *(Beifall bei den Grünen sowie des Abg. Strache.)*

Dass am Finanzmarkt ohne Ausbildung und ohne Konzession – und das ist auch gerichtet an den neuen Finanzminister in spe, der jetzt gerade nicht da ist, an den Kollegen Pröll *(Rufe bei der ÖVP: Er ist da!)* – gefährliche Produkte verkauft werden können und dass das auch eine Folge eines völlig verfehlten Wertpapieraufsichtsgesetzes 2007 ist, darüber muss man auch einmal sprechen. Hier haben Sie eine Chance, und wir werden hier eine Initiative setzen, um dem einen Riegel vorzuschieben. Das darf es nicht mehr geben in diesem höchst spekulativen Bereich! *(Beifall bei den Grünen.)*

Eine letzte Chance haben Sie leider auch vertan: Viele Menschen sind fassungslos – ich im Übrigen auch, Herr Kollege Faymann –, was diese Summen betrifft, die wir da sehen: **3 000 Milliarden €** stellt die Europäische Union bereit für die Rettung des Bankensystems! Im Wesentlichen ist das ein radikaler Finanzkapitalismus, der jetzt sein Gesicht zeigt – mit den bösesten Auswirkungen: Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert. Warum geben Sie hier nicht ein bisschen Orientierung, wie es auch international weitergehen muss, dass man über eine Finanztransaktionssteuer reden muss, dass es so nicht weitergehen kann, dass es diese völlig ungezügelte Freizügigkeit nicht mehr geben kann, mit gefährlichen so genannten Finanzinnovationen, die letztendlich nicht mehr verständlich sind?

Einerseits also Fassungslosigkeit über diese **3 000 Milliarden €** und andererseits die Tatsache, dass zur Bekämpfung des Welthungers **35 Milliarden €** im Jahr aufzuwenden wären!

Das sind Fragen, die wir heute hätten diskutieren können, und es tut mir sehr, sehr leid, dass Sie genau diesen ersten Tag, an dem Sie sozusagen als Empfehlung für den neuen Bundeskanzler hier sitzen, nicht dazu nutzen, das Verhältnis zwischen Ihnen und uns – und wir sind letztendlich die Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung – in anderer Form, positiv also, zu beginnen. *(Beifall bei den Grünen.)*

16.17

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Nächster Redner: Herr Vizekanzler Mag. Molterer. 10 Minuten Redezeit. – Bitte.

Bundesminister für Finanzen Vizekanzler Mag. Wilhelm Molterer

16.17

Bundesminister für Finanzen Vizekanzler Mag. Wilhelm Molterer: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank! Ich möchte die Gelegenheit der Behandlung dieser Dringlichen Anfrage dazu nützen, einige Fragen, die in dieser Diskussion gekommen sind, zu beantworten.

Erstens: Bei vielen dieser Fragen in den Diskussionsbeiträgen hatte ich den Eindruck, dass es Sehnsucht nach den alten Zeiten gibt. Herr Kollege Strache, Herr Kollege Kickl, wissen Sie, was die alten Zeiten in der ÖIAG gewesen sind? (*Abg. Strache: Sie setzen Sie ja fort, diese alten Zeiten!*) – Dass der Steuerzahler 4,3 Milliarden €, knapp 60 Milliarden Schilling, in die ÖIAG hineinbuttern musste! Das Ergebnis war damals: 55 000 Arbeitsplätze weniger und ein Schuldenstand von 6,3 Milliarden € zu Beginn des Jahres 2002. (*Abg. Kickl: Das waren schon Ihre alten Zeiten!*)

Wollen Sie das wirklich? Das kann doch nicht Ihr Ziel sein! Daher ist es richtig, dass gegengesteuert wurde, und zwar ist, das sage ich nur der Ordnung halber, nicht seit dem Jahr 2000, sondern seit dem Jahr 1994 die Privatisierung eingeleitet worden. (*Abg. Strache: Das sind Ihre alten Zeiten! Ihre Verantwortung war das, nicht unsere! Da verdrehen Sie was!*) Immerhin sind zwischen dem Jahr 1994 und dem Jahr 2000 Privatisierungserlöse von 4,8 Milliarden € erzielt worden.

Mit dieser fortgesetzten Privatisierung nach dem Jahr 2002 sind zwei Dinge gelungen: Erstens ist die ÖIAG heute **schuldenfrei**. Sie hat nicht 6,3 Milliarden € Schulden, sondern ist schuldenfrei, und aus der ÖIAG sind zugunsten des Steuerzahlers Dividenden im Ausmaß von knapp 1,2 Milliarden € ins Budget geflossen.

Das ist die Zukunftsperspektive, doch nicht Ihre Vision der Vergangenheit, Herr Kollege Strache! Das kann es doch nicht sein. (*Beifall bei der ÖVP. – Abg. Strache: Aber die Steuerzahler haben noch nichts verspürt davon!*)

Schauen wir uns doch die angesprochenen Unternehmen an. – Ja, es ist richtig, dass wir bei der Post wesentliche Weichenstellungen vorgenommen haben, auch vor dem Hintergrund, dass wir wissen, dass die Liberalisierung kommt. Und einer der Schlüsselerfolge dieses wirklich starken Unternehmens Post ist, dass wir es zustande gebracht haben, dass wir in einem Börsegang 49 Prozent der Aktien der Post an die Börse gebracht haben – es gibt im Übrigen eine hohe Mitarbeiterbeteiligung bei der Post – und die Post heute als starkes Unternehmen dasteht.

Worum geht es jetzt? – Darum, dass wir die Post – weil wir wissen, dass die Liberalisierung im Briefbereich kommt – **zeitgerecht** darauf vorbereiten.

Ich hielte es für verantwortungslos, wenn ein Management in dieser Situation keine Vorschläge macht. – Ganz im Gegenteil: Ich habe das Management **aufgefordert**, Veränderungsvorschläge zu machen. Wenn Sie oder das Unternehmen den Kopf in den Sand stecken, dann weiß ich, was im Jahr 2011 passiert: Dann haben wir einen liberalisierten Briefmarkt, aber keine wirtschaftlich erfolgreiche Post. Daher müssen wir **jetzt** die Weichen richtig stellen.

Dazu ist es notwendig, dass sowohl die Post selbst als auch die Politik in ihren jeweiligen Verantwortungsbereichen aktiv werden. Daher ging aus dem von mir initiierten Postgipfel, den wir gemeinsam abgehalten haben, die Aufforderung heraus, bis Jahresmitte 2009 ein neues Postmarktgesetz, eine veränderte Universaldienstverordnung und einen Branchenkollektivvertrag zu erstellen, damit die Post im liberalisierten Markt faire Bedingungen hat. – So soll man das angehen, anstatt die Hände in den Schoß zu legen und den Kopf in den Sand zu stecken, denn sonst wird es der Post auf Dauer schlecht gehen. (*Beifall bei der ÖVP. – Abg. Strache: Das haben ja Sie gemacht in den letzten Monaten!*)

Bundesminister für Finanzen Vizekanzler Mag. Wilhelm Molterer

Wir müssen auch im Bereich der Austrian Airlines ganz offen sein, und ich gehe ja heute auch in der Argumentation mit Ihnen mit diesem Thema sehr offen um: Ja, wir haben versucht – und ich denke, im gemeinsamen Konsens –, so lange wie möglich eine Stand-Alone-Lösung für die Austrian Airlines darzustellen. **Ich** war der, der im Frühsommer des heurigen Jahres – auch in meiner Verantwortung – als Erster gesagt hat, ich sehe diese Stand-Alone-Lösung nicht. (Abg. **Bucher**: *Nein! ... aber nicht im Rechnungshofbericht!*) Daher habe ich in meiner Verantwortung als Finanzminister den Auftrag gegeben, Alternativen zur Stand-Alone-Lösung zu prüfen, und das war notwendig und auch richtig. (Abg. **Bucher**: *Zwei Jahre zu spät!*)

Meine Damen und Herren, auf dieser Basis hat die „alte Bundesregierung“ – unter Anführungszeichen – einen Privatisierungsauftrag erteilt, und auf dieser Basis werden jetzt die Organe der Austrian Airlines und der ÖIAG versuchen, das unter diesen Umständen Bestmögliche zu erreichen.

Ich habe heute Vormittag im Ausschuss darüber informiert, dass es zwei offene Fragen gibt: Das eine ist die Genehmigung der Europäischen Kommission in der Frage der notwendigen 500 Millionen €, das andere die rechtliche Diskussion, die Air France-KLM führt. – Da müssen wir Antworten geben.

Zur Telekom ein ganz offenes Wort: Wir wollen alle, dass die Telekom in Breitband investiert. Dann müssen wir aber auch zu wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Telekom stehen, die es ihr auch ermöglichen, wirtschaftliche Erträge zu machen, aus denen investiert wird. Und da müssen wir die Frage stellen: Ist der Regulator wirklich gut beraten, das Letzte herauszuholen, anstatt etwas im Unternehmen zu belassen? Dann halte ich es für richtig, dass die Unternehmensführung mit den Belegschaftsvertretern diese Zukunftsperspektive auch anspricht.

Es wäre meiner Erfahrung nach nichts fataler, als gerade in dem Bereich, wo wir Mitverantwortung als Eigentümer haben, so zu tun, als ob es die Kräfte des Marktes nicht gäbe, sondern wir müssen jene wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen, die Unternehmen brauchen, um auch in Zukunft stark zu sein und ihre Leistung, die die Mitarbeiter und auch die anderen Menschen erwarten, erbringen zu können. (Abg. **Strache**: *Da wird die Lufthansa der falsche Partner sein!*)

Ähnlich ist es auch im Bankenbereich. Frau Kollegin Glawischnig-Piesczek, ich habe heute Vormittag – offensichtlich hat sich das nicht zu Ihnen durchgesprochen – über den Bankenbereich und über den Status des Bankenpaketes informiert.

Erstens: Seien wir doch froh, dass wir Mitglied der Europäischen Union sind, dass wir die Europäische Zentralbank und den starken Euro als gemeinsame Währung haben. (Abg. **Strache**: *Dass wir heute den Schaden zahlen müssen! Ganz toll!*) Das hat uns in dieser Situation ganz massiv geholfen. Wir haben ein Bankenpaket vorgelegt und Gott sei Dank auch hier im Hohen Haus einstimmig beschlossen, das den Banken auch die notwendige Stabilität, das notwendige Fundament und die notwendige Rückenstärkung gibt. (Abg. **Strache**: *Aber der zweite Schritt, den Sie versprochen haben, der ist noch nicht da!*)

Wir führen nun mit der Europäischen Kommission eine Diskussion über zwei Fragen: Erstens über das Thema der Dividendenhöhe/Verzinsung des Partizipationskapitals, und zweitens über das Thema Dividendenausschüttung von Instituten: Ja oder nein von Instituten, die das in Anspruch nehmen.

Wir haben sehr klare Auflagen. Es stimmt einfach nicht, dass wir keine Auflagen haben! – Das ist falsch. Es ist heute im Ausschuss im Detail erörtert und auch von Kollegem Matznetter dargestellt worden. Es gibt selbstverständlich auch die Kontroll-

Bundesminister für Finanzen Vizekanzler Mag. Wilhelm Molterer

möglichkeiten im Rechnungshof und durch den Rechnungshof, und wir haben auch in den Verträgen die entsprechenden Kontrollrechte verankert.

Ich bitte Sie daher auch in diesem Zusammenhang, diese gemeinsame Perspektive, die wir miteinander begonnen haben, auch in dieser für die österreichische Wirtschaft kritischen Phase gemeinsam weiterzutragen.

Es ist auch die Frage des Konjunkturpaketes angesprochen worden. Ich trete für eine gemeinsame europäische Basis ein – so wie im Bankenbereich. Die Europäische Kommission wird morgen dieses europäische Konjunkturpaket in seinen Eckpunkten vorstellen. Wir sind mit dem, was wir jetzt bereits getan haben, und mit dem, was sich die neue Bundesregierung vornimmt, genau in diese Zielrichtung gegangen – Investitionen etwa in den Bereichen Forschung, Arbeitsmarkt, Beschäftigung und Infrastruktur und Entlastung dort, wo sie notwendig ist –: für Menschen, die Steuern zahlen, und für die Familien, die das ganz besonders brauchen.

Daher wird diese konjunkturelle Aufgabenstellung genauso wichtig sein wie die Frage der Sicherung, des Sicherungspaketes für die Banken und die Frage der Perspektive für die Unternehmen in der ÖIAG, die für Österreich ganz besonders wichtig sind.

Ich appelliere daher an dieser Stelle und von dieser Stelle an Sie, dass Sie diesen Weg, soweit es Ihnen möglich ist, auch seitens der Opposition im Sinne dieses gemeinsamen Ganzen für unser Heimatland in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation mitgehen. – Die Situation ist wahrlich nicht einfach, und sie wird in den nächsten Monaten auch nicht einfacher werden. Es ist daher wichtig, dass wir in dieser Situation dieses Gemeinsame in den Vordergrund stellen.

Meine Damen und Herren, da das mein letzter Auftritt von der Regierungsbank als Finanzminister ist, möchte ich auch die Gelegenheit dazu nützen, mich bei Ihnen für die sehr gute Zusammenarbeit zu bedanken. Wir haben einiges weitergebracht (*Abg. Strache: Es reicht! Wirklich!*): Ich denke da an das neue Haushaltsrecht, das einstimmig beschlossen wurde, an die Finanzmarktaufsichtsreform, die weitgehend im Konsens durchgeführt wurde, an das Bankenpaket, das einstimmig war, und an einiges andere, das gemeinsam weitergebracht wurde.

Dieser Geist des Gemeinsamen sollte uns bewegen. Ich werde jetzt die Seiten insofern wechseln, als ich meine Verantwortung als Abgeordneter wahrnehmen werde. Ich hoffe, dass ich in dieser Verantwortung als Abgeordneter auch meinen kleinen Beitrag liefern kann.

Bei Ihnen bedanke ich mich für die gute Zusammenarbeit und die gemeinsamen Erfolge in den letzten beiden Jahren. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ sowie bei Abgeordneten der Grünen.*)

16.27

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Meine Damen und Herren, in Absprache mit den fünf Fraktionen wird die Redezeit in den beiden kommenden Runden auf jeweils 3 Minuten limitiert, damit die Redezeit auch tatsächlich fair verteilt ist.

Herr Abgeordneter Themessl, Sie sind der Nächste. 3 Minuten Redezeit. – Bitte.

16.27

Abgeordneter Bernhard Themessl (FPÖ): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen. Wissen Sie, Herr Kollege Molterer und Herr Kollege Kopf, Sie schwelgen immer so gerne in der Vergangenheit und greifen Beispiele heraus, wo Ihnen vielleicht in Teilbereichen Erfolge gelungen sind. Die waren allerdings sehr dünn gesät.

Abgeordneter Bernhard Themessl

Aber Schluss damit! Wir sind seit Wochen von einer Weltwirtschaftskrise bedroht, die aus einer Weltfinanzkrise heraus entstanden ist, und jetzt wäre es an der Zeit zu handeln. Herr Minister Faymann, wenn Sie gesagt haben, wir kritisieren nur, wir reihen nur Überschriften aneinander, und es fehlen uns die Vorschläge, dann frage ich Sie: Wo waren Sie die letzten zwei Jahre, als unsere Fraktion mit Abstand die meisten Anträge in diesem Hohen Haus eingebracht hat und auch in wirtschaftspolitischen und steuerpolitischen Fragen nicht nur klar Stellung bezogen hat, sondern auch aufgrund von Beispielen und aufgrund von Anträgen untermauert hat, dass wir Wirtschaftskompetenz haben, die ich Ihnen seitens der SPÖ hier ganz klar abspreche? *(Beifall bei der FPÖ.)*

Herr Kollege Cap, wenn Sie immer dann, wenn es hier im Hohen Haus um Wirtschaftsthemen geht, den Paradeunternehmer Hannes Androsch zitieren, dann muss ich Ihnen schon Recht geben: Er ist ein guter Unternehmer. Aber das, was jetzt tausende Unternehmer draußen betrifft, dass sie mit ihrem persönlichen Eigentum haften, das hat den Herrn Androsch noch nie betroffen, der hat noch nie gehaftet, weil er nur von Förderungen der Großindustrie lebt, und er macht das sehr gut; das bezweifle ich ja nicht. Die vielen tausenden Unternehmer warten jetzt jedoch darauf, dass sie einen Unterstützungskredit bekommen, dass ihnen geholfen wird, indem in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Binnennachfrage, die Kaufkraft in diesem Land gestärkt wird. Aber davon sind wir weit entfernt. Deshalb werden Sie dazu aufgerufen, jetzt etwas zu tun! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Herr Faymann, wenn Sie da von Konjunkturpaketen und Steuerreformen sprechen, dann sage ich Ihnen: die Konjunkturmilliarde, die so genannte Mittelstandsmilliarde, die Sie hier vor 14 Tagen beschlossen haben, geht voll am Ziel vorbei. Die, für die sie gedacht war – nämlich die kleinen und mittleren Unternehmen, die Einzelpersonen-Unternehmen, damit diese unterstützt werden –, haben absolut nichts davon.

Eine Steuerreform in einer Größenordnung von 2,7 Milliarden € als Erfolg zu verkaufen – wobei die Familienleistungen da schon mit einbezogen sind – und gleichzeitig der größten österreichischen Bank, die als Erste für dieses Banken-Hilfspaket angestanden ist, dieselbe Summe zu gewähren, zeugt davon, dass Sie weder den entsprechenden Weitblick haben noch den Ernst der Lage erkannt haben, wie die wirtschaftliche Situation ausarten und was das für viele tausende Arbeitsplätze in Österreich bedeuten könnte – und in weiterer Folge natürlich auch für die mittleren und kleineren Unternehmen.

Auch Herr Nowotny hat gefordert, dass man die Banken endlich auch dazu verpflichtet, die Versprechungen einzuhalten, die sie im Zuge der Verhandlungen über dieses Bankenpaket abgegeben haben, nämlich Kredite frei zu machen für kleine und mittlere Unternehmen und für Privatpersonen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Um hier einen Anstoß zu geben, werde ich jetzt einen Entschließungsantrag einbringen. Sie haben dann Gelegenheit, diesen mit uns mitzutragen.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Themessl, Kolleginnen und Kollegen

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert das Erforderliche zu veranlassen, um für die heimische Wirtschaft eine Lockerung der Kreditvergabepaxis jener Banken, die das staatliche Bankenhilfspaket in Anspruch genommen haben, sicher zu stellen.“

Präsidentin Mag. Barbara Prammer

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist längst abgelaufen. Ich habe Sie den Antrag noch einbringen lassen.

(Beifall bei der FPÖ für den das Rednerpult verlassenden Abg. Themessl.)

Der Antrag ist entsprechend eingebracht und steht mit in Verhandlung.

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Themessl, Kolleginnen und Kollegen betreffend Bereitstellung von Krediten um die Infrastruktur in Österreich aufrecht zu erhalten eingebracht im Zuge der Debatte zur Dringlichen Anfrage des Abg. KO Strache und weiterer Abgeordneter an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend die Aufrechterhaltung der Infrastruktur in Österreich und in die Krise der staatsnahen Unternehmen vor dem Hintergrund eines untauglichen Regierungsprogramms für die XXIV. Gesetzgebungsperiode, in der 4. Sitzung des Nationalrates am 25. November 2008, XXIV.GP.

Im Zuge der aktuellen Finanzkrise kommen auch österreichische Unternehmen immer mehr in finanzielle Schwierigkeiten, wodurch in Folge die heimische Infrastruktur sowie unzählige Arbeitsplätze massiv bedroht sind.

Im Bankenbereich musste von der Bundesregierung durch die Bereitstellung öffentlicher Geldmittel ein Hilfspaket geschnürt werden, um die Stabilität des Geld- und Kreditmarktes zu sichern. Es ist jedoch dafür Sorge zu tragen, dass die Gelder des Hilfspaketes der heimischen Wirtschaft zu Gute kommt.

So ist in der „Kronen Zeitung“ vom 22.11.2008 zu lesen: „Nationalbank-Gouverneur Ewald Nowotny fordert jetzt für jene Banken, die eine staatliche Geldspritze bekommen, eine überprüfbare Verpflichtung, Kredite zu vergeben. Es sei derzeit die wichtigste Aufgabe der Geldinstitute überhaupt, für ausreichende Liquidität in den Unternehmen zu sorgen, will man eine schwerere Rezession vermeiden.“

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Erforderliche zu veranlassen, um für die heimische Wirtschaft eine Lockerung der Kreditvergabep Praxis jener Banken, die das staatliche Bankenhilfspaket in Anspruch genommen haben, sicher zu stellen.“

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Als Nächste gelangt Frau Abgeordnete Csörgits zu Wort. – Bitte.

16.31

Abgeordnete Renate Csörgits (SPÖ): Frau Präsidentin! Sehr geschätzte Mitglieder der Regierung auf der Regierungsbank! Meine Damen und Herren! Diese Dringliche Anfrage ist eine gute Gelegenheit, all jenen, die von schwierigen Situationen am Arbeitsplatz betroffen sind, zu sagen, dass wir sie nicht im Stich lassen, dass uns die Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Herzen liegen und wir sie **nicht** der Willkür einzelner Manager aussetzen.

Meine Damen und Herren, Sie müssen sich einmal vor Augen führen, was es bedeutet, wenn Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Post größtenteils über die Medien erfahren,

Abgeordnete Renate Csörgits

dass ungefähr 11 000 Arbeitsplätze abgebaut werden sollen! Das bedeutet für viele Frauen und Männer, für viele Familien totale Unsicherheit, Angst um den Arbeitsplatz, Sorgen und Perspektivlosigkeit. Ein Management, das diesen Weg gewählt hat und nicht jenen, sich mit der Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zusammzusetzen, kann eigentlich nur als eiskaltes Management bezeichnet werden. Es ist fast zynisch, wenn Postdirektor Wais noch im Oktober auf der Gewinn-Messe sagte, dass für das laufende Geschäftsjahr eine höhere Basisdividende ausgeschüttet werden soll, und wenige Wochen später die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in bodenlose Verunsicherung gestürzt werden.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die Sozialdemokratie steht voll und ganz hinter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Post und Telekom. Diese Menschen haben sich so einen Umgang nicht verdient! Gerade diese Mitarbeiter haben in der Vergangenheit doch schon sehr viel an Einschnitten und Maßnahmen verkraften müssen und arbeiten trotzdem Tag für Tag und leisten tolle Arbeit. Dafür möchte ich mich von dieser Stelle aus bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Post bedanken. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Betriebsrat hat sofort hervorragend agiert und eine Vielzahl an Maßnahmen gesetzt, die er jetzt auch mit der Geschäftsführung verhandeln möchte. Was mich besonders betroffen gemacht hat: Als Ziel des Arbeitskampfes ist hier unter anderem aufgelistet, dass es im Unternehmen eine menschenwürdige Behandlung und einen fairen Umgang mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen geben muss.

Sehr geschätzte Damen und Herren, auch Unternehmer haben eine Obsorgepflicht gegenüber ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, und sie haben eine Informationspflicht gegenüber dem Betriebsrat. Das ist einzuhalten. Die Zeiten der Leibeigenen und der rechtlosen ArbeitnehmerInnen sind vorbei!

Ich bin in diesem Zusammenhang insbesondere auch Herrn Bundesminister Faymann dankbar, dass er per Verordnung die Postamtsschließungen bis Mitte 2009 einmal ausgesetzt hat. *(Präsidentin Mag. **Prammer** gibt das Glockenzeichen.)* Jetzt ist es notwendig, dass sich die Unternehmer mit den Betriebsräten an den Tisch setzen, um entsprechende Maßnahmen zu diskutieren und auszuarbeiten. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. **Strache**: Dass seine Nachfolgerin sie fortsetzt!)*

16.34

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Nun gelangt Herr Abgeordneter Neugebauer zu Wort. Freiwillige Redezeitbeschränkung: 3 Minuten. – Bitte.

16.34

Abgeordneter Fritz Neugebauer (ÖVP): Frau Präsidentin! Herr Minister! Herr Staatssekretär! Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Kollege Cap hat in seiner Rede eine Replik auf den Beitrag des Kollegen Kickl damit einbegleitet, dass er etwas enttäuscht sei vom Redebeitrag, aber vielleicht gebe der Text der Dringlichen Anfrage mehr her.

Ich war einmal auf der Suche. Um beim Thema **Post** zu bleiben, so steht hier im Antrag, den Kollege Klubobmann Strache eingebracht hat: „Auch das Regierungsprogramm zwischen SPÖ und ÖVP für die XXIV. GP enthält keine wirklichen Reformen und in keinsten Weise Maßnahmen, die dazu geeignet sind, die anstehenden Probleme zu lösen.“

Es werden dann die ÖBB, die Post zitiert. *(Demonstrativer Beifall bei der FPÖ. – Abg. **Strache**: Richtig!) – Warten Sie! (Abg. **Strache**: Das ist schon richtig!) Was Sie uns noch alles vorwerfen: Es würden keine Überlegungen angestellt, und Sie können im Papier „keine Problemlösungskompetenz“ erkennen. – So weit, so gut. (Abg. **Strache**:*

Abgeordneter Fritz Neugebauer

Überschrift! Arbeitsgruppe! Wenn ich nicht mehr weiterweiß, gründ' ich einen Arbeitskreis!

Die 68 Fragen beweisen **nicht**, dass Sie sich mit dem Thema wirklich auseinandersetzen; da gebe ich Herrn Minister Faymann recht. Es geht Ihnen offensichtlich um etwas anderes als um die echte Auseinandersetzung, um wichtige staatsnahe Betriebe und vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dort beschäftigt sind.

Sie sind nicht verpflichtet, das Regierungsprogramm zu lesen, aber wenn Sie schon solche Behauptungen aufstellen (*Abg. Strache: Die Frau Thurnher hat es gestern live bestätigt!*), täten Sie gut daran, denn im Kapitel **Post** stehen ganz eindeutige Markierungen drinnen, wie beispielsweise die Schaffung des Postmarktgesetzes, mit eindeutigen Parametern wie der flächendeckenden Versorgung auch des ländlichen Raumes.

Mit der Liberalisierung wird auch die mögliche Gefahr erkannt. Man braucht natürlich bei Markteintritt alternativer Anbieter auch faire Wettbewerbsregelungen. Dazu müssen natürlich auch die Kompetenzen des Postsenats ausgeweitet werden. Dass das Management bisher dem Begehren der Gewerkschaften nach Schaffung eines Branchen-Kollektivvertrages nicht nachgekommen ist, ist bedauerlich. Diese Bundesregierung wird dem ein wenig nachhelfen. Die Vorbereitungen dazu gibt es.

Es hat viel Kritik daran gegeben, dass sich die Gewerkschafter, unsere Kollegen bei der Post beinahe reflexartig gemeldet haben. Es gibt sogar die Einleitung eines Volksbegehrens „Stopp dem Postraub“. Ich gehe eher davon aus, dass die Initialzündung dafür ein Manko in der Kommunikation ist. Das Management kann nicht nur – dazu ist es sogar verpflichtet – bei Aufsichtsratsitzungen die Betriebsvertreter einladen. (*Abg. Strache: Kurz vor Weihnachten 9 000 Kündigungen mitteilen, nicht?*)

Es wäre ihnen aber gut angestanden, die Entwicklung schon frühzeitig mit den Kolleginnen und Kollegen zu diskutieren, denn die flächendeckende Versorgung ist eines, die Aufrechterhaltung der Beschäftigung aber ist etwas anderes. Für diese Intentionen haben sie daher unsere volle Sympathie. (*Beifall bei der ÖVP sowie bei Abgeordneten der SPÖ. – Abg. Strache: Na, da schau her!*)

16.37

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Nun gelangt Herr Abgeordneter Scheibner zu Wort. Freiwillige Redezeitbeschränkung: 3 Minuten. – Bitte.

16.37

Abgeordneter Herbert Scheibner (BZÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Es ist schon merkwürdig, wenn Regierungsvertreter dem Parlament und der Opposition mangelnde Ernsthaftigkeit bei dieser Dringlichen Anfrage vorwerfen. In Wahrheit hätten Sie es in der Hand gehabt! Wenn Sie, Herr Bundesminister Faymann, hier einen Bericht abgegeben hätten, eine Erklärung, dann hätten wir ordentlich Zeit gehabt – nicht wie jetzt in 3 Minuten-Redebeiträgen –, über die notwendigen Fragen im Zusammenhang mit der Privatisierung bei Post und AUA zu diskutieren. (*Beifall bei BZÖ und FPÖ sowie bei Abgeordneten der Grünen.*)

Werfen Sie das also nicht uns vor! Ihnen ist es keine Redezeit hier im Hohen Haus wert. Das ist das Problem!

Es hätte viel zu diskutieren gegeben. Frau Kollegin Csörgits, natürlich ist es richtig, dass wir auch die Postmitarbeiter entsprechend unterstützen müssen. Niemandem ist es recht, wenn er seinen Arbeitsplatz verliert. Das geschieht aber nicht durch merkwürdige Verordnungen, mit denen man Postschließung in einem Zeitraum untersagt, in dem ohnehin keine Schließung vorgesehen gewesen ist, sondern dadurch, dass man die Post, die natürlich monopolverwöhnt ist, gemeinsam – Politik und Management –

Abgeordneter Herbert Scheibner

auf den Wettbewerb vorbereitet, durchaus auch gemeinsam mit den Betriebsräten. **Das** wäre das Gebot der Stunde. Und angeblich hat Minister Faymann schon vor einem halben Jahr von diesen Schließungsplänen gewusst. Das wären interessante Dinge, über die wir diskutieren sollten.

Frau Kollegin Csörgits, ich sage Ihnen: Ja, die Postmitarbeiter sind uns wichtig. Sie sollen ihren Arbeitsplatz möglichst erhalten können. Uns sind aber die vielen zehntausenden Beschäftigten in der Privatwirtschaft genauso wichtig. Über die diskutieren Sie nicht, denn die sind in den Klein- und Mittelbetrieben mit nur einem, zwei oder zehn Mitarbeitern, die gerade jetzt in der Finanzkrise erwarten, dass man sich um sie kümmert. *(Beifall beim BZÖ sowie des Abg. Dr. Fichtenbauer.)*

Sie haben ein 100 Milliarden €-Bankenpaket beschlossen – das ist ja auch heute wieder vom Minister gelobt worden –, ein 100 Milliarden €-Bankenpaket vom Geld der Steuerzahler. Damit werden entsprechende Garantien abgegeben.

Was ist das Ergebnis? – Genau die, die mit ihrem Steuergeld für die Pleiten der Banken, für die Spekulanten haften, müssen sich jetzt anstellen, damit sie Kredite bekommen. Aber sie bekommen sie nicht! Die kleinen und mittleren Unternehmungen bekommen nach wie vor nicht jene Kredite, die sie benötigen würden, um diese nicht von ihnen verschuldeten Probleme entsprechend bewältigen zu können.

Da würde mir eine aktive Regierung gefallen, die sagt, wir geben zwar diese Garantien und diese Haftungen, aber wir sorgen auch dafür, dass dieses Geld weitergegeben wird, dass die Banken ihren Aufgaben für die Häuselbauer, für die kleinen Betriebe, für die Greißlereien nachkommen, um den kleinen Unternehmungen auch wirklich jene Unterstützung zu geben, die wir von ihnen erwarten. Das würden wir gerne mit Ihnen diskutieren, meine Damen und Herren! *(Beifall beim BZÖ sowie bei Abgeordneten der FPÖ.)*

Zur Kaufkraftsteigerung, Herr Minister Faymann. – Ja, wunderbar, auch das ist gut und richtig und wichtig. Nur: Wieso ist das nicht schon passiert? Erinnern Sie sich: Wir haben vor der Wahl hier über Direktzahlungen an die Bevölkerung, über Heizkostenzuschüsse diskutiert. Und das ist ja auch in Ihrem Bereich gelegen, etwa dass in Wien die Energiebetriebe die Gas- und Strompreise massiv erhöht haben. Das wäre interessant – und nicht 2 Milliarden € an Steuersenkung, sondern 4 bis 6 Milliarden €, wie das die Wirtschaftsforscher auch verlangt haben.

Das ist das, was wir von einer aktiven Regierung verlangen. **Nichts** von dem ist passiert! *(Präsidentin Mag. Prammer gibt das Glockenzeichen.)* Aber Sie werden mit einer aktiven Opposition zu rechnen haben, der es nicht um die Machtaufteilung in Österreich geht, sondern einzig und allein um die Anliegen der Österreicherinnen und Österreicher! *(Beifall beim BZÖ sowie des Abg. Dr. Graf.)*

16.41

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Nun gelangt Herr Abgeordneter Mag. Kogler zu Wort. 3 Minuten Redezeit. – Bitte.

16.41

Abgeordneter Mag. Werner Kogler (Grüne): Frau Präsidentin! Herr Bundesminister! Wenn Sie schon am Wochenende während der sogenannten Verhandlungen Zeit finden, Briefchen auszutauschen, zehn Fragen zu stellen – von der anderen Seite –, und diese auch beantworten können, dann wird es wohl nicht zu viel verlangt sein, dass Sie auch die hier gestellten Fragen ausreichend beantworten, nämlich dann, wenn es um das Wechselspiel zwischen Parlament und Regierung geht. *(Beifall bei den Grünen sowie bei Abgeordneten von FPÖ und BZÖ.)* – Aber sei es drum.

Abgeordneter Mag. Werner Kogler

Sie haben die Einladung nicht angenommen, die Erklärung verweigert. Wir werden das Thema nächste Woche wieder aufgreifen. Und ich werde jetzt einen Punkt herausgreifen und vorgehen. In Sachen Steuersenkung und Steuerreform passiert genau das, was sich wie ein roter Faden durchzieht: Den Schutz genießen die Besserverdienenden und eher „die oben“ (*Abg. Dr. Fekter: Nein, die Steuerzahler müssen ...!*), genauso wie beim Bankenrettungspaket. Diejenigen, die schon so wenig verdienen – das sind mittlerweile in Österreich über 2 Millionen Menschen –, bekommen überhaupt nichts von dieser Entlastung, obwohl sie definitionsgemäß am wenigsten verdienen.

Das ist aus zwei Gründen völlig falsch: Erstens ist es eine Vergrößerung der Gerechtigkeitlücke. Zweitens: Wenn Sie jetzt schon dauernd von Beschäftigungs- und Konjunkturpolitik sprechen, dann ist es, so meine ich, dort die größte Sünde, weil genau diese Einkommensgruppen diese Entlastung sofort wieder in den privaten Konsum stecken würden (*Zwischenruf der Abg. Dr. Fekter*), weil sie es wirklich brauchen, weil sie es, Frau Kollegin Fekter, auch wenn Sie es nicht begreifen wollen, ja auch wirklich brauchen! (*Beifall bei den Grünen. – Abg. Dr. Fekter: Den Mittelstand sollen wir noch mehr belasten?*)

Schlagen Sie nach in den Publikationen und in den entsprechenden Aussendungen des Wirtschaftsforschungsinstituts! Das ist Ihnen vielleicht nicht so unvertraut. Das ist ja das Problem, dass Sie nämlich die wirkliche Krise, die jetzt auf das Land und auch global hereinbricht, gar nicht richtig erkennen und begreifen. Zu wenig gelernt oder nichts gelernt! (*Abg. Dr. Fekter: ... muss man Steuern zahlen!*)

Wenn Sie jetzt nichts unternehmen, dann wird genau das eintreten, dass sich nämlich die meisten Leute, die es wirklich bräuchten, ungeschützt vorkommen, während Sie „Schutzschirme“ – die heißen sogar so – für Banken beschließen, die folgendermaßen ausschauen: Wenn Sie, Herr Dr. Cap, schon die EU im Zusammenhang mit dem Bankenpaket bemühen, dann sollten Sie vielleicht dazusagen, dass es genau die EU ist, die ein sehr kritisches Auge auf Österreich hat, weil wir gerade wieder dabei ertappt werden beziehungsweise vielmehr Sie, dass Sie in einem unlauteren Wettbewerb nach unten besonders günstige Konditionen für unsere Banken, aber **zum Schaden** unserer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler herausschinden! (*Beifall bei den Grünen sowie bei Abgeordneten von FPÖ und BZÖ. – Abg. Strache: Das ist richtig! Versprechen nicht eingehalten!*)

Sie haben unser Vertrauen missbraucht, als wir hier in diesem Bereich zugestimmt haben. Deshalb werden wir jetzt nachschärfen – schon in den nächsten Sitzungen! Wir werden dann eben schauen, ob der Rechnungshof dazu kommt, das zu prüfen. Wir werden dann eben schauen, ob es so etwas gibt wie ein Verbot, dass Banken, die Milliarden an öffentlicher Kapitalaufstockung genießen, mit diesem Geld auf Einkaufstour gehen, wie vielleicht der Raiffeisenkonzern, der heute 2 Milliarden € an Kapitalaufstockung beschließt, diese vielleicht auch bekommt und dann öffentliche Unternehmen kaufen geht, so wie den ORF. (*Beifall bei den Grünen sowie bei Abgeordneten von FPÖ und BZÖ. – Abg. Strache: Spekulieren in Ostgeschäften!*)

So weit kann es nicht kommen, da können Sie Gift darauf nehmen! Herr Vizekanzler inspe, auch wenn Sie vielleicht zu nahe an Raiffeisen dran sind (*Präsidentin Mag. Prammer gibt das Glockenzeichen*), wir werden darauf schauen, dass Sie der Republik dienen und nicht Ihrem Raiffeisenkonzern! (*Beifall bei den Grünen sowie bei Abgeordneten von FPÖ und BZÖ.*)

16.44

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Dr. Fichtenbauer. 3 Minuten Redezeit. – Bitte.

Abgeordneter Dr. Peter Fichtenbauer

16.45

Abgeordneter Dr. Peter Fichtenbauer (FPÖ): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Dame haben wir keine auf der Regierungsbank! Hohes Haus! Ich bringe als Erstes folgenden Entschließungsantrag der Freiheitlichen Partei ein:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Fichtenbauer und weiterer Abgeordneter betreffend Gehaltsbeschränkungen für Manager staatsnaher Betriebe und Manager, deren Banken die Unterstützung des Bundes in Anspruch nehmen

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie und Bundesminister für Finanzen werden aufgefordert, das Erforderliche zu veranlassen, damit die Gehälter der Manager von staatsnahen Betrieben (wie z.B. ÖBB, ASFINAG) und der Manager jener Banken und Versicherungen, die die staatliche Hilfen in Anspruch nehmen, mit der Höhe des Gehaltes des Bundeskanzlers gemäß dem Bezügesetz gedeckelt werden.“

*(Beifall bei der FPÖ. – Abg. **Strache**: Das ist gut!)*

Herr Minister Faymann, meine Damen und Herren der kommenden neuen Koalition, ich weiß nicht, in welcher realen Welt Sie sich vorstellen sich zu befinden. Sie schelten die Opposition, weil sie Opposition ist, Sie erwarten, dass die Opposition Loblieder anstimmt. *(Abg. **Strache**: Da ist was weitergegangen! – Zwischenruf der Abg. Dr. **Fekter**.)* Aber es wäre doch schön, wenn Ursachen für Loblieder vorhanden wären. Das ist nicht vorhanden – ganz im Gegenteil! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ist es nicht so, dass etwas immer wieder beschworen wird, nämlich Stabilität, Faktenorientiertheit – und welche Vokabeln da noch alle hineinpassen? Und ausgerechnet in einer Zeit, in der es keine Koalition, keine Koalitionsabsprachen gegeben hat, hat dieses Haus binnen einer Woche ein komplexes Bankenpaket verhandelt und beschlossen. Das heißt, es bedarf nicht des sogenannten Stabilitätsprogramms einer neu aufgelegten Regierung der Minderheiten in diesem Land, um staatstragend effektiv zu werden. Die Frage ist nur, ob wir eine in die Zukunft gerichtete Perspektive erkennen können, dass das von den höchsten Organen geschenkte Vertrauen in die zuständigen Minister missbraucht oder gerechtfertigt wird.

Es darf nicht sein, dass im Schutzschild des Bankenpakets dennoch die bedürftigen Klein- und Mittelbetriebe, die Häuselbauer und auch die Leute, die einen Fremdwährungskredit genommen haben, quasi in das Würgeisen genommen werden, ihnen notwendige Kredite nicht gegeben werden und die tatsächlich steuertragende Klasse des Landes erneut von Austrocknung bedroht ist. Denn das sind diejenigen, die die Steuerleistungen erbringen, und nicht die Manager, die Sie je nach Farbenlehre austauschen. – Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

16.48

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Der soeben eingebrachte Entschließungsantrag ist ordnungsgemäß unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:

Präsidentin Mag. Barbara Prammer

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Dr. Fichtenbauer und weiterer Abgeordneter betreffend Gehaltsbeschränkungen für Manager staatsnaher Betriebe und Manager, deren Banken die Unterstützung des Bundes in Anspruch nehmen

eingebraucht im Zuge der Debatte zur Dringlichen Anfrage des Abg. KO Strache und weiterer Abg. an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend die Aufrechterhaltung der Infrastruktur in Österreich und in die Krise der staatsnahen Unternehmen vor dem Hintergrund eines untauglichen Regierungsprogramms für die XXIV. Gesetzgebungsperiode, in der 4. Sitzung des Nationalrates am 25. November 2008, XXIV.GP.

Durch die Wirtschaftskrise und der von alten und neuen SPÖ-ÖVP Koalitionsregierung auferlegten massiven Belastungen der Bürger ist es dringend geboten, auch einen umfassenden Abbau der Managerprivilegien im staatsnahen Bereich einzuleiten. Den Österreichern fehlt nämlich im zunehmenden Maße jedes Verständnis für die üppigen, sachlich nicht gerechtfertigten Begünstigungen der Manager.

Im Bankenbereich musste von der Bundesregierung durch die Bereitstellung öffentlicher Geldmittel ein Hilfspaket geschnürt werden, um die Stabilität des Geld- und Kreditmarktes zu sichern. Es darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, dass u.a. die Manager gefährdeter Bankinstitute für die hochspekulativen Geschäfte verantwortlich zeichnen und daher diese Führungskräfte in Hinkunft größere Sorgfalt bei der Veranlagung der ihnen anvertrauten Gelder walten lassen müssen.

Jene Spitzenmanager, die übermäßig riskant mit dem Geld der Sparer oder Steuerzahler spekulieren, sollten im Falle von Verlusten persönlich haftbar gemacht werden. Denn das von den Menschen hart erarbeitete Geld darf unter keinen Umständen leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. So haben doch gerade sie durch die Spekulations(schein)gewinne, teilweise horrenden Bonuszahlungen erhalten.

Das äußerst wichtige Maßnahmenpaket, welches die Stabilität des Geld- und Kreditmarktes sichern und durch Bereitstellung öffentlicher Geldmittel im Einzelfall bei gefährdeten Instituten existenzsichernd wirken soll, bedarf eben auch der Inanspruchnahme der gesetzlichen Möglichkeiten des Bundesministers für Finanzen in bezug auf die Festlegung der Vergütung von Vorständen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, das Erforderliche zu veranlassen, damit die Gehälter der Manager von staatsnahen Betrieben (wie z.B. der ÖBB, ASFINAG) und der Manager jener Banken und Versicherungen, die die staatlichen Hilfen in Anspruch nehmen, mit der Höhe des Gehaltes des Bundeskanzlers gemäß dem Bundesbezügegesetz gedeckelt werden.“

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Katzian. 3 Minuten Redezeit. – Bitte.

Abgeordneter Wolfgang Katzian

16.48

Abgeordneter Wolfgang Katzian (SPÖ): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich eigentlich auf eine Debatte zum Thema „Infrastruktur und staatsnahe Betriebe“ vorbereitet. So war zu dieser Sondersitzung heute eingeladen worden. Ich nehme an, das ist auch der Grund dafür, dass eine ganze Reihe von Betriebsrätinnen und Betriebsräten der Austrian Airlines heute hierher zu uns gekommen sind und sich diese Debatte vor Ort ansehen.

Liebe Freunde von der AUA, ich möchte euch sagen, ich hoffe – und ich glaube, ihr habt euch die Debatte gut angesehen –, ihr habt auch mitbekommen, wer hier eine politische Show abzieht und wem es tatsächlich darum geht, etwas für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Austrian Airlines zu tun. *(Beifall bei der SPÖ sowie der Abg. Dr. Fekter. – Ironische Heiterkeit und Zwischenrufe bei der FPÖ. – Abg. Strache: Danke für die Wahlwerbung! – Zwischenruf des Abg. Kickl. – Abg. Neubauer: Selten so „abgeflogen“!)*

Herr Kickl und andere, die sich da jetzt so mit Schaum vor dem Mund ein bisschen ärgern! Ihnen möchte ich schon sagen: Das, was Sie hier abziehen und was Sie hier heute von sich gegeben haben, zeigt, dass Sie schon ganz schön Angst vor der Performance haben, die in den letzten Tagen gezeigt wurde. *(Abg. Strache: Sie sind ein Sinnbild dieser „neuen Performance“! – Zwischenruf des Abg. Dr. Haimbuchner.)*

Wenn Sie ausschließlich um sich schlagen, keine konkreten Vorschläge machen, nichts dazu beitragen, was den Menschen in diesen staatsnahen Betrieben hilft, und hier eine Politshow abziehen, die ihresgleichen sucht, wenn nicht nur nichts weitergebracht wird, sondern Sie sich durch die Art selbst diskreditieren, dann stellen Sie sich selbst ins Eck. *(Abg. Dr. Haimbuchner: Was? Was tun Sie? Was?)*

Lieber Herr Kickl, das lernt man im Kurs Rhetorik I: Wenn einer so um sich schlägt wie Sie, dann muss er schon ganz schön viel Angst haben vor den Dingen, die da offensichtlich auf einen zukommen.

Nehmen Sie Folgendes zur Kenntnis: Wir sind dabei, alles zu tun und alles zu unternehmen, um die Kolleginnen und Kollegen der Austrian Airlines zu unterstützen. Was wir konkret brauchen, das sind Maßnahmen, die jetzt stattfinden, nämlich Gespräche und Verhandlungen zwischen dem Management und dem Betriebsrat.

Die Betriebsrätinnen und Betriebsräte, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wissen bis heute nicht, wie es im Detail weitergeht. Es geht jetzt darum, auch über die Kultur innerhalb der ÖIAG zu sprechen. Es kann nicht sein, dass in der ÖIAG in Wirklichkeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, mit der Belegschaftsvertretung nicht gesprochen wird und dass man sich jedes Mal einen Gesprächstermin erst mit Streikandrohung verschaffen muss.

Es geht darum, in einer konkreten und ordentlichen Art und Weise den Umgang mit der Belegschaft zu pflegen. Und es geht darum, auf Augenhöhe mit den Betriebsrätinnen und Betriebsräten Konzepte für die Zukunft zu erarbeiten. Das ist es, was im Mittelpunkt steht. Das ist es, was wir unterstützen wollen, und das ist es auch, was in der ÖIAG in der nächsten Zeit geändert werden muss. Denn so, wie es bisher gemacht wurde, kann es aus meiner Sicht nicht weitergehen. *(Beifall bei der SPÖ. – Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

16.51

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Dr. Mitterlehner. 3 Minuten Redezeit. – Bitte.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner

16.51

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner (ÖVP): Frau Präsidentin! Geschätzte Mitglieder der Bundesregierung! Meine sehr geehrten Damen und Herren! (Abg. **Strache**: *Endlich stellt sich ein Minister! Bravo!*) Es ist natürlich nicht zu erwarten, dass von der Opposition heute Loblieder gesungen werden – wie Kollege Fichtenbauer richtig angemerkt hat. Aber eigentlich hätte ich mir erwartet, dass die Opposition alternative Verbesserungsvorschläge vorlegt. Das hat mir gefehlt. (Abg. **Strache**: *Haben Sie nicht zugehört?* – Abg. **Weinzinger**: *Drei Anträge!*)

Sie qualifizieren immer, Herr Strache. Sie machen Bewertungen ohne Fakten und ohne Argumente. Und das ist an sich nicht wirklich schlüssig. (Beifall bei Abgeordneten der ÖVP.)

Was sich meines Erachtens eindeutig herausgestellt hat und auch angesprochen worden ist ... (Abg. **Strache**: *Es klatscht nicht einmal die eigene Fraktion!*) – Na ja, bei Ihnen war es auch sehr zaghaft, muss ich sagen, was den Applaus anbelangt. Das war eine müde Geschichte. (Abg. **Strache**: *Bei mir hat die Fraktion schon geklatscht! Bei Ihnen nicht!*)

Was den Produktionsbereich anbelangt hat, so glaube ich, war eindeutig die Beweisführung in den letzten Jahren da, dass es richtig war zu privatisieren. Es ist schon angesprochen worden, was mit der Schuldenrückzahlung bei der ÖIAG passiert ist. Das war sehr erfolgreich.

Was nicht erwähnt worden ist und was auch sehr wichtig war, ist, dass sich ein Kapitalmarkt erst mit der Privatisierung der früheren Verstaatlichten entwickelt hat. Davon haben sehr viele Klein- und Mittelbetriebe profitiert. Damit war eine Wirtschaftsentwicklung in Österreich in guten Strukturen möglich. Ich würde sagen, ein gelungener Weg. Das betraf die Produktionsbetriebe.

Der zweite Bereich ist die Daseinsvorsorge. In diesem Bereich ist es wichtig, die Erfüllungsgarantie richtig zu machen. Denn die Frage, ob ich privat oder mit öffentlichem Eigentum agiere, ist eigentlich nicht wirklich entscheidend, würde ich sagen, sondern den Bürger interessiert, wie beispielsweise im Postbereich die Leistung in der kleinsten Gemeinde geregelt ist. (Abg. **Strache**: *Was hat der Bürger davon! Das ist richtig!*) Da sind wir uns, glaube ich, einig.

Wenn wir das jetzt in der Form umsetzen und fragen, wie die Leistung geregelt ist, so ist Folgendes festzustellen: Wenn man bei der Post ab 2011 kein Monopol mehr hat, dann wird man den Betrieb wahrscheinlich nicht mit beamteten Mitarbeitern führen können. Dann wird man nicht kostengünstig agieren können. Daher ist es richtig, hier Problemlösungen zu suchen. Und ich sehe eine Problemlösung beispielsweise in den Postpartnern. Das ist ein Franchise-System, das funktioniert. Wir haben jetzt schon 200 Betriebe; die Hälfte sind Kleinbetriebe, die das durchführen.

Und wissen Sie: Das soziale Zentrum in einer Gemeinde ist schon längst nicht mehr in der Post, sondern in der Trafik, im kleinen Reisebüro – wo auch immer. Ich glaube, das ist eine gelungene Vorgangsweise, die auch noch weiter fortgesetzt werden soll. Das heißt, da braucht es noch eine weitere Rahmenbedingung: Das ist die Post-Universaldienstverordnung.

Noch etwas: Wir sollten auch den anderen Betrieben einen freien Marktzugang ermöglichen. Es ist ja in Zukunft nicht gesagt, dass nicht jemand anderer die Leistung besser erbringen kann. Es gibt jetzt schon viele Betriebe, die sich dafür vorbereiten. Daher: durchaus Wettbewerb! Das wird dem Bürger zugute kommen, das wird dem Steuerzahler zugute kommen. Es geht um die richtigen Rahmenbedingungen.

Abgeordneter Dr. Reinhold Mitterlehner

Das gilt auch für Cross-Border-Geschichten, die Sie angesprochen haben. Das soll nicht einfach verboten werden, sondern man muss auf der anderen Seite auch da wissen, dass es ein Risiko gibt. (*Präsidentin Mag. **Prammer** gibt das Glockenzeichen.*) – Ich komme schon zu meinem Schlusssatz.

Ich glaube, wir haben überall im Bereich der öffentlichen Hand die richtigen Rahmenbedingungen. Es liegt am Management, gemeinsam mit den Mitarbeitern die Rahmenbedingungen zu nützen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

16.54

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Nun gelangt Herr Abgeordneter Hagen zu Wort. 3 Minuten Redezeit. – Bitte.

16.54

Abgeordneter Christoph Hagen (BZÖ): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung! Sehr geehrtes Hohes Haus! Herr Kollege Mitterlehner hat soeben einen Satz gesagt, wozu man nur anmerken kann: Einsicht ist der erste Weg zur Besserung. – Er hat gemeint: Soweit er es sagen kann, muss die nächste Bundesregierung das mit der ÖIAG besser machen. Das heißt, der Herr Bundeskanzler in spe hat hier versagt. – Worte eines Koalitionspartners. Hervorragend! (*Beifall beim BZÖ.*)

Meine Damen und Herren, es ist schon traurig, dass hier die Opposition zu solchen Mitteln greifen muss, nämlich eine Sondersitzung einzuberufen, um für die Regierung die Arbeit vorzubereiten, die eigentlich sie machen hätte sollen. (*Ruf beim BZÖ: Furchtbar!*)

Ich glaube, so sollte es nicht weitergehen. Kollege Cap hat vorhin angeschnitten, dass die Kollegen von der Opposition hier nicht gemeinsame Sache machen beziehungsweise beim Klatschen etwas nachlassen. Ich glaube, Ihre neue Koalition streitet auch schon wieder. Ich habe hier kaum Applaus von der ÖVP gesehen, wenn ein SPÖ-Abgeordneter gesprochen hat, oder umgekehrt. (*Beifall beim BZÖ. – Abg. Dr. **Haimbuchner**: Das ist aber nichts Neues!*)

Man kann alles in allem sagen: Überall, wo diese Bundesregierung die Finger im Spiel gehabt hat – man sieht das bei ÖIAG, Post, AUA, Telekom, egal, wo –, überall sind Panik und Chaos, überall gibt es Probleme, die nicht mehr oder kaum mehr zu bewältigen sind.

Ich glaube, diese Regierung hat vor lauter Streiten vergessen, Taten zu setzen, und war mit dem Streit so beschäftigt, dass sie auch die Postliberalisierung für das Jahr 2011 total übersehen hat.

Faktum ist, dass Tausende von Arbeitskräften auf der Strecke geblieben sind: rund 9 000 Jobs bei der Post, 2 500 bei der Telekom. Bei der AUA sind 5 000 Arbeitsplätze massiv bedroht. Die Auswirkungen sind auch klar: Wenn heute ein Postbediensteter auf die Bank geht und einen Kredit fürs Häuselbauen haben will, bekommt er diesen nicht, weil man sagt, man weiß nicht, ob er auch noch in Zukunft einen Arbeitsplatz haben wird. – Und das sind Fakten.

Meine Damen und Herren, ich möchte – bevor die Redezeit vorüber ist – noch schnell folgenden Antrag einbringen:

Abgeordneter Christoph Hagen

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Bucher, Hagen, Grosz, Ursula Haubner, Kollegin und Kollegen betreffend qualitativ hochwertige flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie, wird ersucht, ehestmöglich insbesondere durch eine Änderung der Bestimmungen der Post-Universaldienstverordnung, und eine sachgerechte Regelung für den liberalisierten Postmarkt eine qualitativ hochwertige flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen im Interesse der Bevölkerung und der Wirtschaft weiterhin zu gewährleisten und dadurch beizutragen, dass die Arbeitsplätze im Postbereich nicht gefährdet werden.“

(Beifall beim BZÖ.)

Meine Damen und Herren, eine interessante Sache muss ich Ihnen auch noch mitteilen. Der Herr Postgewerkschafter Fritz von der FSG ist ja schwer auf die Barrikaden gestiegen, weil die ÖIAG bei der Post Arbeitsplätze einsparen möchte. Wenn man jetzt sieht, dass dieser Herr auch im ÖIAG-Aufsichtsrat sitzt, dann ist das sehr hinterfragenswert. *(Beifall beim BZÖ. – Abg. **Schopf**: ... BZÖ Betriebsräte ...! Bravo!)*
16.58

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Der soeben eingebrachte Entschließungsantrag ist ausreichend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Bucher, Hagen, Grosz, Ursula Haubner, Kollegin und Kollegen betreffend qualitativ hochwertige flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen

eingebracht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage betreffend die Aufrechterhaltung der Infrastruktur in Österreich und die Krise der staatsnahen Unternehmen vor dem Hintergrund eines untauglichen Regierungsprogramms für die XXIV. Gesetzgebungsperiode.

Die Androhung neuerlicher Schließungen von Postämtern hat die Bevölkerung massiv verunsichert, da drastische Verschlechterungen im Bereich der öffentlichen Infrastruktur und Nahversorgung und Arbeitsplatzverluste befürchtet werden. Vor allem für weniger mobile, ältere Menschen können Postämterschließungen negative Auswirkungen auf die Lebensqualität zur Folge haben.

Seit Monaten sind der SPÖ/ÖVP-Bundesregierung die Pläne des Vorstandes der Post AG bekannt, auf die bevorstehende Liberalisierung des Postmarktes durch massive Postamtsschließungen und eine deutliche Personalreduktion reagieren zu wollen. Doch der zuständige Infrastrukturminister Faymann hat in seiner fast zweijährigen Amtszeit nicht nur verabsäumt, einen geordneten Übergang zum liberalisierten Postmarkt mit einem sinnvollen Nebeneinander von Post AG und privaten Anbietern sicherzustellen, sondern der Post AG auch keine klare Vorgaben zur Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit Postdienstleistungen gemacht. Nun führten die öffentlich gewordenen Ankündigungen der Post

Präsidentin Mag. Barbara Prammer

AG, rund 9.000 Mitarbeiter abzubauen und 1000 Postämter schließen zu wollen, zu einem allgemeinen Aufschrei.

Anfangs erklärte sich Bundesminister Faymann für das Thema Postamtsschließungen nicht zuständig, obwohl mit dem geplanten Kahlschlag die Versorgung der Postdienstleistungen im ländlichen Raum auf dem Spiel steht. Zuerst betonte „Postminister“ Faymann, dass die ÖIAG und das Postmanagement dafür zuständig seien. Erst als es massive Proteste der Länder, Gemeinden, der Wirtschaft und der Bevölkerung gab wurde Faymann endlich tätig. Der SPÖ-Minister verordnete einen sechsmonatigen Schließungsstopp für Postämter. Klare Vorgaben will Minister Faymann aber erst erarbeiten lassen. Noch liegen keine offiziellen Listen vor, welche Postämterschließungen tatsächlich vorgenommen werden sollen und wie viele Stellen abgebaut werden. Faymann kann daher nicht garantieren, dass es zu keiner weiteren Schließung von Postämtern kommt. Auch für die betroffenen Postmitarbeiter kann er den Arbeitsplatz nicht sichern.

Aufgrund der von der EU seit 2007 geplanten Postmarktliberalisierung für 2011 hätte Faymann schon längst aktiv werden müssen, um eine Änderung des Postgesetzes und der Post-Universaldienstverordnung herbeizuführen. Doch nicht nur für die betroffenen Postmitarbeiter, sondern auch im Interesse der Bevölkerung hätte Infrastrukturminister Faymann tätig werden müssen. Denn eine Ausdünnung des ländlichen Raumes darf nicht stattfinden. Kleine Orte und entlegene Gemeinden in unserem Land dürfen nicht auf der Strecke bleiben. Es ist nicht nachvollziehbar, dass 1.000 Postfilialen geschlossen werden müssen, weil davon nur angeblich 300 Postämter kostendeckend geführt werden können.

Faymann hat mit diesem chaotischen Handeln gezeigt, dass er nicht nur im Postbereich, sondern auch im Telekom- und Luftfahrtbereich, der jetzt noch in seinem Aufgabenbereich liegt, gänzlich überfordert ist.

Im Postbereich müssen daher klare Vorgaben für Postdienstleistungen festgelegt werden. Auch im Luftfahrt- und Telekombereich ist eine nachhaltige Gestaltung im Interesse der betroffenen Mitarbeiter notwendig.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie, wird ersucht, ehestmöglich insbesondere durch eine Änderung der Bestimmungen der Post-Universaldienstverordnung und eine sachgerechte Regelung für den liberalisierten Postmarkt eine qualitativ hochwertige flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen im Interesse der Bevölkerung und der Wirtschaft weiterhin zu gewährleisten und dadurch dazu beizutragen, dass die Arbeitsplätze im Postbereich nicht gefährdet werden.“

Präsidentin Mag. Barbara Prammer: Nächste Rednerin: Frau Abgeordnete Dr. Moser. 3 Minuten Redezeit. – Bitte.

16.58

Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne): Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, hier im Nationalrat und zu Hause vor den Fernsehschirmen! Herr Minister

Abgeordnete Dr. Gabriela Moser

Faymann, leider muss ich feststellen: Sie richten es den Großen und lassen das auf Kosten der Kleinen zu.

Das ist so bei der Steuerreform, das ist so beim Bankenpaket, das ist so beim Konjunkturpaket. Sie haben heute darauf hingewiesen: 900 Millionen € sollen in den nächsten Jahren investiert werden. – Aber mein Problem ist: Die Arbeitsplatzintensität beim Tunnelbau, beim Asphaltieren von Autobahnen ist beileibe viel, viel geringer als bei dem, von dem die Leute wirklich einen Nutzen haben, nämlich bei der Wärmedämmung, Gebäudesanierung et cetera.

Herr Minister, Sie richten es den Großen auf Kosten der Kleinen im Bankenbereich. Wir haben gehört, die Häuselbauerkredite werden schlagend für zig Familien, für Tausende von Menschen. Und was für die Banken quasi als Schirm bereitgestellt wird, das muss unbedingt auch den kleinen Kreditnehmern zur Verfügung gestellt werden. *(Beifall bei den Grünen.)*

Herr Minister, die staatsnahen Betriebe haben alle einen Regierungskommissär, einen Verantwortlichen auch aus dem Bundesministerium für Verkehr, aus Ihrem Ministerium. Und Sie schauten zu und die schauten zu *(Zwischenruf des Abg. Dr. Pirkhuber)*, wie einerseits immer mehr Dividenden von Seiten der Post in die Kassen des Finanzministeriums gingen und andererseits vor Ort eingespart wird, eingespart wird und eingespart wird!

Ich gebe Ihnen heute die Liste dieser Einsparungen. Sie ist so lang, dass ich eine ganze Rolle brauche, nämlich die seit dem Jahr 2000 eingesparten Postämter. Herr Minister, bitte! *(Die Rednerin überreicht Bundesminister Faymann eine Rolle, auf der die betreffenden Postämter aufgelistet sind, und beginnt, diese auszurollen. – Heiterkeit und Beifall bei den Grünen. – Staatssekretär Dr. Matznetter: Das ist ein bisschen eine große Schrift, Frau Kollegin! Wenn Sie das normal gedruckt hätten, wäre es auf zwei Blatt gegangen! – Abg. Strache: Bei uns in der Dringlichen ist das alles angeführt! Alle aufge zählt!)*

Das reicht, glaube ich, bis weit über die Sitzplätze der MitarbeiterInnen des Stenographischen Protokolls hinaus. Ich erspare mir das Ausrollen. Sie können es zu Hause probieren.

Herr Minister Faymann, Sie haben davon gewusst. Nur: Diese Liste der Postämter trägt sozusagen symbolisch drei Farben: Schwarz – immer war die ÖVP mit beteiligt – und die Farben Blau und Orange. Es waren blaue und orange Verkehrsminister, die die jetzige Universaldienstverordnung verantworten mussten. Sie, Herr Verkehrsminister, haben diese Universaldienstverordnung nicht geändert, deswegen trägt diese Liste auch die Farbe Rot. *(Präsident Dr. Spindelegger übernimmt den Vorsitz.)*

Herr Minister Faymann, Sie haben gewusst, dass da wirklich Gefahr droht. Sie haben heute gesagt: Ja, wir machen etwas in der ersten Jahreshälfte 2009! Bitte, bis dahin sind wieder weitere 25 Postämter geschlossen.

Herr Minister, probieren Sie selbst einmal, eine Briefmarke zu kaufen! Sie bekommen sie nicht in der Trafik, sondern müssen in ein Postamt gehen. Und probieren Sie das einmal in Bregenz! In Bregenz, einer Landeshauptstadt, gibt es, Herr Minister, zwei Postämter. Dorthin müssen Sie gehen, um Briefmarken zu kaufen, denn woanders gibt es sie nicht; vielleicht eventuell in einem Touristenshop, aber normalerweise ist das ja nicht üblich. Also das gibt es gar nicht mehr regulär.

Das Problem ist vor allem Folgendes: Die Ersatzstellen Postservice oder Postpartner decken höchstens zu 46 Prozent die ursprünglichen Postämter ab. Da gibt es eine Studie – Herr Landwirtschaftsminister Pröll hat sie in Auftrag gegeben; die müssen Sie sich einmal anschauen! –, wo laut einer Erhebung des Instituts für Bergbauern nach-

Abgeordnete Dr. Gabriela Moser

gewiesen wird, dass der ländliche Raum, was Postservicелеistungen betrifft, systematisch ausgedünnt worden ist.

Es gibt keinen Ersatz für Postämter in 46 Prozent der Fälle, zum Beispiel in Oberösterreich. In Niederösterreich ist die Ersatzrate ein bisschen höher, aber in Oberösterreich sind wir von dieser flächendeckenden Kahlschlagpolitik auf Landesebene wirklich massiv betroffen.

Zum Schluss das Beispiel, wie Sie es für die Großen richten: Was bekommt ein Postmanager in Kärnten auf mittlerer Managementebene? – Er bekommt 9 000 € brutto 14 Mal im Jahr, 34 000 € Zielerreichungsprämie pro Jahr, Dienstauto Klasse Audi A6.

Das ist es, was Sie mit verantworten, Herr Minister Faymann! Wir müssen Politik für die kleinen Leute, die davon betroffen sind, machen. *(Beifall bei den Grünen.)*

17.02

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Ing. Hofer. Freiwillige Redezeitbeschränkung: 5 Minuten. – Bitte.

17.02

Abgeordneter Ing. Norbert Hofer (FPÖ): Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich frage mich aber auch: Was hat Herr Landesrat Anschober in Oberösterreich gegen die Postamtsschließungen in Oberösterreich getan? – Wahrscheinlich auch nicht allzu viel, meine Damen und Herren von den Grünen!

Gleich vorweg, weil die Mitarbeiter der AUA angesprochen worden sind: Ich frage mich, wie sich Herr Katzian fühlt – wo ist er? nicht hier! –, wenn er sich hier herstellt und sagt, die SPÖ sei es, die hinter den Mitarbeitern der AUA steht und diese unterstützt.

Meine Damen und Herren, meines Wissens ist es so, dass die SPÖ nicht unwesentlichen Einfluss auf die ÖIAG hat – gemeinsam mit der ÖVP – und es daher durchaus in der Hand hätte, diesen recht eigenartigen Verkauf beziehungsweise dieses recht eigenartige Verkaufsverfahren zu stoppen. Aber sie tut es nicht, meine Damen und Herren von der SPÖ. Deswegen sage ich: An den Taten müssen wir Sie messen, Herr Kollege Katzian!

Wir sind auch für eine Privatisierung der Austrian Airlines. Sehr wohl! Aber wir sind dafür, dass die öffentliche Hand eine Sperrminorität an diesem Unternehmen hält, und zwar deswegen, weil es im Interesse der Republik Österreich und des österreichischen Steuerzahlers ist, dass dieses Paradeunternehmen die Interessen der heimischen Wirtschaft in den Vordergrund stellt. Daher tut es mir ganz besonders leid, dass jetzt der Eindruck entsteht, die AUA wäre eigentlich eine Schande für Österreich und nicht mehr das Paradeunternehmen, auf das wir alle gemeinsam so stolz waren. Wenn wir aus dem Urlaub heimgefliegen sind, haben wir uns gefreut, wenn wir in ein Flugzeug der AUA eingestiegen sind und dort begrüßt worden sind. Das war ein Stück Heimat. Das ist immer noch ein Stück Heimat, meine Damen und Herren, und deswegen ist es wichtig, die AUA unter den jetzigen Rahmenbedingungen nicht zu verkaufen.

Es kann doch bitte nicht sein, dass wir bei einem Verkaufsverfahren noch 500 Millionen € sozusagen als Morgengabe drauflegen. Und jetzt heißt es immer: Um Gottes willen, die AUA hat eine Milliarde € Schulden!

Herr Bundesminister Faymann, Sie werden es wissen: Im Jahr 2001 waren die Schulden der Austrian Airlines noch wesentlich höher, und zwar betrug sie damals 2 Milliarden €. Das heißt, dieses Unternehmen hat in sieben Jahren die Hälfte seiner Schulden abgebaut. Dieses Unternehmen hat aufgrund seiner hervorragenden Mitarbeiter „9/11“ im Gegensatz zur Swissair überstanden. Das heißt, dieses Unter-

Abgeordneter Ing. Norbert Hofer

nehmen ist gesund! Es besteht daher gar kein Anlass für einen Notverkauf. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wenn uns Dr. Gugerbauer, der vielen hier im Haus noch in Erinnerung sein wird, sagt, dass eine Schuldenabdeckung europarechtlich nicht möglich sei, es aber möglich sei, eine Kapitalaufstockung vorzunehmen, dann schlage ich vor: Ja, dann machen wir eine Kapitalaufstockung bei der AUA, aber verkaufen wir das Unternehmen zum jetzigen Zeitpunkt **nicht**, sondern sorgen wir dafür, dass die AUA – in ruhigeres Fahrwasser kann man hier schwer sagen – sozusagen in ruhigere Luft kommt, damit wir einen ordentlichen Verkaufserlös erzielen können! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Was sind die Maßnahmen, die wir setzen müssen, um die AUA sozusagen in ruhigere Luft zu bekommen? Oder: Was ist falsch gemacht worden?

Die Stand-alone-Lösung ist heute bereits angesprochen worden. Da gibt es ein Gutachten, das Herr Michaelis und Herr Ötsch gekannt haben, und das ist zwei Jahre lang in der Schublade des Herrn Michaelis gelegen. Dazu hat es geheißen: Eine Stand-alone-Lösung ist zum jetzigen Zeitpunkt für das Unternehmen nicht gut! Trotzdem hat man an diesem Weg festgehalten.

Dann hat man eine wirklich unglaubliche Flottenpolitik durchgeführt: Die AUA hat 100 Flugzeuge von fünf Herstellern. Sechs Typen sind es. Solche Flugzeuge verursachen ungeheure Basiskosten, denn für jeden Flugzeugtyp muss man ein Ersatzteillager haben. Eine Triebwerksschaufel von einem Pratt & Whitney-Triebwerk aus einem CFMI-Werk kostet so viel wie ein Kleinwagen. Und wenn ein Vogel in das Triebwerk fliegt, sind, wenn man Pech hat, drei Schaufeln vorne kaputt. All das muss man berücksichtigen!

Meine Damen und Herren, die AUA-Flotte muss harmonisiert werden. Das Durchschnittsalter der Flugzeuge beträgt acht Jahre. Das heißt, man kann diese Flotte sehr, sehr rasch harmonisieren.

Wir haben feststellen müssen – und das muss ich auch festhalten –, dass bei diesem Verkaufsverfahren Interessenten aus Österreich nicht gehört wurden. Es gibt da eine Firma aus Österreich mit 400 Mitarbeitern, die etliche Flugzeuge hat, und die hätte sich für die AUA interessiert. Im Büro von Bundesminister Faymann ist der Geschäftsführer dieses Unternehmens zumindest von einem Mitarbeiter gehört worden, während man im Büro des Herrn Bundesministers Molterer diesem Herrn am Telefon gesagt hat, die Politik mische sich in den Verkauf der AUA nicht ein. Er hat herzlich gelacht. Aber leider schadet es dem Unternehmen AUA, wenn man auf solche Interessenten nicht einmal zugeht, diese nicht einmal einen Termin bekommen. Auch beim Herrn Michaelis hat sich dieser Geschäftsführer gemeldet, aber es hat für ihn keinen Termin gegeben. **Genau das** ist der falsche Umgang, der uns letztendlich hohe Kosten beschern wird!

Meine Damen und Herren, ich bringe abschließend noch folgenden Antrag ein:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ing. Hofer und weiterer Abgeordneter betreffend Aufrechterhaltung der österreichischen Luftfahrtinfrastruktur

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein umfassendes Sanierungspaket für die AUA vorzulegen, um in Folge einen adäquaten Privatisierungserlös erzielen zu können. So sind die Privatisierungsbestrebungen auszusetzen und eine Kapitalerhöhung

Abgeordneter Ing. Norbert Hofer

um 500 Millionen Euro, eine Flottenbereinigung sowie eine Personalumstrukturierung vorzunehmen.“

Bei der Personalumstrukturierung meine ich nicht den kleinen Mitarbeiter, sondern die vielen Vizepräsidenten und die vielen Abteilungsleiter – es sind über 20 bei der AUA –, die sich ein Stockwerk, aber nur sechs WC-Anlagen teilen. **Da** müsste man einmal ansetzen und schauen, dass hier eine vernünftige, eine gute Personalpolitik gemacht wird!

Letzter Punkt, der mir ganz wichtig ist: Ich wünsche mir wirklich, dass die Herren Michaelis und Ötsch sobald wie möglich ihre Sessel räumen und keinen Golden Handshake bekommen, denn das haben sich diese Herrschaften nicht verdient! (*Beifall bei der FPÖ.*)

17.08

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Der von Herrn Abgeordnetem Ing. Hofer eingebrachte Entschließungsantrag ist ausreichend unterstützt und steht mit in Verhandlung.

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Ing. Hofer und weiterer Abgeordneter betreffend Aufrechterhaltung der österreichischen Luftfahrtinfrastruktur

eingebraucht im Zuge der Debatte zur Dringlichen Anfrage des Abg. KO Strache und weiterer Abg. an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend die Aufrechterhaltung der Infrastruktur in Österreich und in die Krise der staatsnahen Unternehmen vor dem Hintergrund eines untauglichen Regierungsprogramms für die XXIV. Gesetzgebungsperiode, in der 4. Sitzung des Nationalrates am 25. November 2008, XXIV. GP.

Der geplante Verkauf des österreichischen Home Carriers AUA, im Rahmen eines zweifelhaften Ausschreibungsverfahrens, führt zu einer massiven Schwächung des infrastrukturellen Angebots des Wirtschaftsstandortes Österreich.

Ebenso ist durch den Verkauf der AUA der gesamte Fremdenverkehr in der Ostregion Österreichs betroffen, da ein Nachfolger nur noch Zubringerfunktion für die Lufthansa hat.

Die Republik wird der AUA eine halbe Milliarde Euro Steuergeld zuschießen, um die Bedingungen der Lufthansa zu erfüllen. Dies widerspricht klar den EU-Wettbewerbsregeln.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den nachfolgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein umfassendes Sanierungspaket für die AUA vorzulegen, um in Folge einen adäquaten Privatisierungserlös erzielen zu kön-

Präsident Dr. Michael Spindelegger

nen. So sind die Privatisierungsbemühungen auszusetzen und eine Kapitalerhöhung um 500 Millionen Euro, eine Flottenbereinigung sowie eine Personalumstrukturierung vorzunehmen.“

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Zu einer **tatsächlichen Berichtigung** hat sich Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Pirkhuber zu Wort gemeldet. Herr Abgeordneter, ich mache Sie auf die diesbezüglichen Bestimmungen der Geschäftsordnung aufmerksam. – Bitte.

17.09

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang Pirkhuber (Grüne): Herr Präsident! Kollege Hofer hat hier behauptet, der oberösterreichische Landesrat Rudi Anschöber hätte nichts gegen den Kahlschlag bei den Postämtern getan. (Abg. Dr. **Graf:** Das ist doch keine tatsächliche Berichtigung!)

Richtig ist tatsächlich, dass am 11. November 2008 auf Initiative von Landesrat Anschöber eine Resolution der oberösterreichischen Landesregierung verfasst wurde (*Zwischenrufe bei der ÖVP*), in welcher man gegen den Kahlschlag der Postämter eintritt und wo es heißt, dass man insbesondere den Versorgungsauftrag auch auf private Dienstleister ausweiten will. – Soweit die Richtigstellung. (Beifall bei den Grünen.)

17.09

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Die nächste Wortmeldung liegt von Herrn Abgeordnetem Ing. Gartlehner vor. Freiwillige Redezeitbeschränkung: 5 Minuten. – Bitte.

17.09

Abgeordneter Ing. Kurt Gartlehner (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Bundeskanzler! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Regierungsbank! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man diese Dringliche Anfrage der FPÖ liest, dann muss man sagen: Es ist ja wirklich ein Paradigmenwechsel, den die FPÖ in den letzten Jahren vollführt hat. Wenn ich mich erinnere: Im Jahr 2000 wurde ein Regierungswechsel durchgeführt, und freiheitliche Infrastrukturminister traten sozusagen ihr Tagewerk an. Es waren sehr viele verschiedene. Es war ein etwas voodooartiges Auftreten: Fast jeden Monat gab es einen neuen Minister.

Sie haben in dieser Zeit die Post als **IPO** an die Börse gebracht. Sie haben andere Dinge im Liberalisierungsbereich durchgeführt, die logischerweise etwas problematisch waren, weil sich ein Shareholder Value relativ schlecht mit einem Beamtenstrukturapparat vereinbaren lässt und das irgendwann natürlich zu Problemen geführt hat, die nur aufgeschoben wurden.

Ich kann mich noch sehr gut erinnern: Das erste Geschenk waren Frühpensionierungen in großem Ausmaß – in meiner Region wurde ein freiheitlicher Vorturner mit 43 in Frühpension geschickt, er turnt noch heute sehr heftig und gut – und, und, und. Die ehemaligen Buschauffeure bei Post und Bahn, die jugendlichen Alters durch Ihre Aktivitäten pensioniert wurden, fahren heute zu sehr günstigen Tarifen, sie haben anderen Buschauffeuren den Job weggenommen. – Das waren also die Aktivitäten, an die ich mich aus Ihrer Zeit erinnere. (Abg. Dr. **Graf:** Da ist nichts rückgängig gemacht worden!)

Wenn ich heute diesen Antrag lese, stelle ich fest, dass ihr da zum Teil unser Hainburger Parteiprogramm abgeschrieben habt. (Abg. Mag. **Stadler:** Hainfeld! Nieder-

Abgeordneter Ing. Kurt Gartlehner

österreich!) So fundamentalistisch und antikapitalistisch sind diese Forderungen heute. Das ist ja wirklich sehr, sehr schön!

Ich möchte noch ein paar Worte zum Thema „untaugliches Regierungsprogramm“ sagen, meine Herren. Ich glaube, im Telekommunikationsbereich habt ihr oder haben eure Minister nicht anders agiert. Wir sehen in diesem Regierungsprogramm sehr deutliche Ausbaupläne auf 25 Megabit mindestens flächendeckend. Das ist eine Aktivität, die schon vor Jahren hätte einsetzen müssen, aber in dieser Zeit hat da niemand investiert.

Wir sehen bei den ÖBB im Programm sehr, sehr klare Reformmaßnahmen, die das Chaos, das freiheitliche und BZÖ-Minister seinerzeit hier angerichtet haben, wieder beenden sollen. *(Zwischenruf des Abg. Mag. Darmann.)*

Ich glaube, dass es in den nächsten Jahren aufgrund dieser Finanzkrise, die von FED und von der amerikanischen Politik ausgegangen ist, bei der sehr viele mitgespielt haben, notwendig ist, dass die Politik sehr offensive legislative Maßnahmen setzt, um Innovationen in der Realwirtschaft zeitlich vorzulegen. *(Abg. Mag. Darmann: Alle Bundesländer sind säumig – bis auf Kärnten!)*

Ich denke hier ganz konkret an eine Maßnahme, die Mitte der neunziger Jahre eine österreichische Bundesregierung getätigt hat. Damals wurden nämlich die kalifornischen Abgasvorschriften in Österreich übernommen. Ich glaube, es wäre gerade in dieser krisenhaften Zeit im automotiven Bereich sehr gut, hier wieder einen Innovationsschub zu bewirken. Oder ich denke da auch an ein Verbot von Glühbirnen und deren Ersatz durch LED-Technologie. Österreichische Konzerne sind auf diesem Markt technologisch führend, aber es herrscht derzeit kein gesetzlicher Zwang, diesen Reformprozess voranzutreiben.

Abschließend möchte ich bemerken, dass hier heute nahezu jeder Redner einen eigenen Entschließungsantrag präsentiert hat, von denen viele durchaus sehr interessant sind. Allerdings haben wir sie noch gar nicht gesehen, es wurde uns nur die Kurzform vorgelesen. Daher werden wir diesen Anträgen heute nicht zustimmen können, sind aber durchaus gerne bereit, über den einen oder anderen, der uns interessant erscheint, mit euch zu sprechen. – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Graf: Da überstimmen wir dann die ÖVP!)*

17.14

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Rädler. Freiwillige Redezeitbeschränkung: 4 Minuten. – Bitte.

17.14

Abgeordneter Johann Rädler (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Herr Verkehrsminister! Liebe Frau Abgeordnete Moser, diese Listen, die Sie dem Herrn Verkehrsminister überreichen, irritieren mich überhaupt nicht; auch nicht, ob der Herr Verkehrsminister als Eigentümerversorger schon im Februar über die wirtschaftlichen Probleme der Post informiert wurde. Vielmehr irritiert mich die Rede der Frau Abgeordneten Csörgits, die sich als Gewerkschafterin da herstellt, den Vorstand und das Management angreift, sich reinwaschen will und dabei eigentlich vergisst, dass der Herr Generaldirektor Wais mehr als sieben Jahre Kabinettsmitglied des Herrn Ministers Staribacher war, dass er SPÖ-Mitglied und eigentlich einer von euch ist. Da kann man sich nicht reinwaschen, da kann man sich nicht aus der Verantwortung entfernen, so einfach geht das nicht!

Wir haben eine Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern, nämlich gegenüber den 23 000 Post-Mitarbeitern. 1 000 davon gehen eh jedes Jahr schon durch natürliche Abgänge oder durch Golden Handshakes. Und 9 000 erfahren, dass sie gekündigt

Abgeordneter Johann Rädler

werden! Und wir stellen uns hin und sagen: Na gut, das sind der Vorstand und die Manager, wir haben damit überhaupt nichts zu tun. Die Mitarbeiter haben das Recht zu erfahren, wie es mit ihnen weitergeht. Ich glaube, als sozialdemokratische Partei sollte man gerade vor Weihnachten mehr Ehrlichkeit gegenüber den Mitarbeitern in diesem sozialen Umfeld beweisen.

Das Zweite, das heute angesprochen wurde, sind die Bürgermeister und ihre Verantwortung. Wir stehen uns sicherlich nicht aus der Verantwortung. Ich habe mich nur sehr gewundert, als ich in der Früh aus den Medien, aus dem Radio erfahren habe, dass die Gemeinden jetzt Mitspracherecht bekommen, Herr Minister. Darüber freue ich mich. Wir Bürgermeister können aber nicht verhindern, dass unser Postamt geschlossen wird. Ich habe auch einen ganz anderen Zugang dazu.

Wenn wir wissen, dass wir bis 2015 von den 1 300 Postämtern 1 000 schließen müssen, und wenn Kollege Strache heute gesagt hat, auch ihm sei klar – es steht ja in Ihrer schriftlichen Anfrage, lesen Sie es durch, es steht drinnen! –, dass das eine oder andere Postamt geschlossen werden muss (*Abg. Dr. Graf: Das wissen wir!*), dass man nicht alle aufrechterhalten kann – Sie fordern sogar staatliche Zuschüsse ein, das steht auch drinnen –, dann, glaube ich, wissen wir alle, dass etwas zu tun ist, um in Zukunft diese Dienstleistungen speziell für den ländlichen Raum aufrechterhalten zu können! Da können wir uns nicht aus der Verantwortung stellen! Nur die Zugänge müssen wir ändern. (*Abg. Strache: Richtig!*)

Das sind jetzt alles Versprechungen nach den angekündigten Radikalschnitten, wenn wir hergehen und sagen: Bis Juni 2009 wird eh niemand gekündigt und auch keine Filiale zugesperrt. Aber was ist nach 2009? Wir müssen den Tatsachen ins Auge sehen! Schauen wir uns international die Erfahrungen an! Als Bürgermeister denke ich, dass wir uns, wenn ein Postamt geschlossen werden soll, Alternativen ansehen müssen. Wenn es in der Bundesrepublik Deutschland zu 93 Prozent Postdienstleister gibt und europaweit, auch in Norwegen, überall die Möglichkeit besteht, auch im ländlichen Raum die Versorgung aufrechtzuerhalten, dann werden wir uns das anschauen.

Wir kennen ja 200 solcher Postpartner in ganz Österreich. Das Land Niederösterreich hat zum Beispiel beim Start dieser Postpartner 7 000 € gegeben. Jetzt geht Gott sei Dank auch die Post her und sagt, wir geben 800 € für die EDV-Leitungen, für diese Standleitung jährlich, wir geben 3 000 € für die Qualitätssicherung. Das ist ein Weg, vor dem wir uns nicht zu fürchten brauchen. 50 Prozent dieser Postdienstleister sind kleine Nahversorger, die das vielleicht sogar **besser** können, die längere Öffnungszeiten haben. Da können wir noch 10 bis 20 Prozent Umsatzsteigerung für den kleinen Nahversorger erwarten. Das heißt, wir sollten uns in diesem Zusammenhang wirklich mit der Zukunft beschäftigen. Wir sind im Wettbewerb, da kann sich auch die Post nicht ausschließen.

Es gibt da allerdings etwas, was wir von der Regierung verlangen. Ich bin sehr froh darüber, dass sich die neue Regierung dazu bekennt, wir haben das auch in die Koalitionsvereinbarung hineingeschrieben; Sie hätten das eigentlich in dieser Regierungsvereinbarung nachlesen können, Herr Kollege Strache. Da steht zum Thema Konsumentenschutz, dass wir für diese Dienste, für diese Postpartner eine Förderschiene wollen, was auch kommen wird. Daher bin ich sehr zuversichtlich. (*Abg. Strache: Wie und wann?*)

Ich verlange aber sicherlich auch von der Bundesregierung – und das ist in der Koalitionsvereinbarung sehr konkret festgeschrieben –, dass wir hier mit einem Postgesetz, mit einer Universaldienstverordnung endlich die Voraussetzung zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit schaffen. Und was mir für die soziale Seite hiezu besonders am Herzen liegt, liebe Freunde von der sozialdemokratischen Fraktion: Wir

Abgeordneter Johann Rädler

benötigen einen Branchenkollektivvertrag! Wir benötigen ihn nicht nur im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit der Post, sondern auch als soziale Absicherung für jene Menschen, die in den **anderen** Dienstleistungsbereichen unterwegs sind, nicht bei der Post, sondern dort, wo wirklich nach dem Kollektivvertrag – und damit ist ja auch die Post nicht wettbewerbsfähig – Entlohnungen durchgeführt werden. Ich bin sehr zuversichtlich, dass die neue Bundesregierung das schaffen wird. – Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

17.19

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Lugar. Freiwillige Redezeitbeschränkung: 3 Minuten. – Bitte.

17.19

Abgeordneter Ing. Robert Lugar (BZÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Weit haben wir es bei der AUA gebracht. Die AUA ist nicht nur pleite, sondern braucht auch noch eine Mitgift von 500 Millionen €, um überhaupt einen Käufer zu finden. Ich habe nicht gewusst, dass die AUA so hässlich ist, dass sie eine Mitgift in der Höhe von 500 Millionen braucht, um einen Bräutigam zu finden.

Wenn sich das ein Unbedarfter ansieht, so müsste das für diesen relativ überraschend gekommen sein: Die AUA, ein österreichisches Paradeunternehmen ist plötzlich pleite. Wie konnte das passieren? – Für einen einfachen Beobachter ist das wirklich sehr überraschend gekommen. Für jemanden, der sich mit der AUA auskennt, ist das aber überhaupt nicht überraschend.

Es war in der Vergangenheit so, dass die Politik in der AUA immer fest mitregiert hat. Zu Zeiten, wo es noch keinen Wettbewerb gegeben hat, war das auch ganz egal. Da haben die Leute besser verdient, die Posten waren besser besetzt, und das hat keine Rolle gespielt. Auch die Preise hat man diktieren können. Mittlerweile sieht die Sache etwas anders aus: Es gibt Wettbewerb. Dieser Wettbewerb wird immer schlimmer. Der Ölpreis hat sich auch nicht positiv entwickelt, zumindest in den letzten Jahren.

Jetzt sagen alle: Um Gottes willen, die AUA ist pleite! Letztlich war sie es aber schon vor vielen Jahren. Man hat mit massiven Verkäufen von Flugzeugen, mit der Auflösung von Rücklagen die AUA noch über die Zeit gerettet. Man hat immer an einer Stand-alone-Lösung gearbeitet, wobei auch schon damals klar war, dass eine Stand-alone-Lösung nicht funktionieren kann. Die AUA hätte schon vor Jahren einen Partner gebraucht, aber das wollte die Politik nicht.

Und jetzt sind wir in diesem Schlamassel. Letztlich wird ein österreichisches Paradeunternehmen ans Ausland verschenkt, an eine Lufthansa, die zur gleichen Zeit, als die AUA 100 Millionen € Verlust pro Jahr gemacht hat, schöne Gewinne eingefahren hat. Das muss der Politik zu denken geben. (*Beifall beim BZÖ.*)

Die Politik muss sich darauf beschränken, Rahmenbedingungen zu machen, die zum Wohle von Österreich auch Sinn machen und nicht nur ein Unternehmen knebeln, um letztlich eine Katastrophe auszulösen, wie wir bei der AUA sehen und bei der Post wahrscheinlich sehen werden.

In diesem Zusammenhang bringe ich folgenden Antrag ein:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Grosz, Hagen, Bucher, Ursula Haubner, Tadler, Huber, Kollegin und Kollegen

Der Nationalrat wolle beschließen:

Abgeordneter Ing. Robert Lugar

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der bevorstehenden Verkaufsverhandlungen der AUA alles daran zu setzen, damit die inländischen Flugverbindungen zwischen den Landeshauptstädten und Wien unter allen Umständen aufrecht erhalten werden.“

Diese Verbindungen zwischen den Landeshauptstädten und Wien sind für die Wirtschaft und für die Unternehmen, aber auch für den Flughafen Wien äußerst wichtig. Was passiert, wenn die Lufthansa den Umschlagplatz nach München oder in eine andere Stadt verlegt? Dann wird der Flughafen Wien sehr viel an Geschäft verlieren, und das wird langfristig für Österreich zum großen Schaden gereichen.

Abschließend: Die Politik muss Rahmenbedingungen schaffen, die vernünftig sind, die im Sinne Österreichs sind, aber muss sich sonst aus wirtschaftlichen Überlegungen raushalten. – Danke. *(Beifall beim BZÖ.)*

17.23

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Der von Herrn Abgeordnetem Ing. Lugar eingebrachte Entschließungsantrag ist ausreichend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Grosz, Hagen, Bucher, Ursula Haubner, Tadler, Huber, Kollegin und Kollegen betreffend den Erhalt der Inlands-Flugverbindungen,

eingebraucht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage betreffend die Aufrechterhaltung der Infrastruktur in Österreich und die Krise der staatsnahen Unternehmen vor dem Hintergrund eines untauglichen Regierungsprogramms für die XXIV. Gesetzgebungsperiode.

Der fliegende Stolz unseres Landes, die Austrian Airlines, befindet sich aufgrund des Missmanagements der AUA-Führung und der Unprofessionalität der ÖIAG – geduldet durch die SP/VP-Bundesregierung – in ihrer bisher größten Krise. Von Jobabbau und einer Verkleinerung des Flugplanes ist die Rede. Des Weiteren steht noch immer eine Übernahme durch die deutsche Lufthansa im Raum.

Leider gibt es im Zuge der Verkaufsversuche der AUA Gerüchte über die Abschaffung der Linienflugverbindung im Inland.

Wolfgang Malik, Graz-AG-Vorstand und Eigentümerversorger des Flughafens Graz hat beispielsweise die Spitzen der steirischen Landeshauptstadt informiert, da er befürchtet, dass die Streichung von Linienflugverbindungen im Raum steht. Angesichts dessen, dass die Flugverbindungen nach Graz mit einer Auslastung von 84 % rentabel sind, während die durchschnittliche Auslastung bei Kurzstreckenflügen von Jänner bis September bei nur 68,3% lag ist dies insbesondere für die Destination Graz nicht nachvollziehbar.

Die Wien-Flüge sind seit jeher ein fixer Bestandteil des Austrian Airlines Streckennetzes. Sie dienen hauptsächlich als Zubringer Verbindung zu weiteren AUA Destinationen in der ganzen Welt. Sie sind aber auch für die Standortpolitik der Länder essentiell: Ein Anschluss an das internationale Flugnetz ist für die Neuansiedelung von Betrieben (aber auch für die Erhaltung von Standorten) ein wesentlicher Faktor.

Präsident Dr. Michael Spindelegger

Hauptprofiteur einer solchen Streichung wäre die deutsche Lufthansa, die Flüge zu den großen deutschen Flughäfen, wie München oder Frankfurt anbietet. Damit würde der Flughafen Wien und mit ihm die AUA weiter geschwächt.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der bevorstehenden Verkaufsverhandlungen der AUA alles daran zu setzen, damit die inländischen Flugverbindungen zwischen den Landeshauptstädten und Wien unter allen Umständen aufrecht erhalten werden.“

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Mag. Schatz. 3 Minuten freiwillige Redezeitbeschränkung. – Bitte, Sie sind am Wort.

17.23

Abgeordnete Mag. Birgit Schatz (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin in Sorge (*Rufe beim BZÖ: Wir auch!*), und ich denke, ich teile diese Sorge mit vielen Menschen in diesem Land und auch mit vielen von Ihnen hier in diesem Haus. Aber das, was ich heute hier gehört habe, stimmt mich leider nicht beruhigt, ganz im Gegenteil. Es ist eher so, dass mir immer deutlicher wird, dass wir ein echtes Problem, **ein Kernproblem** haben: Im organisatorischen Sinn geht es um ein Führungsver-sagen, bei all dem, was wir heute hier beobachten mussten und debattiert haben. (*Beifall bei den Grünen.*)

Was heißt es, verantwortungsvoll zu führen? Das heißt, Probleme zu erkennen, Ziele zu entwickeln, die notwendigen Maßnahmen zu setzen und dann zu schauen, ob das Ganze funktioniert hat, es zu evaluieren.

Ich frage mich schon: Was davon haben Sie, meine Damen und Herren von der Regierung, oder Sie, Herr Minister, mit der zu erwartenden Sorgfalt eigentlich getan?

Schauen wir uns das bei der Post an: Wir wissen schon, dass langfristige Strategien nicht ganz das Ihre sind, aber warum haben Sie dann die Möglichkeit nicht ausgeschöpft, die gesetzte Frist bis zum Jahr 2013 wahrzunehmen? Warum haben Sie diese Verlängerung nicht genützt? Das ist ein **Führungsver-sagen!**

Wir haben also jetzt weniger Zeit für die Vorbereitung, aber statt dann sofort aktiv zu werden, setzen Sie auf die Strategie: Schauen wir mal, dann sehen wir schon! Aber selbst da sind wir jetzt schon in der Phase des „wir sehen schon“. Denn wir sehen schon ganz deutlich, welche Auswirkungen die Liberalisierung am Postmarkt hat, speziell für die dort Beschäftigten. Wir sehen schon, dass bei privaten Paketzustellern Scheinselbständige ohne irgendeinen Schutz durch Anstellung von einem Auftrag zum anderen hetzen. Wir sehen das ja.

Doch folgt aus dieser Beobachtung unmittelbar eine Handlung? – Nein, sie folgt eben **nicht**. Haben Sie etwa wie in Deutschland dafür gesorgt, dass wir ein Lizenzierungsverfahren haben, das vorgibt, dass Lizenzen nur vergeben werden, wenn gewisse Mindeststandards, was die Arbeitsverhältnisse betrifft, eingehalten werden? Nein, das haben Sie **nicht**. Es ist schön, wenn Sie nicken, aber es ist nichts passiert! (*Bundesminister Faymann: Aber es ist ja erst 2011!*)

Abgeordnete Mag. Birgit Schatz

Sie wissen auch genau, dass es diese Möglichkeit gibt. In der entsprechenden EU-Posrichtlinie haben Sie die Möglichkeit, so etwas wie eine Sozialklausel einzuführen, aber bis dato ist nichts passiert. Ich orte Führungsversagen. Stattdessen schauen Sie aber zu, wie die Post AG in einem eigenen Tochterunternehmen, bei der Feibra, so etwas wie liberalisierte Marktbedingungen übt, den Wettbewerb übt, nämlich durch Lohn- und Sozialdumping, das dort stattfindet. Sie wissen, bei der Feibra sind fast ausschließlich Scheinselbständige beschäftigt, die ungeschützte Tagelöhner sind.

Ich finde, Herr Minister, Sie hätten unheimlich viel bereits tun können und tun **müssen!** So ein Genehmigungsverfahren wäre einmal vorzubereiten, wo Mindeststandards im Bereich der Beschäftigung festgeschrieben sind. Sie hätten sich dafür engagieren können, dass wir endlich die notwendige Neudefinition des ArbeitnehmerInnenbegriffes vornehmen, die genau diese vielen Scheinselbständigkeiten wesentlich erschwert. Wir hätten schon lange einen gesetzlichen Mindestlohn von 1 000 € netto haben können, wie wir das fordern. Der Branchenkollektivvertrag mit einem Mindestlohn von 840 € netto ist wirklich nicht der große Wurf. Beim Umgang mit Scheinselbständigkeiten hilft uns übrigens ein Branchenkollektivvertrag gar nicht.

Herr Minister, all das macht mir enorme Sorgen, die heute leider nicht beruhigt worden sind. Ich sage Ihnen: So kann das wirklich nicht weitergehen! *(Beifall bei den Grünen.)*
17.27

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Mag. Haider. Die Restredezeit Ihrer Fraktion beträgt 4 Minuten. – Bitte, Sie sind am Wort.

17.27

Abgeordneter Mag. Roman Haider (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Herren auf der Regierungsbank! Herr Bundesminister Faymann, ich habe heute etwas mitgebracht. *(Der Redner stellt ein gelbes Paket auf das Rednerpult.)* Denn für den 24. Redner auf der Rednerliste ist es gar nicht so leicht, etwas inhaltlich Neues zu bringen, auch angesichts der vielen Worthülsen, die wir heute schon hier vernehmen konnten. Wenn wir schon über Worthülsen sprechen: Ich werde auch zum Regierungsprogramm noch kurz etwas sagen.

Ich werde nicht diesen Vergleich mit dem Weihnachtsmann bemühen. Es ist kein Geschenk für den „Faynachtswann“, es ist ein Geschenk, wie es sich meiner Meinung nach die Österreicher wünschen würden. Es ist ja in einem Monat Weihnachten. Die Österreicher sind ein sehr, sehr bescheidenes Volk geworden, sie haben gar keine großen Wünsche an die neue Bundesregierung und an den jetzt noch Infrastrukturminister und Bundeskanzler in spe.

Sie wollen gar nichts Unmögliches. Sie wollen ganz einfach nur, dass die Post **nicht** 9 000 Leute entlässt. Sie wollen **nicht**, dass die Post 1 300 Postämter schließt. Sie wollen nicht, dass es so ist, wie es in der Vergangenheit war, dass zuerst der Postkasten in der Gemeinde abmontiert wird und dann auch noch das Postamt geschlossen wird. *(Der Redner nimmt ein Telefon aus dem genannten Paket und stellt dieses auf das Rednerpult.)* Sie möchten, dass bei der Telekom **nicht** 500, auch nicht 1 250 und auch nicht 3 000 Mitarbeiter entlassen werden, obwohl fast eine halbe Milliarde Euro Nettogewinn erwirtschaftet wird. Sie wünschen sich im Gegenteil eine Glasfaser-Offensive, einen Ausbau.

Und, wenn wir schon darüber sprechen, die Österreicherinnen und Österreicher wünschen sich, dass dieses nationale Aushängeschild Austrian Airlines nicht mit einem 500-Millionen-Zuschuss an die Lufthansa verschenkt wird. *(Beifall bei der FPÖ. – Der*

Abgeordneter Mag. Roman Haider

Redner nimmt ein Modell eines AUA-Flugzeuges aus dem genannten Paket und stellt dieses auf das Rednerpult.)

Denn was dabei herauskommt, sehen wir am Beispiel der Swiss Air, die ja auch von der Lufthansa übernommen wurde: Der Flughafen Zürich wird ausgehungert zugunsten des Flughafens München. Mit Wien-Schwechat wird genau dasselbe passieren. Und was das für den Flughafen Wien-Schwechat und die Osteuropa-Destinationen der AUA und für das Osteuropa-Geschäft unserer heimischen Unternehmer bedeutet, wage ich mir gar nicht vorzustellen.

Sehr geehrter Herr Bundesminister Faymann, Herr Bundeskanzler in spe, tun Sie etwas! Keine Lippenbekenntnisse wie vom Herrn Kollegen Katzian! Sorgen Sie dafür, dass auch in Zukunft die Post allen etwas bringt! Sorgen Sie dafür, dass die Telekom auch in Zukunft schwer auf Draht sein kann! Sorgen Sie dafür, dass unserer „Friendly Airline“ auch in Zukunft nicht die Luft ausgeht! *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Da mir für weitere Ausführungen – insbesondere zu den Themen Forschung und Lehre – leider keine Zeit mehr bleibt, stelle ich folgenden **Entschließungsantrag**:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Durch öffentliche und private Investitionen sollen die Budgets für den tertiären Bildungssektor ab dem Jahr 2009 bis spätestens 2020 auf 2 % des BIP erhöht werden – das sind jährliche Steigerungen von mindestens 200 Mio. € zusätzlich.

Die Globalbudgetierung der Universitäten soll daher – im Vergleich mit dem Budget des Jahres 2008 – im Jahr 2009 um 200, im Jahr 2010 um 400, im Jahr 2011 um 600, im Jahr 2012 um 800 Mio. € erhöht werden.

Die Betreuungsrelation von Lehrenden und Studierenden soll verbessert und neue attraktive Angebote für berufstätige Studenten, wie Teilzeitstudium und E-Learning, eingerichtet werden. Es sind Maßnahmen zu setzen, die die Qualität der Lehre und Forschung steigern sowie zu lange Studienzeiten und Dropouts auf ein Minimum reduzieren.“

(Beifall bei der FPÖ.)

17.32

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Der von Herrn Abgeordnetem Haider eingebrachte Entschließungsantrag ist ausreichend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Haider, Dr. Graf und weiterer Abgeordneter betreffend bessere finanzielle Ausstattung der Forschung und Lehre

eingebracht in der 4. Sitzung des Nationalrates am 25. November 2008, XXIV.GP, im Zuge der Behandlung der Dringlichen Anfrage an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend die Aufrechterhaltung der Infrastruktur in

Präsident Dr. Michael Spindelegger

Österreich und die Krise der staatsnahen Unternehmen vor dem Hintergrund eines untauglichen Regierungsprogramms für die XXIV. Gesetzgebungsperiode

Der Nationalrat hat am 7. November 2007 in einem Entschließungsantrag die Bundesregierung ersucht, „im Rahmen der nächsten Budgetverhandlungen und Leistungsvereinbarungen Maßnahmen zu setzen, um den effizienten Mitteleinsatz an den Universitäten zu verbessern und im Sinne der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit sowie der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Studierenden bedarfsgerecht mehr Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Ziel sollte es sein, durch öffentliche und private Investitionen die Budgets für den tertiären Bildungssektor bis spätestens 2020 auf 2 % des BIP zu erhöhen.“

Die Probleme an den österreichischen Universitäten sind vielfältig: Zugangsbeschränkungen in den Fächern Medizin, Psychologie, Tiermedizin, Zahnmedizin, Betriebswirtschaft, Kommunikationswissenschaften und Publizistik – mangelnde Ausstattung (Labors, Seminarräume, Hörsäle, etc.), zu wenig Lehrende und Studienplätze in einzelnen Studienrichtungen führen zu langen Wartezeiten auf einen Studienplatz oder hindern die Studierenden an der Weiterführung des Studiums. Rund zwei Drittel der Studierenden gehen einer Beschäftigung nach. Einerseits um das Studium finanzieren zu können, andererseits um bereits während des Studiums Berufserfahrung sammeln zu können. Aus diesen Gründen verlängert sich oft die Studiendauer oder führt zum Abbruch des Studiums.

Der Nationalrat hat am 24. September 2008 mit den Stimmen von SPÖ, Grünen, FPÖ und BZÖ beschlossen, dass durch öffentliche und private Investitionen die Budgets für den tertiären Bildungssektor ab dem Jahr 2009 bis spätestens 2020 auf 2 % des BIP erhöht werden sollen und die Globalbudgetierung der Universitäten daher – im Vergleich mit dem Budget des Jahres 2008 – im Jahr 2009 um 200, im Jahr 2010 um 400, im Jahr 2011 um 600, im Jahr 2012 um 800 Mio. € erhöht werden soll.

Ebenfalls beschlossen wurde, dass die Betreuungsrelation von Lehrenden und Studierenden verbessert werden soll und neue attraktive Angebote für berufstätige Studenten, wie Teilzeitstudium und E-Learning, eingerichtet werden. Es seien Maßnahmen zu setzen, die die Qualität der Lehre und Forschung steigern sowie zu lange Studienzeiten und Dropouts auf ein Minimum reduzieren. Soweit der Beschluss des Nationalrates vor zwei Monaten.

Da im Programm der künftigen Bundesregierung von diesem Beschluss nahezu nichts mehr zu finden ist, stellen die unterzeichnenden Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Durch öffentliche und private Investitionen sollen die Budgets für den tertiären Bildungssektor ab dem Jahr 2009 bis spätestens 2020 auf 2 % des BIP erhöht werden – das sind jährliche Steigerungen von mindestens 200 Mio. € zusätzlich.

Die Globalbudgetierung der Universitäten soll daher – im Vergleich mit dem Budget des Jahres 2008 – im Jahr 2009 um 200, im Jahr 2010 um 400, im Jahr 2011 um 600, im Jahr 2012 um 800 Mio. € erhöht werden.

Die Betreuungsrelation von Lehrenden und Studierenden soll verbessert und neue attraktive Angebote für berufstätige Studenten, wie Teilzeitstudium und E-Learning, eingerichtet werden. Es sind Maßnahmen zu setzen, die die Qualität der Lehre und

Präsident Dr. Michael Spindelegger

Forschung steigern sowie zu lange Studienzeiten und Dropouts auf ein Minimum reduzieren.“

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Gahr. 3 Minuten freiwillige Redezeitbeschränkung. – Bitte, Sie sind am Wort.

17.32

Abgeordneter Hermann Gahr (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Bundesregierung! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die heutige Debatte zeigt, dass Post, Telekom und AUA sehr kontroversielle Themen darstellen. Ich bin ja schon öfters hier in dieser Sache am Rednerpult gestanden und habe auch im Petitionsausschuss darüber diskutiert, wie es mit der Post in Österreich weitergehen soll, und möchte heute an dieser Stelle ganz klar feststellen, dass wir damals alle nicht geglaubt haben, dass die Post-Partnerschaft funktionieren kann, dass das mit den Landzustellern funktionieren kann. Ich glaube, eines kann man ganz klar sagen – ich habe einen Wahlkreis mit 104 Gemeinden, und ich habe diesbezüglich keinerlei Reklamationen –: Die Post, jeder Brief wird heute bis in den letzten Winkel des Landes zugestellt. Und das ist, wie ich meine, das Entscheidende, dass jeder gleich bedient wird und jeder diese Dienstleistung in Anspruch nehmen kann. Dafür jetzt auch einmal ein Danke an alle Postpartner sowie an die Landzusteller, die tagtäglich gute Arbeit leisten – dass nicht immer nur kritisiert wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Natürlich ist es so, dass jeder von uns billig telefonieren möchte, und ich möchte in diesem Kreis nicht fragen, wie viele ihr Festnetz schon abbestellt haben und zu einem billigeren Anbieter gewechselt sind. Ja, das ist die Realität, und das müssen wir zur Kenntnis nehmen: Jeder will schnell kommunizieren, jeder von uns und jeder im Wirtschaftsleben möchte da eine leistbare Infrastruktur haben – und da kann eben nicht alles so bleiben, wie es ist, sondern da bedarf es eben neuer und mutiger Wege.

Es hat keinen Sinn, dass wir uns da jetzt gegenseitig etwas aufrechnen. Im neuen Regierungsprogramm ist klar geregelt, dass es ein neues Postmarktgesetz geben wird, ebenso ein neues Telekommunikationsgesetz. Dabei geht es darum, wie wir die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen und bis zum Jahre 2011 die Zeit bestmöglich nützen können, um die Zeit nach einer kompletten Liberalisierung dieser Bereiche auch gut zu bewältigen.

Genau das ist die Herausforderung, und da, glaube ich, sind wir alle gefordert und bemüht. Und ich bitte auch Sie, neuer Herr Bundeskanzler Faymann, sich dafür massiv einzusetzen. Es geht dabei um viel, nämlich um rund 9 700 Menschen, die derzeit bei der Telekom beschäftigt sind, und es geht um 25 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Post. Es geht darum, dass die Kapazität dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sinnvoll eingesetzt wird, und da braucht es da und dort auch einschneidende Maßnahmen.

Meine Damen und Herren, es geht darum, dass wir da wettbewerbsfähig bleiben, sowie darum, dass wir als politische Vertreter ordentliche, verlässliche, faire und vernünftige Rahmenbedingungen schaffen. Und es geht auch darum, dass man da und dort dem Management ein bisschen mehr auf die Finger schaut.

In diesem Sinne: Wir wollen alle keinen „Kahlschlag“ und auch keinen Aktien-Crash. Die Post ist ein börsennotiertes Unternehmen, und wenn es da Dividenden gibt, so kann uns das allen nur recht sein. Aber darüber nachzudenken, wie man es besser machen könnte, dazu sollten wir den Mut haben, denn nur so haben all diese Unternehmen – Post und Telekom – auch in Zukunft Chancen. Es liegt an uns allen,

Abgeordneter Hermann Gahr

welche Rahmenbedingungen wir schaffen, sodass auch in Zukunft Dienstleistungen in bester Qualität erbracht werden können. – Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

17.35

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dolinschek. 3 Minuten freiwillige Redezeitbeschränkung; die Restredezeit Ihrer Fraktion beträgt 8 Minuten. – Bitte, Sie sind am Wort.

17.35

Abgeordneter Sigisbert Dolinschek (BZÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Herr Bundesminister! Frau Staatssekretärin! Hohes Haus! Zur Finanzkrise, die alle weltweit getroffen hat, bis hin zu einer Wirtschaftskrise, zu einem Abschwung der österreichischen Wirtschaft: Niemand weiß noch, wie weit das gehen wird und ob dem eine Rezession folgen wird oder nicht.

Meiner Auffassung nach stellt sich da vor allem die Frage, wer dafür verantwortlich ist, dass ausgerechnet in der Zeit eines Wirtschaftsabschwunges in sogenannten halbstaatlichen Firmen die Krisenstimmung auch noch angeheizt wird, wie das eben jetzt bei der AUA, bei der Post und bei der Telekom der Fall ist.

In all diesen Unternehmen wird nur mehr über Personaleinsparungen gesprochen, niemand spricht jedoch über die Qualität des Managements! Manager, die nur Betriebe schließen und Mitarbeiter kündigen, können wir uns sparen, die brauchen wir nicht! *(Beifall beim BZÖ.)*

Gefragt sind hingegen kluge und innovative Ideen des Managements, das brauchen wir in Zukunft – nicht aber Manager, die, selbst auf Provisionsbasis, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen und dafür auch noch groß abkassieren! *(Beifall beim BZÖ.)*

Rekordgewinne aus der Vergangenheit sollten auch auf jene aufgeteilt werden, die diese **erwirtschaftet** und die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, geschätzte Damen und Herren!

Besorgt bin ich auch über Aussagen gewisser „Kapazunder“ in Österreich, so etwa über die des Präsidenten der Industriellenvereinigung, Veit Sorger, dem nichts anderes einfällt, als dass die Arbeitnehmer auf 25 Prozent ihres Lohnes verzichten sollen! – Das ist doch ein geradezu verteilungspolitischer Wahnsinn! Das nützt möglicherweise jenen Betrieben, die exportorientiert sind, aber doch nicht der Binnenkonjunktur, nicht der Kaufkraft! Das würde doch komplett danebengehen! Wegen solcher Aussagen dieser Leute mache ich mir wirklich Sorgen. *(Beifall beim BZÖ.)*

Die neue Bundesregierung wird geradezu durchsetzt sein mit Sozialpartnern – und da muss man schon auch sagen, dass leider der Präsident der Wirtschaftskammer, Leitl, in das gleiche Horn bläst, der zwar ein 13. und 14. Gehalt für Unternehmer einführen, aber bei den Arbeitnehmern sparen will.

Dem Präsidenten der Arbeiterkammer, Tumpel, fiel in der „Pressestunde“ vergangenen Sonntag auch nichts Besseres ein; auch er hat keinerlei Lösungsvorschläge, keinerlei zukunftsweisende Ideen. *(Beifall beim BZÖ.)* Tumpel hat nichts davon gesagt, wie die Arbeitskraft entsteuert werden soll und dass die Leute netto mehr erhalten sollen.

Meine Damen und Herren, auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wurden leider **nicht** gesetzt. Und die neue Bundesregierung sieht vor, arbeitsmarktpolitische Aufgaben bloß um 75 Millionen € mehr zu dotieren, also um 1,5 Prozent der für 2008 budgetierten Ausgaben. Die arbeitsmarktpolitische Situation wird auch von der neuen Bundesregierung total unterschätzt!

Abgeordneter Sigisbert Dolinschek

Aus diesem Grund bringe ich jetzt folgenden **Entschließungsantrag** der Abgeordneten Bucher, Dolinschek, Ursula Haubner und Kolleginnen und Kollegen betreffend rasche Umsetzung eines Beschäftigungsprogramms ein:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird ersucht, zur Sicherung der Beschäftigung und des Wirtschaftsstandortes Österreich ein Beschäftigungsprogramm für die Dauer der bevorstehenden Wirtschaftskrise zu erarbeiten, dem Nationalrat die entsprechenden Gesetzesvorschläge ehestmöglich zu übermitteln und die rasche Umsetzung der nachstehenden Maßnahmen vorzubereiten:

deutlich höhere Dotierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik in den nächsten beiden Jahren;

Schaffung neuer Förderungsmöglichkeit zur Arbeitsplatzzerhaltung in vorübergehenden Krisenzeiten;

Einführung einer Verlängerungsmöglichkeit für Kurzarbeit;

stärkere Förderung einer markt- und qualitätsorientierten hochwertigen Aus- und Weiterbildung im Sinne des lebenslangen Lernens, insbesondere auch während der Arbeitslosigkeit und zur Nutzung von Zeiten eines verringerten Arbeitsvolumens;

verstärkte Bildungsmaßnahmen für WiedereinsteigerInnen;

Sicherstellung einer arbeitsmarktrelevanten hochqualifizierten Berufsausbildung für Jugendliche;

weitere Verbesserung der Qualität der AMS-Dienstleistungen für Arbeitssuchende und

Beibehaltung der notwendigen Maßnahmen zum Schutz des österreichischen Arbeitsmarktes.“

Geschätzte Damen und Herren, wenn Sie diesen Vorschlägen zustimmen, dann stimmen Sie bitte auch diesem Antrag zu! (*Beifall beim BZÖ.*)

17.39

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Der von Herrn Abgeordnetem Dolinschek eingebrachte Entschließungsantrag ist ausreichend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Der Antrag hat folgenden Gesamtwortlaut:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Bucher, Dolinschek, Ursula Haubner, Kolleginnen und Kollegen betreffend rasche Umsetzung eines Beschäftigungsprogrammes

eingebraucht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage betreffend die Aufrechterhaltung der Infrastruktur in Österreich und die Krise der staatsnahen Unternehmen vor dem Hintergrund eines untauglichen Regierungsprogramms für die XXIV. Gesetzgebungsperiode.

In den kommenden Jahren droht ein Wirtschaftsabschwung in Österreich, dessen Folgen nicht vorhersehbar sind. Eine weltweite Rezession manifestiert sich, der sich auch Österreich nicht entziehen kann. Rasche Maßnahmen zur Stärkung der Betriebe

Präsident Dr. Michael Spindelegger

und zur Sicherung der Arbeitsplätze sind notwendig. Dem drohenden Anstieg der Arbeitslosigkeit muss rechtzeitig entgegen gewirkt werden.

Jüngste Arbeitsmarktdaten in Österreich zeigen, dass die Arbeitslosigkeit bei Lehrlingen und älteren Arbeitnehmern bereits zunehmend ansteigt und die Zahl der Kündigungen deutlich steigt. Daher sind entsprechende Maßnahmen nicht nur zur Konjunkturbelebung, sondern auch zur Arbeitsmarktförderung notwendig. Ein zukunftsweisendes Beschäftigungsprogramm muss rasch umgesetzt werden, um verstärkt Arbeitsplätze zu erhalten und zu sichern. Denn gerade in wirtschaftlich unruhigen Zeiten muss die Beschäftigung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Österreich im Vordergrund stehen. Vor allem gering qualifizierte und ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fürchten den Verlust ihres Arbeitsplatzes. Denn das Risiko entlassen zu werden, ist für sie besonders groß.

Ebenso muss von einer drohenden Verschlechterung für die heimischen Arbeitnehmer/innen durch eine vorzeitige und vorschnelle Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes ausgegangen werden, die entschieden abzulehnen ist, weil dies zu erhöhtem Konkurrenzdruck, Kostendruck und Lohndumping durch ausländischen Import-Arbeitskräfte führen wird.

Um eine positive Entwicklung am Arbeitsmarkt herbeizuführen, müssen weitere finanzielle Mittel für die bessere Ausbildung von Jugendlichen, für die Ausbildung von Fachkräften, für die Weiterbildung und für mehr und bessere Kinderbetreuungsplätze zur leichteren Vereinbarkeit von Beruf und Familie eingesetzt werden. Denn Weiterbildung ist zunehmend die Voraussetzung, um den Arbeitsplatz zu halten. Daher sollten jene Maßnahmen gefördert werden, die sowohl den betroffenen ArbeitnehmerInnen als auch der Wirtschaft dienen.

Mit dem Ausbau der Finanzierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik soll eine Beschäftigungs-offensive umgesetzt werden, die eine markt- und qualitätsorientierte, bedürfnisorientierte Aus- und Weiterbildung zunehmend fördert. Weiters sind verstärkte Bildungsmaßnahmen für WiedereinsteigerInnen, die Sicherstellung einer arbeitsmarkt-relevanten hochqualifizierten Berufsausbildung für Jugendliche und Verbesserungen der Qualität der AMS-Dienstleistungen für Arbeitssuchende anzustreben. Denn ein aktives Beschäftigungsprogramm trägt zur Stärkung der Betriebe und zur Sicherung der Arbeitsplätze bei und soll den Menschen in Österreich helfen, ihre Chance auf Beschäftigung weiterhin zu wahren.

Wenn die neue Bundesregierung in den nächsten beiden Jahren für arbeitsmarktpolitische Aufgaben nur 75 Mio. Euro mehr ausgeben will (also nur 1,5 % der für 2008 budgetierten Ausgaben von 4,8 Mrd. in diesem Bereich), so unterschätzt sie ganz offensichtlich entweder das Bedrohungsszenario viel niedriger ein als das angemessen wäre oder – was noch schlimmer ist – sie ist nicht bereit, Geld in die Hand zu nehmen um einer Massenarbeitslosigkeit massiv gegenzusteuern.

Aus diesen Gründen stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird ersucht, zur Sicherung der Beschäftigung und des Wirtschaftsstandortes Österreich ein Beschäftigungsprogramm für die Dauer der bevorstehende Wirtschaftskrise zu erarbeiten, dem Nationalrat die entsprechenden Gesetzesvorschläge ehestmöglich zu übermitteln und die rasche Umsetzung der nachstehenden Maßnahmen vorzubereiten:

Präsident Dr. Michael Spindelegger

deutliche höhere Dotierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik in den nächsten beiden Jahren;

Schaffung neuer Förderungsmöglichkeiten zur Arbeitsplatzzerhaltung in vorübergehenden Krisenzeiten;

Einführung einer Verlängerungsmöglichkeit für Kurzarbeit;

stärkere Förderung einer markt- und qualitätsorientierten hochwertigen Aus- und Weiterbildung im Sinne des lebenslangen Lernens, insbesondere auch während der Arbeitslosigkeit und zur Nutzung von Zeiten eines verringerten Arbeitsvolumens;

verstärkte Bildungsmaßnahmen für WiedereinsteigerInnen;

Sicherstellung einer arbeitsmarktrelevanten hochqualifizierten Berufsausbildung für Jugendliche;

weitere Verbesserung der Qualität der AMS-Dienstleistungen für Arbeitssuchende und Beibehaltung der notwendigen Maßnahmen zum Schutz des österreichischen Arbeitsmarktes.“

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Pilz. 3 Minuten freiwillige Redezeitbeschränkung; die Restredezeit Ihrer Fraktion beträgt 6 Minuten. – Bitte, Herr Abgeordneter.

17.40

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Meine Damen und Herren! Ich gehe davon aus, dass Ihnen allen bekannt ist, dass das heute der letzte Tag beziehungsweise die letzte Gelegenheit ist, bei der Alfred Gusenbauer als Bundeskanzler im Parlament ist. Ich habe mich gewundert, dass der SPÖ-Klub darauf verzichtet hat, sich in diesem Rahmen von ihm zu verabschieden.

Ich stelle für mich und für meine Fraktion fest – und ich will jetzt keine Bilanz der beiden Kanzlerjahre von Gusenbauer legen, sondern mich nur auf eines konzentrieren –: Hätte Alfred Gusenbauer bei einer Nationalratswahl seine Partei unter 30 Prozent geführt, wäre Alfred Gusenbauer aus Regierungsverhandlungen ohne auch **nur ein** Zeichen eines Neubeginns in den Fragen sozialer Gerechtigkeit und Bildung zurück in die Parteizentrale gekommen, hätte er von der Finanztransaktionssteuer bis zur Vermögenssteuer alles im Sinne der ÖVP geopfert und hätte er neben dem Innenministerium, dem Außenministerium, dem Finanzministerium und dem Wirtschaftsministerium auch noch das Justizministerium der ÖVP sozusagen nachgeworfen, wäre Alfred Gusenbauer ein „heißer“ Empfang in der Löwelstraße bereitet worden. Ich glaube **nicht**, dass er das politisch überstanden hätte. – Bei Werner Faymann feiert das die SPÖ aber als **Neustart!** (Beifall bei Grünen, FPÖ und BZÖ.)

Meine Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ, wichtig bei dieser Art von „Neustart“ ist, den Fallschirm nicht zu vergessen. Bitte informieren Sie sich rechtzeitig, wo die Reißleine ist, denn Sie werden sie bei Werner Faymann brauchen! – Das ist das eine.

Zum Zweiten, und da wird es noch wesentlich ernster: Meine Vorredner und Vorrednerinnen haben darauf hingewiesen, dass viele Menschen in Österreich in der Finanz- und Wirtschaftskrise den Schutz der Politik brauchen. Die Manager, die Spekulanten, die Bankvorstände, der ÖIAG-Vorstand, der AUA-Vorstand, sie alle genießen den Schutz von Josef Pröll und Werner Faymann, aber die kleinen Anleger und Anlegerinnen, die jetzt zum Teil ihr gesamtes Ersparnis verlieren, die Häuselbauer, deren

Abgeordneter Dr. Peter Pilz

Tilgungsträger ruiniert sind, deren Fremdwährungskredite zwangskonvertiert werden, die befürchten müssen, dass ihre Häuser zwangsversteigert werden und am Ende möglicherweise der Privatkonkurs steht, sie alle haben bis jetzt nicht das geringste Signal des Schutzes von der Bundesregierung, weder von der alten noch von der neuen, bekommen. *(Beifall bei Grünen, FPÖ und BZÖ.)*

Wir haben im letzten Plenum des Nationalrates einen Antrag eingebracht, ein Moratorium für die Häuselbauer – und das sind 20 000 bis 30 000 betroffene Haushalte – hier im Nationalrat zu beschließen. Aber SPÖ und ÖVP haben das abgelehnt. Wir werden dieses Moratorium nächste Woche, bei der nächsten Sitzung, bei der Sitzung rund um die Regierungserklärung ein zweites Mal einbringen. Ich bin sehr gespannt, ob es jemanden in der SPÖ, aber auch in der ÖVP gibt, der sagt: Zumindest einen Teil des Schutzes, den wir heute den Spekulanten, den Banken und den Vorständen bieten, zumindest ein bisschen dieses Schutzes werden auch die Menschen, die ohne eigene Schuld zu Opfern der Finanzkrise geworden sind, von der Regierung erwarten können.

Das Gleiche erwarte ich mir auch, wenn wir den Antrag einbringen, den Finanzdienstleistungsassistenten, das heißt den Fondskeiler, den Aktienkeiler mit dem Ausbildungsniveau eines Maronibraters und mit dem Verantwortungsgefühl eines spekulierenden Bankers, aus dem Wertpapieraufsichtsgesetz zu streichen, um die Menschen in Österreich vor dubiosen Pyramidenspielen von Firmen wie AWD und anderen zu schützen. Da geht es inzwischen um hunderttausend Menschen. Und der Gesamtschaden beträgt möglicherweise allein bei einem Institut bereits 1 Milliarde €. Ich betone: 1 Milliarde €, die einfache Menschen, die anständig dafür gearbeitet und gespart haben, heute möglicherweise verlieren oder bereits verloren haben!

Niemand in der Regierung schützt sie! Herr Pröll und Herr Faymann haben **kein** Wort für sie gefunden. **Alle** Anträge zu ihrem Schutz sind bis jetzt abgelehnt worden. Wir werden den Tag der Regierungserklärung dazu nützen, diese Anträge nicht nur als Nagelproben, sondern auch als ernsthaften Versuch – wenn es die Regierung schon nicht tut, dann tun wir es vom Parlament aus! –, den Menschen in Österreich, die wirklich Hilfe brauchen, Schutz von Seiten des Parlaments zu geben, einzubringen. – Danke. *(Beifall bei Grünen und FPÖ.)*

17.45

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Mag. Stadler. 4 Minuten Restredezeit der BZÖ-Fraktion. – Bitte, Herr Abgeordneter.

17.45

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (BZÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe zunächst zwei **Entschließungsanträge** ein.

Als Erstes den Antrag betreffend unzureichende Verordnung zum Interbankmarktstärkungsgesetz und zum Finanzmarktstabilitätsgesetz.

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, die Verordnung zum Interbankenmarktstärkungsgesetz und zum Finanzmarktstabilitätsgesetz mit der Zielsetzung nachzubessern, die Vorgaben, die in der Verordnungsermächtigung der §§ 22 Abs. 5 Finanzmarktstabilitätsgesetz und des § 1 Abs. 4 Interbankenmarktstärkungsgesetz enthalten sind, präziser und wirksamer umzusetzen, so dass beispielsweise bei Inanspruchnahme von

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler

Begünstigungen nach dem Interbankenmarktstärkungsgesetz und dem Finanzmarktstabilitätsgesetz

die maximale Vergütung von Organmitgliedern und Geschäftsleitern in Hinblick auf ihre Mitverantwortung niedrig begrenzt wird,

die begünstigten Banken einen bestimmten Prozentsatz der erhaltenen Summe für Kredite an KMUs verwenden müssen, statt diesen deren vorhandene Überziehungsmöglichkeiten zu streichen und keine neuen Kredite zu vergeben und

die Erhaltung der Arbeitsplätze im Unternehmen sichergestellt werden muss.

Ferner bringe ich den **Entschließungsantrag** der Abgeordneten Bucher und Kollegen ein betreffend „Impulse setzen: Wirtschaft stärken, Kaufkraft erhöhen, Konjunktur beleben!“ – Dieser Antrag wurde bereits im Hause verteilt. Ich kann mir daher eine Verlesung ersparen.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich habe mir genau die Mimik des künftigen Bundeskanzlers angeschaut. Und ich sage Ihnen auch gleich, Herr Bundeskanzler Gusenbauer, Sie werden uns noch fehlen. Das haben wir alle schon mitbekommen. Wir werden den Zeiten des Alfred Gusenbauer alle noch nachtrauen, so wie das Peter Pilz schon gesagt hat. (*Beifall beim BZÖ.*)

Ich habe mir die Mimik angeschaut, als Kollege Scheibner Ihnen vorgehalten hat, dass Sie schon vor einem halben Jahr über die Maßnahmen bei der Post informiert waren. Sie haben den Kopf geschüttelt, das Gesicht verzogen wie Donald Duck und haben so getan, als ob das alles nicht wahr wäre.

Herr Minister Faymann, ich sage Ihnen: Wenn das bedeuten soll, dass das nicht wahr sei, was Ihnen Kollege Scheibner vorgehalten hat, dann ist das die Unwahrheit, die Sie dem Haus suggerieren! Sie haben es auch öffentlich behauptet. **Sie** haben am 14. März dieses Jahres den Postvorstand zur Vorsprache bei sich gehabt! Mit Ausnahme des Herrn Mende waren alle dabei. Darüber gibt es Gesprächsprotokolle. (*Bundesministerin Silhavy will Bundesminister Faymann offensichtlich etwas auf ihrem Handy zeigen.*) – Da können Sie jetzt gerade Ihr Handy befragen oder das Handy Ihrer Staatssekretärin? (*Abg. Bures: Sie ist Ministerin!*) Vielleicht ist das interessanter, als wenn man Ihnen vorhält, dass Sie dieses Haus nicht richtig informieren! Sie hatten am 14. März den gesamten Vorstand der Post bei sich. Das wissen alle, auch alle Ihres Koalitionspartners. Darüber gibt es ein Gesprächsprotokoll.

Herr Minister Faymann, noch besser ist jedoch, dass Sie das selbst sogar zugegeben haben. Sie haben in einem Interview mit dem „Falter“ – das ist keine orange Zeitung, nur damit kein Missverständnis aufkommt –, und zwar in einem Interview am 23. Juli 2008, das übrigens von Ihrem Büro autorisiert wurde, Folgendes auf die entsprechende Frage gesagt – ich zitiere; und das ist ein starker Beleg dafür, dass Sie uns die Unwahrheit sagen –:

Bei der Post sehe ich überhaupt die Austrian Airlines zum Quadrat auf uns zukommen. Es wird ja keiner glauben, dass man mit Buntstiftverkauf Postfilialen retten kann. Dann heißt es wieder, man müsse zwei Drittel der Filialen zusperren. Woher kommt das? Aus schlechtem Management, Phantasielosigkeit und Unfähigkeit, dafür zu sorgen, dass die Post wettbewerbsfähig ist. – Zitatende.

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler

Herr Minister Faymann, Sie haben ganz genau gewusst, was sich bei der Post abspielt. Die Postvorstände haben Ihnen das ganz genau gesagt. Wissen Sie, was Sie zu den Postvorständen gesagt haben? – Dass es Sie nicht interessiert. Und Sie haben sie wieder verabschiedet. Meine Damen und Herren, das war Ihre Verantwortung! (*Beifall beim BZÖ.*)

Deswegen sage ich: Wir werden Alfred Gusenbauer nachtrauern! Von Ihrer „sozialen Wärme“ profitieren nur Ihre Freunde, nur Ihre unmittelbaren Freunde, so zum Beispiel Ihr eigener Büroleiter. Der hat ein wirklich „faymannöses“ Gehalt, ein echt „faymannöses“ Gehalt. Der verdient 14 180 € pro Monat! (*Präsident Dr. Spindelegger gibt das Glockenzeichen.*) Herr Kollege Matznetter, der Staatssekretär, wird ganz blass vor Neid. Das hat er nicht als Staatssekretär, aber die Freunde des Herrn Ministers Faymann, die haben es.

Meine Damen und Herren, **das** ist die soziale Wärme des Herrn Minister Faymann! Da droht uns wirklich Schweres. Wenn dieses Haus es akzeptiert ...

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Herr Kollege Stadler, Ihre Redezeit ist beendet. – Bitte, den Schlusssatz!

Abgeordneter Mag. Ewald Stadler (fortsetzend): ... wir akzeptieren es nicht. Wir werden Ihnen auf die Finger klopfen, verlassen Sie sich darauf! (*Beifall beim BZÖ.*)
17.50

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Die beiden Entschließungsanträge, die Herr Abgeordneter Mag. Stadler eingebracht hat, sind ausreichend unterstützt und stehen mit in Verhandlung; sie sind zum einen auch bereits im Hause verteilt worden.

Die beiden Anträge haben folgenden Gesamtwortlaut:

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Bucher, Ing. Westenthaler, Windholz, Kolleginnen und Kollegen betreffend unzureichende Verordnung zum Interbankmarktstärkungs- und Finanzmarktstabilitätsgesetz

eingebracht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage des Abgeordneten Strache und weiterer Abgeordneten an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend die Aufrechterhaltung der Infrastruktur in Österreich und die Krise der staatsnahen Unternehmen vor dem Hintergrund eines untauglichen Regierungsprogramms für die XXIV. Gesetzgebungsperiode

Mit dem vom Nationalrat beschlossenen „Bankenrettungspaket“ wurde eine staatliche Hilfsmaßnahme in einem Gesamtvolumen von 90 Milliarden Euro für Banken und Versicherungen geschnürt, was zur Stabilisierung des Finanzmarktes und zur Sicherung des österreichischen Wohlstandes notwendig war.

Im Rahmen der Vorverhandlungen des Bankenpaketes vertrat das BZÖ vehement die Ansicht, dass die Begünstigungen nur unter strengen Auflagen und Bedingungen gewährt werden dürfen und präsentierte einen Abänderungsantrag, dessen Inhalt größtenteils in die §§ 2 Abs. 5 Finanzmarktstabilitätsgesetz und § 1 Abs. 4 Interbankmarktstärkungsgesetz Eingang gefunden hat. Rechtstechnisch wurde der Weg über eine Verordnungsermächtigung gewählt, um ein konkretes Regelwerk für die Inanspruchnahme von Begünstigungen zu erreichen. Die Regelungen der Verordnungsermächtigung sollten dazu dienen, einem verantwortungsvollen und objektiven Verordnungsgeber gewisse Zielvorgaben zu geben.

Präsident Dr. Michael Spindelegger

Die Idee zur Bindung der Begünstigungen an bestimmte Anforderung basierte insbesondere auf dem Gedanken, dass die Banken einen erheblichen Beitrag zur aktuellen Situation der Märkte geleistet haben und daher eine gewisse Mitverantwortung tragen, so dass sie umgekehrt bei Inanspruchnahme von staatlichen Begünstigungen auch gewisse Gegenleistungen und -pflichten erfüllen müssen. Zu bedenken ist auch, dass im Haftungsfall letztlich Steuergelder und somit das Geld der Bürgerinnen und Bürger betroffen ist. Sicherzustellen ist daher, dass die Steuergelder treuhänderisch ausreichend geschützt werden.

Betrachtet man unter diesem Blickwinkel die geschaffene Verordnung, so erscheinen die dort getroffenen Regelungen nicht streng genug. Diese zeichnen sich nämlich dadurch aus, dass sie äußerst unbestimmt sind und weitestgehend eher Zielbestimmungen beinhalten, als konkreten Grenzen. Daher genügen die Regelungen in der aktuellen Form nicht, den durch die Verordnungsermächtigung verfolgten Zweck sicherzustellen. Vielmehr scheinen die Regelungen erheblich vom Einfluss der begünstigten Banken und Versicherungen geprägt zu sein, was jedoch aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger nicht zu rechtfertigen ist.

Beachtlich ist weiters, dass ein Rechtsvergleich mit der entsprechenden deutschen Verordnung ergibt, dass die deutsche Regelung wesentlich schärfere Regelungen enthält. So ist beispielsweise in Deutschland gesetzlich verankert, dass „Organmitglieder und Geschäftsleiter unter Einbeziehung von etwaigen Konzernbezügen keine unangemessene Gesamtvergütung erhalten“ dürfen, wobei zugleich geregelt ist, dass „bei Organmitgliedern und Geschäftsleitern eine monetäre Vergütung, die 500.000 Euro pro Jahr übersteigt, grundsätzlich als unangemessen gilt.“ Dagegen wird in Österreich nur vage von „angemessenen Maße“ oder von „keine unangemessenen Entgelte“ gesprochen, wobei weitergehende Konkretisierungen nicht enthalten sind.

Insgesamt ist es daher dringend erforderlich, die aktuelle Verordnung nachzubessern, um sicherzustellen, dass die in der Verordnungsermächtigung für den Fall einer Inanspruchnahme von Begünstigungen nach dem Interbankmarktstärkungs- und dem Finanzmarktstabilitätsgesetz vorgesehenen Ziele auch tatsächlich verwirklicht werden (müssen), da nur so die Steuergelder ausreichend geschützt werden und die Akzeptanz in der Bevölkerung sichergestellt wird. Dabei sind insbesondere die in der Verordnungsermächtigung vorgesehenen Aspekte wie beispielsweise „Kreditvergabe an KMU´s“, „Managementvergütung“, „Arbeitsplatzsicherung“ konkreter zu fassen, weil bisher keine Verbesserungen in diesem Bereichen erkennbar sind.

Aus den genannten Gründen stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird ersucht, die Verordnung zum Interbankmarktstärkungsgesetz und zum Finanzmarktstabilitätsgesetz mit der Zielsetzung nachzubessern, die Vorgaben, die in der Verordnungsermächtigung der §§ 2 Abs. 5 Finanzmarktstabilitätsgesetz und § 1 Abs. 4 Interbankmarktstärkungsgesetz enthalten sind, präziser und wirksamer umzusetzen, so dass beispielsweise bei Inanspruchnahme von Begünstigungen nach dem Interbankmarktstärkungs- und dem Finanzmarktstabilitätsgesetz

die maximale Vergütung von Organmitgliedern und Geschäftsleitern in Hinblick auf ihre Mitverantwortung niedrig begrenzt wird,

Präsident Dr. Michael Spindelegger

die begünstigten Banken einen bestimmten Prozentsatz der erhaltenden Summe für Kredite an KMU's verwenden müssen, statt diesen deren vorhandene Überziehungsmöglichkeiten zu streichen und keine neuen Kredite zu vergeben und die Erhaltung der Arbeitsplätze im Unternehmen sichergestellt werden muss.“

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Bucher, Kolleginnen und Kollegen betreffend „Impulse setzen: Wirtschaft stärken, Kaufkraft erhöhen, Konjunktur beleben!“

eingebraucht in der Sitzung des Nationalrates am 25.11.2008 im Zuge der Debatte zur Dringlichen Anfrage der Abgeordneten KO Strache und weiterer Abgeordneter an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend die Aufrechterhaltung der Infrastruktur in Österreich und die Krise der staatsnahen Unternehmen vor dem Hintergrund eines untauglichen Regierungsprogramms für die XXIV. Gesetzgebungsperiode

Einleitung

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen internationalen Finanzkrise und der jüngsten Prognose der ONB vom 9. Oktober 2008, derzufolge der österreichischen Wirtschaft im 4. Quartal eine Stagnation droht, sind nationale Anstrengungen zur Konjunkturbelebung dringend erforderlich. Die Problemlage wird anhand der folgenden ONB-Prognose vom 09.10.2008 deutlich.

„Vom privaten Konsum, der üblicherweise in der Reifephase des Konjunkturzyklus die wichtigste Konjunkturstütze darstellen sollte, würden hingegen keine nennenswerten Impulse ausgehen. Die hohe Sparneigung und die gestiegene Belastung der Haushaltseinkommen durch den starken Preisauftrieb würden gleichermaßen für diese Entwicklung verantwortlich zeichnen.

Insgesamt sei der nun zu Ende gegangene Konjunkturaufschwung in keiner Phase selbsttragend geworden. Deswegen reagiere die österreichische Wirtschaft, die als kleine offene Volkswirtschaft ohnehin schon stark von globalen Entwicklungen abhängig, jetzt empfindlich auf externe Schocks.

Dazu zählten neben den starken Anstiegen der Rohöl-, Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise in den letzten Jahren derzeit vor allem die von den Finanzmarkturbulenzen ausgehenden Effekte.“(ONB-Prognose/09.10.2008)

Wie bereits anlässlich der Beschlussfassung des sogenannten Konjunkturpakets am 28.10.2008 vom BZÖ kritisiert reicht das von der Bundesregierung vorgelegte Maßnahmenpaket jedoch nicht aus, um die zu erwartende konjunkturelle Entwicklung bzw. die zu erwartenden Auswirkungen auf die Realwirtschaft abzufangen.

Zwar sind die vorgesehenen Maßnahmen zu begrüßen. So stellt die Stärkung von KMU's durch Gründung eines Mittelstandsfonds ein geeignetes – vom BZÖ mehrfach gefordertes – Mittel dar, um die heimische Wirtschaft zu stärken. Allerdings steht die Höhe der vorgesehenen Mittel außer Verhältnis zu den bestehenden, grundlegenden Problemen. Weiters fehlen beispielsweise Maßnahmen im Bereich der nachhaltigen Förderung des Forschungsstandortes Österreich. Problematisch erscheint zudem, dass keine Maßnahmen vorgesehen sind, die den Bürgerinnen und Bürgern unmittel-

Präsident Dr. Michael Spindelegger

bar zugute kommen. Insoweit ist nicht zu vergessen, dass die Bürger und Bürgerinnen seit längerem von der anhaltenden Teuerung belastet sind. Dies macht sich für sie insbesondere im Anstieg der Preise für Lebensmittel, Benzin und Diesel, Heizkosten, Mieten etc. bemerkbar. Für eine Vielzahl der Bürger und Bürgerinnen ist es dadurch schwierig geworden, sich das tägliche Leben zu leisten. Dennoch hat die Bundesregierung bis heute keine ausreichenden Maßnahmen ergriffen, um dieses Problem zu beseitigen. Stattdessen verdient der Staat an der Teuerung mit. Seit dem Beginn dieser Regierung hat der Staat deutliche Steuermehreinnahmen eingenommen. Dieses Ungleichgewicht muss rasch beseitigt werden. Daher ist ein breiter gefächertes Maßnahmenpaket notwendig, um insbesondere das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu stärken.

Investitionsanreize

Daneben stellen staatliche Investitionsanreize bewährte Maßnahmen dar, um die Konjunktur anzukurbeln. Denn gerade von Investitionen gehen aufgrund des Multiplikatoreffekts maßgebliche Impulse für Konjunktur und Wirtschaftswachstum aus. Durch zusätzliche Investitionen entsteht zusätzliches Einkommen, das wiederum zusätzliche Konsumnachfrage bewirkt, so die Binnenmarktkonjunktur stimuliert und letztlich positive Auswirkungen auf die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt zeitigt.

Investitionszuwachsprämie

Eine Möglichkeit in diesem Zusammenhang stellt die (Wieder-)einführung einer Investitionszuwachsprämie dar, wie dies nunmehr auch seitens der Wirtschaftskammer in Person des stellvertretenden Generalsekretärs Reinhold Mitterlehner gefordert wird. Dieser sprach sich kürzlich für eine Ankurbelung der Investitionen durch die Einführung einer Investitionszuwachsprämie aus. (OTS198/09.10.2008) „Außerdem brauchen wir eine echte Investitionsförderung durch die neue Arbeitsplätze geschaffen werden“ so der AK-Direktor Werner Muhm in diesem Zusammenhang.“(OTS198/09.10.2008)

In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmungen als größte Arbeitgeber des Landes das Rückgrad einer gesunden Volkswirtschaft mit einem entsprechenden Wirtschaftswachstum darstellen. Diese leiden unter der gegenwärtigen Finanzkrise unter anderem insofern als ihre Investitionstätigkeit durch fehlendes von Banken zur Verfügung gestelltes Kapital stark eingeschränkt wird. Maßnahmen, die zusätzlich Anreize schaffen wieder und verstärkt zu investieren, sind daher ein Gebot der Stunde.

Eine Investitionszuwachsprämie wurde während unserer Regierungsbeteiligung als ein Kernstück des Konjunkturpakets 2002 eingeführt und konnten die heimischen Unternehmen in den Jahren 2002 bis 2004 davon nachhaltig profitieren. Dass diese Maßnahme die gewünschten Effekte voll erbrachte, wurde unter anderem von WIFO und IHS bestätigt, die mehrmals den positiven Beitrag der Investitionszuwachsprämie zum Wirtschaftswachstum hervorstrichen.(OTS0138/04.08.2005) Darüber hinaus wurde dies auch in einer entsprechenden Anfragebeantwortung des Bundesministers für Finanzen 3037/AB vom 27.07.2005 voll bestätigt, wenn dort unter anderem ausgeführt wurde:

„Dass die zeitlich begrenzte Investitionszuwachsprämie von den Unternehmen in höherem Ausmaß als erwartet in Anspruch genommen wurde, spiegelt die Treffsicherheit der zur Stärkung der Investitionstätigkeit gesetzten Maßnahme wider. (...) der rückläufigen Entwicklung der Investitionen konnte erfolgreich Einhalt geboten werden.“
Dadurch wurde ein entscheidender Impuls zur Belebung der heimischen Wirtschaft

Präsident Dr. Michael Spindelegger

gesetzt und damit nicht zuletzt ein wesentlicher Beitrag zur Absicherung der Beschäftigung und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze geleistet.“

Abschaffung der NoVA

Weiters besteht im Bereich der Anschaffung von Motorrädern, Personenkraftwagen, Kombinationskraftwagen, Kleinbussen, Campingbussen, sowie Sonderfahrzeugen wie beispielsweise Quads in Hinblick auf die bestehenden gesetzlichen Regelungen Handlungsbedarf.

Zur Zeit muss beim Kauf eines solchen Fahrzeuges eine Normverbrauchsabgabe beim Händler entrichtet werden, der diese als Abgabenschuldner beim Finanzamt abzuliefern hat. Die NoVA ist eine einmalige Abgabe und wird abhängig vom Verbrauch oder vom Hubraum als Prozentsatz vom Nettopreis berechnet. Ihr unterliegen die Lieferung, der Eigenimport von bisher im Inland noch nicht zum Verkehr zugelassenen Kraftfahrzeugen sowie die Änderung der begünstigten Nutzung bei bisher befreiten Fahrzeugen.

Die NoVA kann bis zu 16 % der Bemessungsgrundlage und somit des Nettopreises bzw. des gemeinen Wertes des Fahrzeuges betragen. Sie stellt daher einen erheblichen Teil des Kaufpreises und damit eine erhebliche Belastung des Käufers dar.

Die Abschaffung der NoVA erscheint als geeignete Maßnahme, um den Kauf von Neuwagen, -motorrädern, ... anzukurbeln und einen Impuls zur dringend notwendigen Erneuerung des stetig älter werdenden Kraftfahrzeugbestandes zu geben. Neben den positiven umweltpolitischen Effekten wird durch Abschaffung der NoVA die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Österreichs erhöht und die heimische Wirtschaft erheblich entlastet. In diesem Zusammenhang ist zu bedenken, dass die NoVA eine österreichische Besonderheit darstellt. Viele Unternehmen kaufen daher ihren Fuhrpark im Ausland, wodurch der Autohandel und die Werkstätten benachteiligt werden. Insgesamt führt die Abschaffung der NoVA letztlich dazu, dass bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Dringend notwendige Maßnahmen zur Erreichung einer F&E-Quote von 3 % bis 2010

Die Erreichung einer F&E-Quote von 3 % des BIP ist eine wesentliche Voraussetzung um zukünftiges Produktivitäts- und somit Wirtschaftswachstum zu gewährleisten. Nur durch den Ausbau des Forschungsstandort Österreich kann sichergestellt werden kann, dass Österreich als Wirtschaftsstandort im internationalen Vergleich bestehen kann. Dabei muss es vor allem zu einer Umstellung auf eine wissenbasierende Gesellschaft und Wirtschaft kommen, um die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs weiter zu stärken. Investitionen in F&E stellen damit zwingend notwendige Kosten in die Zukunft Österreichs dar, die mittel- bis langfristig wirken und nicht auf Kosten kurzfristig wirkender Maßnahmen vernachlässigt werden dürfen. Daher ist die Erreichung einer F&E Quote von 3 % bis zum Jahre 2010 sicherzustellen.

Um dieses Ziel zu erreichen sind jedoch weitere verstärkte Anstrengungen sowohl der öffentlichen Hand als auch der Wirtschaft unumgänglich. Dafür wird es notwendig sein, die öffentlichen Mittel künftig auf die wirtschaftsorientierte Forschung zu fokussieren. Nur auf diesem Wege kann eine entsprechende Hebelwirkung für private F&E-Investitionen erreicht werden, welche einen wichtigen Bestandteil der österreichischen Innovationslandschaft darstellen und ohne deren Beitrag es schwierig wird, das Drei-Prozent-Ziel und die angestrebte Verteilung der F&E-Aufwendungen zwischen privat und öffentlich im Verhältnis 2:1 zu erreichen.

Präsident Dr. Michael Spindelegger

Steuerbonus in Höhe von 200 Euro je Lohn- und Einkommenssteuerpflichtigen zuzüglich 50 Euro je Kind

Auch aufgrund der anhaltenden Teuerung und den damit verbundenen erheblichen finanziellen Mehrbelastungen der Bürgerinnen und Bürger für das tägliche Leben erscheint weiters eine Soforthilfe geboten.

Dafür erscheint die Gewährung eines Steuerbonus in Höhe 200 Euro zuzüglich 50 Euro pro Kind für alle Lohn- oder Einkommenssteuerpflichtigen, die im Jahr 2008 ein Einkommen erzielt haben, als wirksame Maßnahme. Dadurch kann den Bürgern und Bürgerinnen ein Teil von dem zurückgegeben werden, was der Staat an Mehreinnahmen eingenommen hat. Die Gewährung eines solchen Steuerbonus ist auch ohne erheblichen Verwaltungs- bzw. Arbeitsaufwand möglich. Dies kann dadurch verwirklicht werden, da die für die Gewährung des Steuerbonus maßgeblichen Kriterien so ausgewählt werden können, dass auf schon bestehende gesetzliche Vorschriften bzw. Kriterien abzustellen ist. Die notwendigen Informationen stehen sowieso zur Verfügung.

Maßnahmen im Bereich der Heizkosten

Heizkostenzuschuss

Zudem ist in Hinblick darauf, dass die Energiekosten für die Heizperiode 2008/2009 - mit deutlichen Unterschieden je nach verwendetem Energieträger - weiter steigen werden, ein zusätzlicher Heizkostenzuschuss des Bundes zu gewähren, um eine zielgerichtete finanzielle Unterstützung für die Bevölkerung sicherzustellen.

Vorgeschlagen wird die Einrichtung eines Heizkostenausgleichsfonds beim Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz, aus dem die für die Heizperiode 2008/2009 gewährten Heizkostenzuschüsse der Länder durch den Bund verdoppelt werden können. Diese Unterstützung soll an folgende Voraussetzungen gebunden werden:

Das Haushaltseinkommen des endbegünstigten privaten Haushaltes darf 2.500 Euro pro Monat nicht übersteigen. Pro Haushalt wird nur ein Heizkostenzuschuss vom Bund verdoppelt. Die Zuzahlung des Bundes zum Heizkostenzuschuss beträgt maximal 150 Euro pro Haushalt und richtet sich nach dem vom Land gewährten Heizkostenzuschuss. Die Ansuchen der Länder an das Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz können bis zum 31. Dezember 2009 eingebracht werden.

Im Hinblick auf die von den Ländern bislang beschlossenen Heizkostenzuschüsse und die etwa 1,6 Mio. potentiell begünstigten Haushalte, ist von Kosten von ca. 150 Mio. Euro auszugehen, die in den im Jahr 2007 erzielten Mehreinnahmen des Bundes im Bereich Lohnsteuer, Einkommens- und Vermögenssteuern, Umsatzsteuer und Mineralölsteuer Bedeckung finden.

Rücknahme der Erhöhung der Mineralölsteuer auf Heizöl

Weiters ist zur Senkung der Heizkosten die zuletzt erfolgte Erhöhung der Mineralölsteuer für Heizöl rückgängig zu machen.

Maßnahmen im Bereich des Benzin- und Dieselpreises

Auch die Autofahrer sind schnellstens zu entlasten. Dafür ist die zuletzt erfolgte Erhöhung der Mineralölsteuer für Benzin und Diesel rückgängig zu machen. Weiters ist eine Strafsteuer für Mineralölkonzerne (so genannte „Robin Hood Steuer“) einzuführen, die nach dem Vorbild von Italien und Portugal auf die enormen Zusatzgewinne der Mineralölkonzerne dann zum tragen kommt, wenn der Rohölpreis eine bestimmte

Präsident Dr. Michael Spindelegger

Höhe übersteigt. Zudem ist eine Spekulationssteuer für FinanzspekulantInnen einzuführen, um Spekulationen und damit verbundene Preissteigerungen einzuschränken.

Maßnahmen im Bereich des Strom- und Gaspreise

Weiters sind Gegenmaßnahmen gegen die ansteigenden Strom- und Gaspreise notwendig. Problematisch ist insbesondere, dass die Energiekonzerne Preiserhöhungen sofort an die KonsumentInnen weiterleiten, Preissenkungen dagegen nicht. Insoweit muss sichergestellt werden, dass die Unternehmen Preissenkungen unmittelbar an die BürgerInnen und Bürger weitergeben. Gleiches gilt im Bereich der Spritpreise, um die stark betroffenen Autofahrer zu entlasten.

Realisierung der Koralmbahn

Im Zusammenhang mit der vorgesehenen Begründung weiterer Vorbelastungen durch den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie fordert das BZÖ Konkretisierungen und so beispielsweise alle notwendigen Schritte zu setzen und Voraussetzungen zu schaffen, um eine vertragskonforme Umsetzung des Koralmbahn-Projektes sicher zu stellen.

Denn am 15. Dezember 2004 haben die Republik Österreich – vertreten durch den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie und den Bundesminister für Finanzen – sowie die Länder Steiermark und Kärnten – jeweils vertreten durch deren Landeshauptleute – den Vertrag über die Realisierung und Finanzierung der Eisenbahnstrecke Graz – Klagenfurt („Koralmbahn“) abgeschlossen. Diesem Vertrag sind die ehemaligen Österreichischen Bundesbahnen und die damalige Eisenbahn – Hochleistungsstrecken AG als Rechtsvorgänger der ÖBB – Infrastruktur Bau AG beigetreten.

Grundlage dieses Vertrages ist der „gemeinsame Wunsch der Vertragspartner, die Inbetriebnahme der Koralmbahn zum ehest möglichen Zeitpunkt anzustreben und die verkehrswirksame Durchbindung der Koralmbahn zwischen Graz und Klagenfurt über den Koralmtunnel bis zum Jahre 2016 sicherzustellen sowie die vertragsgegenständlichen Maßnahmen bis zum Jahr 2018 fertig zu stellen.“ Die Vertragspartner anerkannten sowohl die volkswirtschaftliche als auch die regionalwirtschaftliche Bedeutung dieses Vorhabens.

Im Hinblick auf die regionalwirtschaftliche Bedeutung dieses Vorhabens wurde weiter vereinbart, dass die beiden Länder Kärnten und Steiermark jeweils einen pauschalierten Baukostenzuschuss in der Höhe von 140 Mio. Euro, welcher in den Jahren 2008 – 2025 in gleichen Jahresraten fällig wird, leisten.

Anzumerken ist, dass die Koralmbahn Graz – Klagenfurt als wesentlicher Bestandteil des Systems „Neue Südbahn“ anzusehen ist. Diesem Umstand wurde unter anderem dadurch Rechnung getragen, dass von der Republik Österreich – vertreten durch Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel, Vizekanzler Hubert Gorbach sowie Bundesminister für Finanzen Mag. Karl-Heinz Grasser – am 8. März 2005 eine Absichtserklärung für die Realisierung und Finanzierung der Eisenbahnverbindung Gloggnitz – Raum Langenwang (Semmeringbasistunnel neu) unterzeichnet wurde, in welcher ausdrücklich das Bemühen hervorgehoben wurde, auf der gesamten Strecke Wien – Graz – Klagenfurt zeitgleich einheitlich hohe Güterzuganhängellasten zu ermöglichen. Des Weiteren wurde in dieser Absichtserklärung nochmals festgehalten, dass bis längstens 2016 eine leistungsfähige Eisenbahnverbindung zwischen Graz und Klagenfurt zur Verfügung stehen soll.

Diese eindeutigen Bekenntnisse des Bundes zum Ausbau der Koralmbahn sind nach wie vor aufrecht und stellen für alle beteiligten Vertragspartner gültige, vertragliche Verpflichtungen dar.

Präsident Dr. Michael Spindelegger

Maßnahmen zur raschen barrierefreien Gestaltung der Bahnhöfe

Bei der geplanten Modernisierung der Bahnhöfe darf aber nicht die rasche Umsetzung der barrierefreien Gestaltung der Bahnhöfe vergessen werden. Denn die Barrierefreiheit des öffentlichen Raumes und der öffentlichen Verkehrsflächen ist für viele Menschen in Österreich eine Grundvoraussetzung, um am sozialen Leben teilnehmen zu können. Eltern mit Kindern und Kinderwägen, Kunden mit temporären Einschränkungen wie beispielsweise Gipsfuß, behinderte Menschen, Senioren und deren Angehörige haben Anspruch auf einen barrierefreien Zugang zu Mobilitätsleistungen.

Um die Lebensqualität in Österreich insgesamt steigern zu können, muss sich eine moderne Infrastrukturpolitik an den sozialen Mobilitätsbedürfnissen der Menschen orientieren. Daher ist der Abbau jener Barrieren, mit denen mobilitätseingeschränkte Menschen heute noch konfrontiert sind, nicht nur bei den vorgezogenen Bahnhofsumbauten, sondern auch in allen anderen (Bus-) Bahnhöfen umzusetzen. Dabei sind insbesondere die Bahnhöfe Attnang-Puchheim, Schwarzach-St.Veit und Spittal-Millstättersee rasch barrierefrei zu gestalten.

Aus den genannten Gründen stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird ersucht,

dem Nationalrat umgehend einen beschlussreifen Gesetzesentwurf zuzuleiten, mit dem eine Investitionszuwachsprämie unter Hintanhaltung allfälliger Missbrauchsmöglichkeiten eingeführt wird,

dem Nationalrat ehestmöglich einen beschlussreifen Gesetzesentwurf vorzulegen, durch den die Normverbrauchsabgabe abgeschafft wird,

dem Nationalrat ehestmöglich Gesetzesentwürfe zuzuleiten, die wie im Regierungsprogramm versprochen eine F&E Quote von 3% des BIP bis 2010 sicherstellen und jedenfalls folgende Maßnahmen beinhalten:

Sicherstellung weiterer Sondermittel (Offensivmittel) für Forschung und Entwicklung (F&E)

Die Offensivmittel müssen über den zugesagten Budgetrahmen 2006 hinaus bis mindestens 2010 erweitert werden, um ein Signal in der Forschungslandschaft zu setzen (Absicherung für Unternehmen). Dabei ist sicherzustellen, dass zur weiteren Intensivierung der Forschung die bisherigen 30 Mio. € für den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) sichergestellt werden. Gerade die Bemühungen und die gute Arbeit auf dem Gebiet der Forschungsfinanzierung der vergangenen Jahre müssen weitergeführt werden, um das Ziel einer 3 %-F&E-Quote bis 2010 zu erreichen.

Bündelung der Forschungskompetenzen

Grundlagenforschung und angewandte Forschung in einer Kompetenz.

Verstärkte Forschungsk Kooperationen

Präsident Dr. Michael Spindelegger

Wo die Republik Österreich im direkten Einflussbereich steht, müssen Forschungs-kooperationen

erweitert werden.

Bessere Vernetzung der regionalen Forschungsförderungsgesellschaften

Die Zusammenarbeit der Institutionen in den einzelnen Bundesländern muss gestärkt und Doppelgleisigkeiten müssen beseitigt werden. Zentrale Koordinationsfunktion durch die Forschungsförderungsgesellschaft.

Zusätzliche Steuerliche Anreize für Forschung

Neben der direkten Forschungsförderung müssen zusätzliche steuerliche Anreize (indirekte Forschungsförderung) geschaffen werden. Dabei geht es vor allem darum, dass starre österreichische Steuersystem umzuwandeln, um mehr Privatkapital für Forschungsförderung lukrieren zu können:

*Steuerfreistellung von Stiftungserlösen, die für Forschungszwecke verwendet werden
steuerliche Absetzbarkeit von Spenden für Forschungseinrichtungen*

Humanressourcen

Derzeit gibt es noch immer einen Forschermangel in Österreich – vor allem im naturwissenschaftlichen und technischen Bereich, hier insbesondere an weiblichen Forscherinnen. Es muss daher unser Bestreben sein, die junge Generation für Forschung zu interessieren, Frauen für Forschung zu gewinnen und deren Potential optimal zu nutzen.

Sensibilisierung für Forscherberufe (verstärkte Berücksichtigung am Lehrplan, Forcierung von naturwissenschaftlichen und technischen Fächern)

Bessere Förderung von begabten Schülern

Berücksichtigung in der Berufsinformation,

dem Nationalrat ehestmöglich einen beschlussreifen Gesetzesentwurf vorzulegen, durch den die Einführung eines Steuerbonus in Höhe von 200 Euro je Lohn- und Einkommenssteuerpflichtigen zuzüglich 50 Euro je Kind eingeführt wird,

dem Nationalrat ehestmöglich einen beschlussreifen Gesetzesentwurf vorzulegen, durch den für die privaten Haushalte mit einem monatlichen Haushaltseinkommen bis zu 2.500 Euro für die Heizperiode 2008/2009 geregelt wird, dass die gewährten Heizkostenzuschüsse der Länder durch den Bund verdoppelt werden, wobei die Zuzahlung des Bundes zum Heizkostenzuschuss maximal 150 Euro pro Haushalt betragen darf und sich nach dem vom Land gewährten Heizkostenzuschuss richten soll,

dem Nationalrat ehestmöglich einen beschlussreifen Gesetzesentwurf vorzulegen, durch den die zuletzt erfolgten Erhöhungen der Mineralölsteuer zurückgenommen werden und den Klimafonds aus den sonstigen Steuermehreinnahmen zu finanzieren,

dem Nationalrat ehestmöglich einen beschlussreifen Gesetzesentwurf vorzulegen, durch den nach dem Vorbild von Italien und Portugal eine Strafsteuer für Mineralölkonzerne auf deren enormen Zusatzgewinne eingeführt wird, die dann zum tragen kommt, wenn der Rohölpreis eine bestimmte Höhe übersteigt,

dem Nationalrat ehestmöglich einen beschlussreifen Gesetzesentwurf vorzulegen, durch den eine Spekulationssteuer eingeführt wird,

Präsident Dr. Michael Spindelegger

ebenso wie die anderen Vertragsparteien, auf Basis des Ministerratsvortrages vom 5.12.2006, alle notwendigen Schritte zu setzen und Voraussetzungen zu schaffen, um eine vertragskonforme Umsetzung des Koralmbahn-Projektes sicher zu stellen,

dringend erforderliche Maßnahmen zur barrierefreien Gestaltung der Bahnhöfe durchzuführen.“

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Nächste Wortmeldung: Herr Bundeskanzler Dr. Gusenbauer. – Bitte, Herr Bundeskanzler.

17.50

Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin dem Hohen Haus seit fast 18 Jahren in unterschiedlichen Funktionen zur Verfügung gestanden: zuerst im Bundesrat, dann im Nationalrat als Klubobmann und in den letzten beiden Jahren als Bundeskanzler – und dies heute ist meine letzte Sitzung. Ich habe in dieser Zeit auch unterschiedliche politische Perioden erlebt: Ich war Abgeordneter in einer großen Koalition, ich war später Klubobmann in der Oppositionszeit und zum Schluss Bundeskanzler.

Wir hatten das Glück, dass die letzten Jahre für Österreich wirtschaftlich außerordentlich erfolgreich gewesen sind und es uns gemeinsam gelungen ist, die Arbeitslosigkeit in Österreich auf ein Rekordniedrigstniveau zu senken. Was jetzt vor Ihnen und vor Österreich liegt, werden wirtschaftlich bedeutend schwierigere Zeiten sein, denn das erste Mal seit 1945 haben wir es nicht mit einer regionalen Krise in einem Teil der Welt wie in Lateinamerika, in Südostasien oder in Osteuropa zu tun, sondern das erste Mal gibt es Krisenphänomene auf der gesamten Welt. Es sind natürlich alle Antworten, die auf diese Situation gegeben werden, genährt aus den Erfahrungen der Vergangenheit – nur: Niemand von uns, der hier sitzt, hat jemals schon eine Weltwirtschaftskrise miterlebt.

Daher müssen wir uns im Klaren darüber sein, dass niemand die Weisheit in diesem Zusammenhang gepachtet hat. Man kann nur nach bestem Wissen und Gewissen jene Maßnahmen setzen, die man für richtig erachtet. Die Voraussetzung dafür, etwas als richtig zu erachten, ist eine breite demokratische Diskussion, wie sie normalerweise im Parlament stattfindet – und diese wird in den nächsten Wochen und Monaten sehr oft geführt werden müssen.

Es wurden bereits wichtige Schritte gesetzt. Es wurde ein Konjunkturpaket vereinbart, es gibt eine vorgezogene Steuersenkung, die Pensionseinkommen wurden gestärkt, die Familieneinkommen wurden gestärkt, und wir haben das Bankensicherungspaket beschlossen. Alle hoffen, dass diese Maßnahmen ausreichend sein werden, aber ich gehe davon aus, dass die wirtschaftlichen Herausforderungen in den nächsten Jahren enorm sein werden und dass es daher der gesamten Anstrengung unseres Landes und auch des Parlaments bedarf, diese Herausforderungen zu bewältigen.

Ich glaube, dass es dazu gut und richtig ist – und es ist immer wieder erfreulich, den Diskussionen zuzuhören –, dass es bei aller, auch persönlichen Polemik – es wäre nicht Peter Pilz gewesen, wenn er nach einem freundlichen Beginn nicht etwas giftig geworden wäre –, auch Polemik der Auseinandersetzung den Respekt vor der Person gibt und vor allem die kritische Auseinandersetzung mit den Argumenten, die hier vorgebracht werden.

Ich persönlich habe mich bemüht, hier im Parlament zu jedem Zeitpunkt eine faire Diskussion zu führen. Es freut mich auch, dass ich über alle Parteigrenzen hinweg

Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer

nicht nur viele Abgeordnete kenne, mit vielen zusammengearbeitet habe, mit manchen auch befreundet bin.

Ich scheidet aus meiner Funktion aus, das heute ist meine letzte Parlamentssitzung als Bundeskanzler, ich wünsche daher Ihnen allen persönlich, aber auch politisch alles Gute. Österreich wird ein starkes, ein demokratisches, auf Zusammenarbeit orientiertes Parlament brauchen. – Alles Gute! (*Allgemeiner, stehend dargebrachter Beifall.* – Bundeskanzler Dr. **Gusenbauer** verabschiedet sich per Handschlag von den Abgeordneten Dipl.-Ing. Pröll, Bucher, Dr. Glawischnig-Piesczek, Dr. Graf und Dr. Cap und verlässt anschließend den Sitzungssaal.)

17.54

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir gelangen daher zu den **Abstimmungen**.

Zunächst kommen wir zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Abgeordneten Kickl, Kolleginnen und Kollegen betreffend Erstellung eines nationalen Maßnahmenkataloges „Kernaufgaben des Staates“ sowie Ergreifen von Maßnahmen zur Verhinderung der drohenden massiven Arbeitslosigkeit.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für den Entschließungsantrag sind, um ein Zeichen der Zustimmung. – Das ist die **Minderheit** und daher **abgelehnt**.

Wir gelangen zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Abgeordneten Themessl, Kolleginnen und Kollegen betreffend Bereitstellung von Krediten, um die Infrastruktur in Österreich aufrechtzuerhalten.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für den Entschließungsantrag sind, um ein Zeichen der Zustimmung. – Das ist die **Minderheit** und daher **abgelehnt**.

Nun gelangen wir zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Abgeordneten Dr. Fichtenbauer, Kolleginnen und Kollegen betreffend Gehaltsbeschränkungen für Manager staatsnaher Betriebe und Manager, deren Banken die Unterstützung des Bundes in Anspruch nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für den Entschließungsantrag sind, um ein Zeichen der Zustimmung. – Das ist die **Minderheit** und daher **abgelehnt**.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Abgeordneten Bucher, Kolleginnen und Kollegen betreffend qualitativ hochwertige flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für den Entschließungsantrag sind, um ein Zeichen der Zustimmung. – Das ist die **Minderheit** und daher **abgelehnt**.

Nun gelangen wir zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Abgeordneten Ing. Hofer, Kolleginnen und Kollegen betreffend Aufrechterhaltung der österreichischen Luftfahrtinfrastruktur.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für den Entschließungsantrag sind, um ein Zeichen der Zustimmung. – Das ist die **Minderheit** und daher **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Abgeordneten Grosz, Kolleginnen und Kollegen betreffend den Erhalt der Inlands-Flugverbindungen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für den Entschließungsantrag sind, um ein Zeichen der Zustimmung. – Das ist die **Minderheit** und daher **abgelehnt**.

Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer

Wir gelangen zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Abgeordneten Mag. Haider, Kolleginnen und Kollegen betreffend bessere finanzielle Ausstattung der Forschung und Lehre.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für den Entschließungsantrag sind, um ein Zeichen der Zustimmung. – Das ist die **Minderheit** und daher **abgelehnt**.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Abgeordneten Bucher, Kolleginnen und Kollegen betreffend rasche Umsetzung eines Beschäftigungsprogrammes.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für den Entschließungsantrag sind, um ein Zeichen der Zustimmung. – Das ist die **Minderheit** und daher **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Abgeordneten Bucher, Kolleginnen und Kollegen betreffend unzureichende Verordnung zum Interbankmarktstärkungs- und Finanzmarktstabilitätsgesetz.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für den Entschließungsantrag sind, um ein Zeichen der Zustimmung. – Das ist die **Minderheit** und daher **abgelehnt**.

Nun kommen wir zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Abgeordneten Bucher, Kolleginnen und Kollegen betreffend „Impulse setzen: Wirtschaft stärken, Kaufkraft erhöhen, Konjunktur beleben!“.

Ich bitte jene Damen und Herren, die für den Entschließungsantrag sind, um ein Zeichen der Zustimmung. – Das ist die **Minderheit** und daher **abgelehnt**.

Verlesung eines Teiles des Amtlichen Protokolls

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Es liegt mir das schriftliche Verlangen von 20 Abgeordneten vor, die vorgesehene Fassung des Amtlichen Protokolls betreffend die Wahl des Rechnungshofausschusses zu verlesen, damit dieser Teil mit Schluss der Sitzung als genehmigt gilt.

Ich werde daher so vorgehen und verlese nunmehr den entsprechenden Teil des Amtlichen Protokolls:

„Es liegt das Verlangen gemäß § 51 Abs. 6 Geschäftsordnungsgesetz vor, die vorgesehene Fassung des Amtlichen Protokolls betreffend die Wahl des Rechnungshofausschusses zu verlesen. (Beilage I/1)

Tagesordnungspunkt: Wahl der Ausschüsse

Der Rechnungshofausschuss wird einstimmig gewählt, und einstimmig werden 27 Mitglieder und 27 Ersatzmitglieder beschlossen: SPÖ und ÖVP je acht, FPÖ fünf, BZÖ und Grüne je drei Mitglieder.“

Erheben sich Einwendungen gegen den verlesenen Teil des Amtlichen Protokolls? – Das ist nicht der Fall. Somit gilt dieser Teil mit Schluss der Sitzung als **genehmigt**.

Einlauf

Präsident Dr. Michael Spindelegger: Ich gebe noch bekannt, dass in der heutigen Sitzung die Selbständigen Anträge 39/A bis 74/A eingebracht wurden.

Präsident Dr. Michael Spindelegger

Ferner sind die Anfragen 228/J bis 244/J eingelangt.

Die **nächste** Sitzung des Nationalrates, die geschäftsordnungsmäßige Mitteilungen und Zuweisungen betreffend wird, berufe ich für 17.59 Uhr – das ist gleich im Anschluss an diese Sitzung – ein.

Diese Sitzung ist **geschlossen**.

Schluss der Sitzung: 17.59 Uhr